

FORUM POLITIKUNTERRICHT

Herausgegeben von der
Deutschen Vereinigung
für Politische Bildung –
Landesverband Bayern

ISSN 0941 - 5874

1|26



Schwerpunktthema:

Demokratie unter Druck

Nachrichten – Berichte – Rezensionen

INHALT

Editorial	S. 3
Schwerpunkt: Demokratie unter Druck	
▪ <i>Sabine Kehr / Christoph Mohamad-Klotzbach:</i> Herausforderungen und Konsequenzen in demokratischen Krisenzeiten	S. 5
▪ <i>Severin Furtmayr:</i> Bayern hat gewählt – eine Wahlnachlese	S. 12
▪ <i>Andreas Brunold:</i> Der Beutelsbacher Konsens und Grundorientierungen zur politischen Bildung	S. 16
▪ <i>Gabriele Griesse-Heindl:</i> Auf dem Land sind die Wege lang und die Entfernungen groß – auch für die Demokratie	S. 21
▪ <i>Christian Boeser:</i> „Wir sind nicht mehr in der Lage, andere Meinungen auszuhalten“ – Warum die Förderung von Streit eine Antwort auf die erlebte Polarisierung ist	S. 29
▪ <i>Carl Deichmann:</i> Die Zunahme des Populismus, Extremismus und Antisemitismus bei Jugendlichen als Herausforderung für die Demokratie und für die politische Bildung	S. 33
Landesverband Bayern	
▪ <i>Sabine Kehr / Markus Hirt:</i> Verfassungsviertelstunde in der Grundschule: Kommunalwahl	S. 38
▪ <i>Friedrich Wölfl / Stefan Rappenglück:</i> Verleihung des Abiturpreises „Politik und Gesellschaft“ 2026	S. 42
▪ <i>Stefan Rappenglück:</i> Stellungnahme des DVPB-Landesvorstandes Bayern zum Gutachten „Lehrkräftebildung für das 21. Jahrhundert“ und zur Diskussion um die Einführung einer Hymnenpflicht an bayerischen Schulen	S. 46
▪ Antwortschreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus	S. 49
▪ Antwortschreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst	S. 49
▪ Stellungnahme der DVPB LV Bayern zur Hymnenpflicht an Schulen	S. 50
▪ Save the date: Jahrestagung der DVPB LV Bayern	S. 51
Buchbesprechungen	S. 53

Impressum

Herausgeber: Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V.

Prof. Dr. Stefan Rappenglück (verantw.), Selma-Lagerlöf-Str. 112, 81829 München,

E-Mail: stefan.rappenglueck@dvpb-bayern.de

Redaktion: Prof. Dr. Andreas Brunold, Dr. rer. pol. Gaby Griesse-Heindl, Dr. phil. Peter Herdegen, Sabine Kehr,

Uta Lechner, Prof. Dr. Stefan Rappenglück, Dr. phil. Frank Schiefer

Anzeigen: Dr. rer. pol. Gaby Griesse-Heindl, E-Mail: WerbungFPU@gmx.de

Layout/Gestaltung: Martina Macher-Buchner, E-Mail: Redaktionfpu@gmx.net

Einzelverkaufspreis: 5,00 € (im Mitgliedsbeitrag enthalten)

Konto des Landesverbands: Kreissparkasse Augsburg,

IBAN: DE48 7205 0101 0000 2931 34, BIC: BYLADEM1AUG

Mitteilungen über Änderungen der Anschrift und der Bankverbindung an:

Armin Seemann, Rabenweg 8, 85356 Freising, E-Mail: armin.seemann@web.de

ISSN 0941-5874

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Manuskripte anzunehmen bzw. redaktionell zu bearbeiten.

Quelle Titelbild: Sabine Kehr (erstellt mit ChatGPT)

EDITORIAL

Demokratien sind unter Druck geraten. Sie werden aktuell von innen bedroht. „Die heutigen Autokrat:innen reißen die Macht nicht mit Gewalt oder Coups an sich, sie werden demokratisch gewählt“ (Amlinger/ Nachtwey 2025, S. 9). Wichtige Grundsätze der liberalen Demokratie werden angegriffen: Rechtsstaatlichkeit, zentrale Grund- und Menschenrechte, Gewaltenteilung, faire Wahlen. Wie kommt es dazu, dass sich immer mehr Menschen von der Demokratie abwenden und demokratiefeindliche Parteien und Politiker an der Macht sehen wollen? In der Soziologie wird die „Kombination einer sozioökonomischen, einer soziokulturellen und einer demokratiepraktischen Krise“ (Reckwitz 2019, S. 270) als Ursache diskutiert:

- Globalisierung, neoliberale Politik und Deregulierung führen zu zunehmender sozialer Ungleichheit, wichtige gesellschaftliche Infrastruktur (Bildung, Wohnung, Verkehr) wird vernachlässigt. Eine neue prekäre Klasse und Teile des alten Mittelstandes sehen sich, teilweise zu Recht, als Verlierer der Globalisierung und fürchten, dass sie vom wirtschaftlichen Abstieg bedroht sind. (Reckwitz 2019, S. 271 f.)
- Dazu kommen kulturelle Entwertungserfahrungen: Migration, Klimapolitik, Inklusion von Minderheiten werden von bestimmten Gruppen als Bedrohung empfunden.
- Viele Bürgerinnen und Bürger betonen ihre eigenen Wünsche und Rechte, nehmen aber Normen und Pflichten, denen sie als Bürgerinnen und Bürger begegnen, nur noch als Einschränkung ihrer Möglichkeiten wahr.
- Die oben genannten Bedrohungs- und Verlustängste, gepaart mit Zorn und Ressentiments, motivieren einige zu einer destruktiven „Rebellion gegen den inklusiven Liberalismus“ (Amlinger / Nachtwey 2025, S. 14). Es gibt aber auch „immanente Krisenmechanismen der Demokratie“ (Hanzel 2025): Spannungsverhältnisse zwischen wichtigen Prinzipien, Schwächen ihrer Institutionen und Probleme bei den soziokulturellen Voraussetzungen (z. B. Bildung, Medien, Wertesystem), die die Demokratie bedrohen (dazu auch Levitsky / Ziblatt 2018).
- Bestätigt und verstärkt werden diese Tendenzen durch (soziale) Medien, die jede streitige Diskussion als Kulturkampf inszenieren. Finanziell werden populistische Angriffe auf die Demokra-

tie durch Tech-Milliardäre und Unternehmens-eigentümer unterstützt, die den Staat wie ihre (!) Firma führen möchten (Geiselberger 2026).

„Zurück in die Vergangenheit“ (die so nie existiert hat) lautet die autoritäre Lösung für alle gesellschaftlichen und politischen Probleme: Beendigung der Migration, Ausweisung von Menschen mit „fremdem“ kulturellem Hintergrund, Wiederherstellung der „normalen“ Familie mit ihren patriarchalen Strukturen, Abbau der Rechte von Minderheiten, Austritt aus der EU und anderen internationalen Organisationen, Beendigung einer Politik, die vom „Klimawahn“ angetrieben wird. Wichtig sind allein die Interessen des eigenen Landes (die EIGENE NATION zuerst!).

Die Stärken des demokratischen Regierungssystems werden kaum mehr gesehen. Der demokratische Verfassungsstaat:

- verteidigt die „individuelle und kollektive Freiheitssphäre gegen die Übergriffe der Staatsgewalt“ (Offe 1996, S. 142);
- sorgt für inneren Frieden, indem er friedliche und die politischen Akteure „bindende Verfahren zur Konfliktregelung“ vorschreibt und Konfliktergebnisse durchsetzt (ebenda);
- „ist ein Mittel zur lernbereiten Einwirkung der Gesellschaft auf sich selbst und die Regulierung von Verteilungsverhältnissen und Lebenschancen nach Kriterien sozialer und politischer Gerechtigkeit“ (Offe 1996, S. 143). Entscheidungen werden diskutiert, sie können korrigiert und neuen Gegebenheiten angepasst werden. Auch Defizite des demokratischen Regierungssystems werden in Diskursen erprobt und können (teilweise) überwunden werden.

Es müssen allerdings einige Voraussetzungen „erfüllt sein und von relevanten Teilen der Bevölkerung auch als erfüllt betrachtet werden“ (Offe 1996, S. 143), wenn die Bevölkerung eines Landes den dortigen demokratischen Institutionen vertrauen soll: Die Bevölkerung muss erkennen können, dass die Entscheidungen in der Regel nur von den dazu legitimierten, weil gewählten Institutionen getroffen werden und nicht durch weitgehend anonyme Machtgruppen. Die Staatsbürger müssen unterstellen, dass ihre kollektive Willensbildung im Wesentlichen autonom zustande gekommen ist, nicht nur manipuliert wurde und auch Einfluss auf das politische Geschehen hat. Die politischen Eliten müssen

einerseits ihre Konflikte begrenzen sowie Kompromisse und Kooperationen eingehen können, andererseits müssen aber politische Alternativen erkennbar sein. Die einzelnen Gruppierungen müssen in ihren politischen Aussagen unterscheidbar bleiben.

Der demokratische Verfassungsstaat stellt aber auch Ansprüche an die Bürgerinnen und Bürger: Sie müssen von der Gleichheit ihrer Rechte ausgehen. Wenn Demokratie funktionieren soll, muss es eine „verfassungspatriotische Verpflichtung“ der Bürger auf das Gemeinwesen geben: „Grenzen, Bevölkerungszusammensetzung und Regimetyp“ dürfen nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden. Außerdem muss vertikales und horizontales Vertrauen herrschen: Die Bevölkerung sollte überzeugt sein, dass die Eliten politisch wirksam handeln können, dass Exekutive und Verwaltung sich nicht durch ein Übermaß an Komplexität selbst blockieren und dass die Eliten nicht korrupt sind. Sie müssen wenigstens grundsätzlich davon ausgehen können, dass sich Entscheidungen an die vorherrschenden Kriterien für Verteilungsgerechtigkeit anlehnen. Wichtig ist auch, dass die Bürgerinnen und Bürger sich untereinander ein Minimum an Argumentations-, Verhandlungs- und Verständigungsfähigkeit zugute halten. (Offe 1996, S. 144 - 156).

Diese Voraussetzungen sind heute nicht immer erfüllt. Politische Akteure und gesellschaftliche Gruppen, auch die politische Bildung, müssen zur Problemlösung beitragen. Wie diese Beiträge aussehen können, wird derzeit intensiv diskutiert.

Es gibt (wie meist) auch Grund zur Hoffnung. Weltweit demonstrieren Millionen von Menschen gegen Rechtsextremismus und autoritäre Tendenzen, viele setzen sich für die Verwirklichung demokratischer Grundsätze ein. Politische Bildung sollte motivieren, sich in diesen Feldern zu engagieren: „Eigentlich ist es genau das, worauf unser demokratisches System baut: dass wir alle uns einmischen. Das nicht nur die sprechen, die es gelernt haben, sondern alle Bürgerinnen und Bürger. Wenn man es genau nimmt, ist das sogar der Kern der Demokratie: dass man sich zu Wort meldet. Und zwar ohne die anderen niederzubrüllen.“ (Brandt 2026, S. 117)

Mut macht auch: „Illiberale Demokraten“ und Möchtegern-Autokraten werden nicht nur gewählt, sondern auch wieder abgewählt.

In diesem Heft analysieren wir, warum die Demokratie unter Druck geraten ist (Sabine Kehr / Christoph Mohamad-Klotzbach; Severin Furtmayr), diskutieren grundlegende Prinzipien der Politikdidaktik im Umgang mit Gegnern der Demokratie (Andreas Brunold) und zeigen, wie politische Bildung schulisch und außerschulisch dazu beitragen kann, die Demokratie zu stärken (Gabriele Griesse-Heindl; Christian Boeser).

Außerdem untersucht Carl Deichmann Gründe für die Zunahme des Extremismus (v. a. Antisemitismus) und erörtert, wie Politikdidaktik und Unterrichtspraxis darauf reagieren sollten.

Im Verbandsteil berichten wir über die Verleihung des diesjährigen Abiturpreises, informieren über Stellungnahmen des Verbandes zum Gutachten „Lehrkräftebildung für das 21. Jahrhundert“ sowie zur „Hymnenpflicht bei Schulabschlussfeiern“ und präsentieren ein Beispiel, das zeigt, wie die „Verfassungsviertelstunde“ in der Grundschule gestaltet werden kann.

In einem Abschnitt stellen wir wie immer Neuerscheinungen aus dem Themenfeld Politik und Gesellschaft vor.

Bitte beachten Sie außerdem: Im Verbandsteil finden Sie auch die Einladung zu unserer Jahrestagung mit Mitgliederversammlung vom 23.-24. Oktober 2026 mit dem Thema „Gesellschaftliche Resilienz stärken - Zum Umgang mit multiplen Bedrohungen in Gegenwart und Zukunft“.

Viel Freude und neue Erkenntnisse beim Lesen des Hefts wünscht die Redaktion.

Peter Herdegen im Namen der Redaktion

Literatur:

- Carolin Amlinger / Oliver Nachtwey (2025): Zerstörungslust. Elemente des demokratischen Faschismus. Berlin.
- Brandt, Matthias (2026): Nein sagen. Über den 20. Juli 1944, meine Eltern und persönliche Verantwortung heute. Köln.
- Heinrich Geiselberger (Hrsg.) (2026): Oben rechts – Rechtspopulismus als Klassenprojekt. Berlin.
- Michael Hanzel (2025): Immanente Krisenmechanismen der Demokratie. Frankfurt/M. / New York.
- Steven Levitsky / Daniel Ziblatt (2018): Wie Demokratien sterben: Und was wir dagegen tun können. München.
- Claus Offe (1996): Bewährungsproben. Über einige Beweislasten bei der Verteidigung der liberalen Demokratie. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Demokratie am Wendepunkt. Die Demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts. Berlin, S. 141 - 157.
- Andreas Reckwitz (2019): Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Berlin.

DEMOKRATIE UNTER DRUCK

Sabine Kehr / Christoph Mohamad-Klotzbach, Würzburg

Herausforderungen und Konsequenzen in demokratischen Krisenzeiten

1. Ausgangssituation

Seit den 1970er Jahren haben Politikwissenschaftler immer wieder von der Krise der Demokratie gesprochen (u. a. Crozier et al. 1975; Dahrendorf 2003; Merkel 2015; Przeworski 2020). Andere sprechen von „Bedrohungen der Demokratie“ (Brodocz et al. 2009), der „Erosion der Demokratie“ (Rüb et al. 2020), „Postdemokratie“ (Crouch 2008), „Demokratischer Regression“ (Erdmann/Kneuer 2013; Schäfer/Zürn 2021), „democratic backsliding“ (Waldner/Lust 2018; Grillo et al. 2024), von „Zerfallserscheinungen der Demokratie“ (Calhoun et al. 2024), „dysfunktionaler Demokratie“ (Stark et al. 2022) oder gar dem „Sterben der Demokratie“ (Neumann/Schneider 2025). All diese Studien greifen verschiedene theoretische und empirische Aspekte von Demokratie(n) auf, deren Entwicklung und Auftreten entweder als herausfordernd, wenn nicht gar als bedrohlich interpretiert werden.

Zugleich zeigt sich, dass bis in die 1990er Jahre immer mehr demokratische Regime entstanden sind (Huntington 1991) und es sogar zu Demokratisierungsprozessen von bereits etablierten Demokratien gekommen ist. Letzteres kann man u. a. an den Ausweitungen des Wahlrechts (z. B. Frauenwahlrecht in der Schweiz 1971; Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahren in verschiedenen Ländern sowie verschiedenen politischen Ebenen), der Etablierung von deliberativen Institutionen als Erweiterung der klassischen Institutionenstruktur (z. B. Bürgerräte, Bürgerhaushalte, Ausweitung direktdemokratischer Verfahren) erkennen. Viele dieser Entwicklungen werden im Kontext von „demokratischen Innovationen“ untersucht (u. a. Geißel 2024). Diese Tendenzen zu mehr Inklusion und Teilhabe von Mitgliedern der Gesellschaft zeichnen ein Bild, das die Fähigkeit demokratischer Systeme zur Anpassung aufzeigt und klar macht, dass „Krisen“ eben nicht nur Gefahr, sondern auch Chance zur Selbstreflexion und Weiterentwicklung darstellen.

Es ist eine Binsenweisheit, dass Krisen immer schon existier-

ten und es somit nie eine krisenfreie Zeit für Demokratien gab. Dennoch türmen sich seit längerem die Herausforderungen für die Menschen und politischen Akteure auf der Welt. Diese sowohl aufeinander folgenden und teilweise parallel laufenden Krisenphänomene werden immer wieder mit dem Begriff der „Polykrise“ (Tooze 2021) umschrieben. Sie besteht aus ganz unterschiedlichen Phänomenen wie geopolitischen, militärischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen. Die demokratischen Regime stehen in der Verantwortung, Lösungen für diese vielfältigen und komplexen Herausforderungen zu präsentieren. Diese neue Phase der „Krisenpermanenz“ (Korte 2022) führt bei Regierungen zu immer größerem Handlungsdruck. Gleichzeitig werden die Handlungskorridore gefühlt immer enger, u. a. durch die Polarisierung und Fragmentierung von Parteiensystemen, die zu heterogenen Koalitionsregierungen führen können und damit das Regieren erschweren.

Der vorliegende Beitrag möchte in aller Kürze auf ein paar ausgewählte Aspekte dieser Entwicklungen eingehen. Zunächst zeigt er auf, dass demokratische Regime und Rechtsstaaten unter Druck stehen (Punkt 2). Danach werden Beispiele für Phänomene vorgestellt, die den Druck innerhalb und außerhalb der Demokratien ausüben (Punkt 3). Im nächsten Schritt werden die Konsequenzen beleuchtet, die aus den demokratischen Krisenzeiten resultieren (Punkt 4). Ein Ausblick rundet den Beitrag ab (Punkt 5).

2. Demokratien und Rechtsstaaten unter Druck

Laut dem neuesten Bericht des V-Dem-Instituts (Nord et al. 2026) steht es nicht gut um die Demokratie. Die Errungenschaften der von Huntington (1991) beschriebenen dritten Welle der Demokratisierung haben sich in den letzten Jahren umgekehrt und zu einer dritten Welle der Autokratisierung geführt. Laut V-Dem gibt es Ende 2025 weltweit mehr Autokratien (92 Länder) als Demokratien (87), die Mei-

nungsfreiheit wird zunehmend eingeschränkt, die Zivilgesellschaften stehen unter Druck, mehr Länder bewegen sich auf dem Pfad der Autokratisierung (44 Länder) im Vergleich zu Demokratisierungsprozessen (18) und rund 74 Prozent der Weltbevölkerung leben in autokratischen Regimen (Nord et al. 2026, S. 4). Die USA, einst leuchtendes Vorbild für die Idee der Demokratie, hat sich seit Beginn von Präsident Donald Trumps zweiter Amtszeit (seit 2025) massiv verschlechtert und ist auf dem Demokratienniveau aus dem Jahr 1965 angelangt (Nord et al. 2026, S. 33 - 39). Aber auch in Europa zeichnen sich laut dem Bericht zunehmend Autokratisierungstendenzen ab, insbesondere in Italien, Slowenien, Großbritannien, Kroatien und der Slowakei (Nord et al. 2026, S. 22). Die in Abb. 1 dargestellte Entwicklung für sieben ausgewählte Länder zeigt diese unterschiedlichen Trends im Hinblick auf die liberale Demokratie auf.

die negativen Entwicklungen sind v. a. illiberale Regierungen verantwortlich. Zu ihren Strategien zählen u. a. die Einschränkung formaler Machtinstrumente der checks and balances oder die Infiltrierung des Rechtssystems mit eigenen Anhängern, die dann die entsprechenden Entscheidungen im Sinne der illiberalen Regierungen mitbeeinflussen (Hayoz et al. 2025, S. 171 - 172).

Diese Befunde machen deutlich, dass es zum einen negative Entwicklungen im Hinblick auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gibt, zum anderen diese Trends aber nicht überall zu beobachten sind und zudem auch gegenteilige Entwicklungen festgestellt werden können. Es ist somit notwendig, einen differenzierten Blick auf diese Phänomene beizubehalten und gleichzeitig tiefer zu blicken als nur auf diese aggregierten Trends.

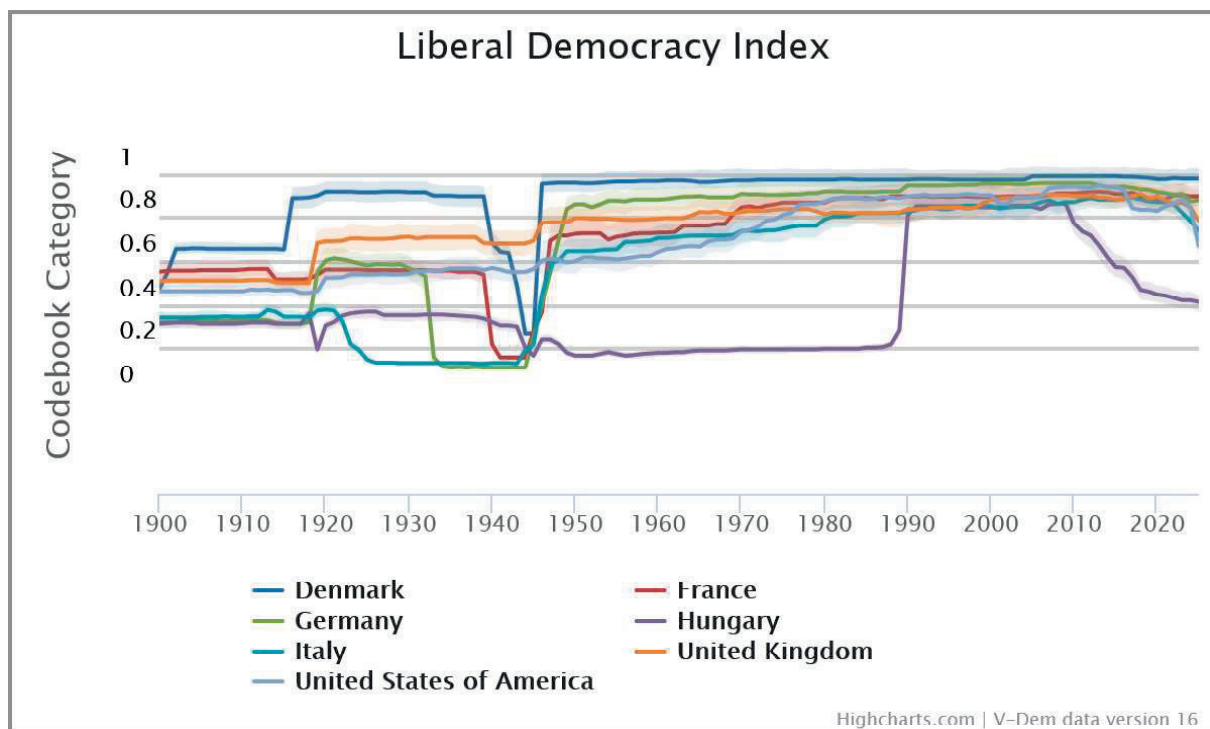


Abb. 1: Die Entwicklung der liberalen Demokratie in ausgewählten Ländern (1900 - 2025); Quelle: Coppedge et al. (2025)

Auch die Rechtsstaaten sind vor diesen negativen Entwicklungen nicht geschützt. Hayoz et al. (2025, S. 160) zeigen, dass es zwischen den Jahren 2000 und 2024 ganz unterschiedliche Entwicklungen gibt. Während in Staaten wie Frankreich, Deutschland, Japan oder Kanada die Qualität des Rule of Law sehr hoch ist und auch geblieben ist, lässt sich in Ländern wie Ungarn, Bulgarien oder der Türkei ein Abwärtstrend beobachten. Zugleich gibt es auch Fälle, wie Rumänien, Tschechien oder Brasilien, die im gleichen Zeitraum einen Aufwärtstrend verzeichnen. Für

3. Demokratiegefährdende Akteure und Faktoren

Die Zeitenwende, die der ehemalige Bundeskanzler Olaf Scholz im Februar 2022 ausrief, ist längst eingetroffen (Bundesregierung 2022). Während er sich damals v. a. auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die damit verbundenen Konsequenzen für Deutschland, Europa und die Welt bezog, ging es ihm zugleich auch um die Verteidigung der Demokratie. Geht man der Frage nach, welche Faktoren

die Demokratie gefährden, so können unterschiedliche Erklärungen herangezogen werden.

Ein zentraler Faktor, der Verunsicherung und Unzufriedenheit in vielen Gesellschaften hervorruft, stellt die bereits erwähnte Polykrise dar. Hier sind beispielsweise zu nennen: Angst vor eskalierenden Konflikten im Nahen und Mittleren Osten (u. a. Gaza, Iran) sowie in Asien (Taiwan, Südkorea), die Ausweitung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, die politischen und militärischen Verschiebungen in den transatlantischen Beziehungen, geopolitische Spannungen im Wettbewerb um Ressourcen, wachsende Inflation, der Klimawandel, die demographische Entwicklung (Überalterung) oder Flucht und Migration (Gahein-Sama et al. 2025, S. 3; Zick 2023; Westenberger-Breuer 2022). Darüber hinaus gerät die Demokratie zunehmend in eine innerpolitische Schieflage, die durch Inflation, zunehmende Insolvenzen, wiederholte Regierungskrisen, parteipolitische Instabilität durch Parteienzersplitterung und instabile Koalitionsbildungen gekennzeichnet werden kann. Auch der reformbedürftige Sozialstaat kann zur Konturierung der Schieflage herangezogen werden und unterstreicht die Herausforderungen sowie den wachsenden Druck auf das politische System (Zick 2023; Manow 2019).

Die Krisenprofiteure sind Populisten und Extremisten, die für ihre eigenen politischen Erfolge die Skepsis und das Misstrauen der Wählerschaft in etablierte politische Parteien und das parlamentarische System benötigen, um existieren zu können (Münch 2024). Auch können wachsende wirtschaftliche Ungleichheit sowie die zunehmenden regionalen Unterschiede eine Gefahr für die Demokratie und den Zusammenhalt in der Gesellschaft darstellen (Dorn et al. 2024). Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Demokratie durch extremistische Einstellungen, Populismus sowie demokratiefeindliche Tendenzen immer stärker unter Druck gerät, weshalb es von Bedeutung ist, dass Bürgerinnen und Bürger demokratische Werte schützen und aktiv für sie eintreten.

Die Veränderungen vor dem Hintergrund der politisch-gesellschaftlichen Transformationsprozesse u. a. durch Digitalisierung, Künstliche Intelligenz sowie der Bedeutungszunahme digitaler Medien (z. B. Instagram, TikTok) rufen einerseits Misstrauen in der Bevölkerung hervor. Andererseits werden sie je nach sozioökonomischem Status und Lebensumständen zuversichtlich und positiv aufgefasst.

Nach Borgstedt (2024) kann eine zunehmende Spaltung der bürgerlichen Mitte festgestellt werden: Während ein Teil der Bevölkerung den Transformationsprozessen aufgeschlossen und zukunftsorientiert entgegentritt, fühlt sich der andere Teil zunehmend

überfordert und fürchtet dadurch negative gesellschaftliche Entwicklungen und persönliche Folgen. Die hierdurch entstehende gesellschaftlich wachsende Polarisierung kann sich wiederum negativ auf die demokratische Stabilität auswirken und stellt einen weiteren demokratiegefährdenden Faktor dar. Wenn diese gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen in Summe betrachtet werden, so charakterisieren diese Krisenindikatoren den aktuellen Zustand der Gesellschaft und zeigen auf, dass sich die westlichen Demokratien in krisenreichen Zeiten befinden. Ungewisse und unsichere politische Zeiten gehen wiederum oftmals mit gesellschaftlicher und politischer Instabilität einher, weil eine Zunahme von innenpolitischen Konflikten resultieren kann und sich die Bevölkerung nach einfachen Erklärungen sehnt, auch wenn diese nicht mit der politisch-komplexen Einschätzung der Realität übereinstimmen (Zick 2023, S. 19 ff.).

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass die Gleichzeitigkeit von globalen Konflikten und innerpolitischen Krisenbewältigungen die Demokratie an ihre Grenzen der Belastungsprobe bringt (Vorländer 2023, S. 61).

4. Konsequenzen demokratischer Krisenzeiten

Wie im vorherigen Abschnitt schon mitschwang, resultieren aus den Polykrisen und den zunehmenden Herausforderungen, denen die Demokratie ausgesetzt ist, Verunsicherungen und Ängste seitens der Bevölkerung. Gleichwohl muss angemerkt werden, dass die Demokratie Konflikte und die Vereinbarkeit unterschiedlicher Interessen in Einklang bringen muss; jedoch bedarf es hierbei einer standhaften und einigen Mitte, die selbst aber nicht davor gefeit ist, in die Extreme abzurutschen (Ali et al. 2020). Die Aushandlungsprozesse sowie die (Minimal-)Konsensfindung sind zentrale Merkmale für eine stabile und dynamische Demokratie, werden jedoch durch die zunehmenden Polarisierungsprozesse – auch in der politischen Elite (siehe USA) – stark in Mitleidenschaft gezogen. Ist jedoch die bürgerliche Mitte, die als Regulativ der Demokratie fungiert, fragmentiert, uneins und orientierungslos, kann dies zu einer Instabilität der Demokratie führen (Zick 2025).

Polarisierung und Misstrauen in das politische System sind Begleiterscheinungen der Unzufriedenheit der gesellschaftlichen Mitte. Küpper und Zick fassen diese negativen Entwicklungen als Demokratiedistanz zusammen und subsumieren „Verunsicherungen und mangelnde Zufriedenheit mit der Demokratie, einem Vertrauensverlust in Regierung und Institu-

tionen und einem Abrücken von demokratischen Grundwerten“ (Küpper und Zick 2024, S. 34) darunter. Tendenzen zu (Rechts-)Populismus, Verschwörungsmithen, Rassismus, Diskriminierung sowie demokratiegefährliche und -feindliche Neigungen und Einstellungen können resultieren. Wenn sich schließlich die Menschen der Mitte von der Demokratie distanzieren und sie sich an den rechtsextremen Rand positionieren, erodieren die Grundmauern der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Vor diesem Hintergrund scheint es nicht zu verwundern, wenn das Vertrauen der Bevölkerung in politische Institutionen rückläufig ist und sich das politische Klima negativ verändert (Zick 2023, S. 26 ff). Auch Politikerinnen und Politiker sowie ehren- und hauptamtlich engagierte Menschen oder Personen im öffentlichen Dienst befinden sich in Krisenzeiten und geraten ins Fadenkreuz des gesellschaftlichen Missmuts und Ärgers. Dieser Unmut kann sich beispielsweise in verbalen und tätlichen Angriffen auf die Person zeigen, aber auch Anfeindungen über digitale Medien sind keine Seltenheit mehr (Schröter 2025, S. 15). Dass sich Deutschland mittlerweile im Spannungsverhältnis der Gegensätze befindet, zeigt sich einerseits am zunehmenden Wahlerfolg der AfD in Ost- sowie Westdeutschland, und andererseits an den Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und Faschismus sowie dem ehrenamtlichen Engagement von gegründeten Vereinen zur Stärkung der Demokratie (Zick 2025, S. 19 f).

Eine aktuelle Studie der Körber-Stiftung (2025) liefert ein differenziertes Bild der Lage in Deutschland. Während die Mehrheit der Befragten ein weniger großes bzw. geringeres Vertrauen in die Demokratie hat (53%), so zeigt sich, dass das Vertrauen in die kommunale Ebene (hier: großes bzw. sehr großes Vertrauen in Bürgermeister und Bürgermeisterinnen) höher liegt (38%) als in die Bundesregierung (19%). Je näher die Institutionen bzw. die politischen Entscheidungsträger und -trägerinnen bei den Menschen sind, desto höher das Vertrauen in sie. Gleichzeitig sinkt das Bedürfnis der Menschen nach starken Führungspersonlichkeiten von 60% (2024) auf 49% (2025). Ebenfalls positiv zu bewerten ist, dass gemäß dieser Umfrage trotz anhaltender gesellschaftlicher Herausforderungen und Krisen 52% der Deutschen zuversichtlich in die Zukunft blicken.

Im Vergleich zu 2024 entspricht dies einem Anstieg um sechs Prozentpunkte (Körber-Stiftung 2025). Erweitert man den Blick auf Europa, so zeigt sich u. a., dass das Vertrauen in nationale Parlamente nicht überall niedrig ist, sondern dass es durchaus Länder gibt, die weiterhin politisches Vertrauen generieren können (Abb. 2).

5. Ausblick



Abb. 2: Vertrauen in nationale Parlamente in europäischen Ländern (2023); Quelle: European Social Survey Runde 11 (2023)

Was sagen uns diese unterschiedlichen Ergebnisse? Nun, auf keinen Fall, dass man die Demokratie abschreiben sollte, sondern dass es – im Vergleich zu früheren Zeiten – wesentlich mehr Menschen gibt, die die Idee der Demokratie befürworten und die auch bereit sind, sie zu verteidigen. Immer noch stimmen mehr Menschen für demokratische statt undemokratische Parteien bei Wahlen. Aber auch die Zivilgesellschaft ist aktiv. Beispielhaft seien hierfür bottom-up-Bewegungen wie „Omas gegen Rechts“ oder „Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland“ zu nennen. Dieses wichtige Signal aus der Zivilgesellschaft ist ein Indiz dafür, dass trotz der immensen Herausforderungen und Probleme innerhalb der Demo-

kratien Menschen bereit sind, für die Werte der Demokratie einzustehen.

Demokratien sind lebendige und offene politische Systeme, die wesentlich widerstandsfähiger sind, als wir gemeinhin glauben. In ihnen finden Suchbewegungen nach politischen Antworten auf die Herausforderungen der Polykrise statt. Und die Antworten sollten hierbei nicht den Autokraten überlassen werden, sondern die demokratischen Parteien sollten sich auf ihr sinnstiftendes Potenzial besinnen und Antworten formulieren (und dann auch umsetzen), die die Menschen wieder Vertrauen in die Demokratie gewinnen lassen. Der neue Bürgermeister von New York, Zohran Mamdani, oder Péter Magyar, der neue Ministerpräsident von Ungarn, sind nur zwei Beispiele, die zeigen, dass politische Veränderungen möglich sind. Menschen sind in der Lage, Lösungen für Herausforderungen zu finden und die Demokratien geben ihnen hierfür den nötigen kreativen Raum. Und wenn es gelingt, dass politisch Handelnde diese positive gesellschaftliche Energie zu nutzen wissen, dann kann es auch gelingen, die negativen Entwicklungen der vergangenen Jahre umzukehren.

Literatur:

- Ali, Tariq; Flassbeck, Heiner; Mausfeld, Rainer; Streeck, Wolfgang; Wahl, Peter, 2020: Die extreme Mitte. Wer die westliche Welt beherrscht. Eine Warnung. Wien: Promedia.
- Borgstedt, Silke (2024): „Transformation? Mach‘ ick seit 20 Jahren“ Milieuspezifische Perspektiven auf den gesellschaftlichen Wandel. S. 32 - 36. In: Zwischen Zumutung und Zuversicht. Transformation als gesellschaftliches Projekt. Bundeskanzleramt.
- Brodocz, André; Llanque, Marcus; Schaal, Gary S., Hrsg. (2009): Bedrohungen der Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bundesregierung (2022): Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975954/2008580/b7348ec7b88380164f7873453c7b6758/25-2-bk-reg-erkl--data.pdf?download=1>
- Calhoun, Craig; Gaonkar, Dilip Parameshwar; Taylor, Charles (2024): Zerfallerscheinungen der Demokratie. Berlin: Suhrkamp.
- Coppedge, Michael; John Gerring; Carl Henrik Knutsen et al. 2025. "V-Dem [Country-Year/Country-Date] Dataset v15" Varieties of Democracy (V-Dem) Project. <https://doi.org/10.23696/vdemds25>
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Crozier, Michel J.; Huntington, Samuel P.; Watanuki, Joji (1975): The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission. New York: New York University Press.
- Dahrendorf, Ralf (2003): Die Krisen der Demokratie. Ein Gespräch. München: C. H. Beck.
- Dorn, Florian; Gstrein, David; Neumeier, Florian (2024): Wachsende Armutsgefährdung mitverantwortlich für Wahlerfolg rechtsextremer Parteien. S. 16 - 20. In: Wohlstand in Gefahr? Ursachen und Folge von Populismus. Ifo Schnelldienst, 77. Jahrgang.
- Erdmann, Gero; Kneuer, Marianne, Hrsg. (2013): Regression of Democracy? ZfVP Special Issue No. 1. Wiesbaden: Springer VS.
- Gahein-Sama, Massa; Podkowik, Klara; Tran, Kien; Salikutluk, Zerrin (2025): Demokratie unter Druck: Wie sich das Vertrauen in die Politik verändert. DeZIM Data. insights 17, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).
- Geißel, Brigitte (2024): Demokratie als Selbst-Regieren. Demokratische Innovationen von und mit Bürgerinnen und Bürgern. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Grillo, Edoardo; Luo, Zhaotian; Nalepa, Monika; Prato, Carlo (2024): Theories of Democratic Backsliding. Annual Review of Political Science 27, S. 381 - 400.
- Hayoz, Nicolas; Lauth, Hans-Joachim; Bucholc, Marta (2025): Rule of law and Rechtsstaat under pressure: Introductory considerations. Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 19, S. 159 - 174. <https://doi.org/10.1007/s12286-025-00648-9>.
- Huntington, Samuel P. (1991): The Third Wave. Democratization in the Late 20th Century. Norman: University of Oklahoma Press.
- Körber Stiftung (2025): Demokratie in der Krise: Umfrage 2025. <https://koerber-stiftung.de/projekte/demokratie-in-der-krise/umfrage-2025/#s48723>.
- Korte, Karl-Rudolf (2022): Transformatives Regieren in Zeiten der Krisenpermanenz. In: dms – der moderne Staat. Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management 15 (2), S. 1 - 17.
- Küpper, Beate; Zick, Andreas (2024): Demokratiedistanz der Mitte. Empirische Befunde. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) Nr. 27, S. 32 - 40. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/demokratie-in-gefahr-2024/549908/demokratiedistanz-der-mitte/>.
- Manow, Philip (2019): Die Politische Ökonomie des Populismus. Berlin: Suhrkamp.
- Merkel, Wolfgang, Hrsg. (2015): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden: Springer VS.
- Münch, Ursula (2024): Pessimismus auch mit Blick auf die politische Lage. S. 3 - 6. In: Wohlstand in Gefahr? Ursachen und Folgen von Populismus. Ifo Schnelldienst, 77. Jahrgang.
- Neumann, Peter R.; Schneider, Richard C. (2025): Das Sterben der Demokratie. Der

Plan der Rechtspopulisten – in Europa und den USA. Berlin: Rowohlt.

- Nord, Marina; Altman, David; Fernandes, Tiago; Good God, Ana; Lindberg, Staffan I. (2026): Democracy Report 2026: Unraveling The Democratic Era? University of Gothenburg, V-Dem Institute. https://www.v-dem.net/documents/75/V-Dem_Institute_Democracy_Report_2026_lowres.pdf
- Przeworski, Adam (2020): Krisen der Demokratie. Berlin: Suhrkamp.
- Rüb, Friedbert W.; Selk, Veith; Trimçev, Rieke, Hrsg. (2020): Die Erosion der Demokratie. Beiträge von Michael Th. Greven zur kritischen Demokratietheorie. Wiesbaden: Springer VS.
- Schäfer, Armin; Zürn, Michael (2021): Die demokratische Regression – die politischen Ursachen des autoritären Populismus. Berlin: Suhrkamp.
- Schröter, Franziska (2025): Vorwort der Herausgeberin. In: Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico; Eden, Marco, Hrsg.: Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/2025. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf.
- Stark, Toralf; Osterberg-Kaufmann, Norma; Pickel, Susanne (2022): Dysfunctional democracy(ies): characteristics, causes and consequences. Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 16, S. 185 - 197. <https://doi.org/10.1007/s12286-022-00537-5>.
- Vorländer, Hans (2023): Demokratie in der Zeitenwende. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 33, S. 61 - 70. <https://doi.org/10.1007/s41358-022-00337-z>
- Waldner, David; Lust, Ellen (2018): Unwelcome Change: Coming to Terms with Democratic Backsliding. Annual Review of Political Science 21, S. 93 - 113.
- Westenberger-Breuer, Heike (2022): Die Vertrauenskrise in der Gesellschaft. Forum Psychoanal, 38, S. 425 - 437. <https://doi.org/10.1007/s00451-022-00487-4>.
- Zick, Andreas (2023): Die distanzierte Mitte – eine Annäherung an das Verhältnis der Mitte zur Demokratie in Krisenzeiten. In: Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico, Hrsg.: Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf.

- Zick, Andreas (2025): Demokratie am Kippunkt – Verschiebungen in der Mitte und die Normalisierung des Rechtsextremismus – eine Hinführung zur Mitte-Studie 2024/25. In: Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico; Eden, Marco, Hrsg.: Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico, Hrsg. (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico; Eden, Marco, Hrsg. (2025): Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf.

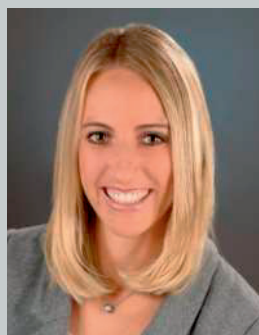


Foto: privat

Sabine Kehr ist Akademische Rätin für die Fachdisziplinen Politik und Gesellschaft sowie Beruf und Wirtschaft am Institut für Politikwissenschaft und Soziologie der Universität Würzburg.



Foto: privat

Dr. Christoph Mohamad-Klotzbach ist Politikwissenschaftler am Institut für Politikwissenschaft und Soziologie der Universität Würzburg. Derzeit arbeitet er im Projekt MARKOPOLO an der Professur für sozialwissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung.



BUCHNER
weekly

Wöchentliche Updates für Ihren Unterricht

Politik • Wirtschaft • Gesellschaftslehre



Aktuell

Wöchentlich liefern unsere Autorinnen und Autoren sowie unsere Onlineredaktion aktuelle Unterrichtseinheiten, Statistiken, Karikaturen und Infografiken – sofort nutzbar auf Buchner weekly.



Responsiv

Egal ob Laptop, Tablet oder Smartphone – Ihr weekly passt sich allen Geräten an und ist überall bequem lesbar.



Teilen

Teilen Sie Ihr weekly mit Schülerinnen und Schülern – mit nur einem Klick via QR-Code.



Offline

Exportieren Sie Ihr weekly als übersichtliches PDF – perfekt zum Archivieren oder Ausdrucken.



www.buchner-weekly.de

Demokratie beginnt im Klassenzimmer



Für alle Fächer aller Schulformen
und alle Lehrkräfte ohne spezielle
Vorkenntnisse oder Vorbereitung

Band 1

Für die Jahrgangsstufen 5-7
ISBN 978-3-661-71305-2

Demokratie-Logbuch: Arbeitsheft zu Band 1

Für die Jahrgangsstufen 5-7
ISBN 978-3-661-71306-9



www.ccbuchner.de/demokratiebildung/

Bayern hat gewählt - eine Wahlnachlese

Ein paar Monate sind nun seit den Kommunalwahlen in Bayern am 8. März dieses Jahres sowie den Stichwahlen zwei Wochen später vergangen. Die Gewinner und Verlierer stehen fest, wobei erstere seit 1. Mai offiziell ihre Arbeit (wieder-)aufgenommen haben in den Gremien und Amtsstuben der Gemeinden, Städten und Landkreise.

Eine tiefgehende Analyse dieser Wahlen steht vor mehreren Herausforderungen: Zum einen liegen (zumindest zu Redaktionsschluss) immer noch nicht alle Ergebnisse vollständig und statistisch auswertbar vor. Bei über 2100 zu wählenden Gremien und ca. 39.500 Mandaten überrascht es nicht, dass v. a. die Daten aus den kleineren Gemeinden erst verzögert verfügbar sind, wohingegen die Daten aus den kreisfreien Städten und Landkreisen bereits vorliegen. Zum anderen fehlen – anders als bei Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen – systematische Vor- und Nachwahlbefragungen (mit Ausnahme von einigen Daten für München). Aussagen zu Wählerwanderungen oder -motiven bleiben daher begrenzt. Hinzu kommen Zuordnungsprobleme bei den Ergebnissen der Freien Wähler, da diese teils als Partei, teils als unabhängige Wählergruppen auftreten oder auf gemischten Listen kandidieren. Gerade die Ergebnisse in diesem Bereich sind, wie wir sehen werden, besonders relevant. Trotz dieser Einschränkungen lassen sich zentrale Entwicklungen erkennen.

Wir leben in politischen Zeiten

Stell Dir vor, es sind die größten Wahlen in Bayern und keiner geht hin. So konnte man lange Zeit über Kommunalwahlen sprechen, verzeichneten sie über viele Jahre doch eine deutlich niedrigere Wahlbeteiligung wie die Wahlen zu Landtag, Bundestag oder Europaparlament. Wurde noch vor einigen Jahren aufgrund der allgemein niedrigen Wahlbeteiligung bei allen Wahlen in Deutschland von manchen gar eine Wahlpflicht gefordert, steigt das Interesse an und die Beteiligung bei Wahlen seit einigen Jahren erfreulicherweise wieder an. Dieser bundesweite Trend spiegelte sich auch bei den bayerischen Kommunalwahlen wider: Die Wahlbeteiligung stieg auf landesweite 63,4 Prozent, einen Wert, wie er zuletzt 2002 verzeichnet wurde.¹ Bei aller Freude um diesen Trend muss jedoch auch festgehalten werden, dass die Wahlbeteiligung in den Städten immer noch zum Teil deutlich niedriger ist, als auf dem Land. Das

erhöhte Interesse an dieser Wahl kann zum einen mit einer verstärkten Politisierung der Gesellschaft erklärt werden (die lethargischen Jahre sind vorbei), zum anderen auch mit Alternativen, welche vermehrt Nicht- und Protestwähler an die Urnen bringen, welche noch vor einigen Jahren zuhause geblieben wären. Bei aller Problematik, welche diese Alternativen mit sich bringen, kann zumindest die stärkere Beteiligung der Bevölkerung an Wahlen als positiver Trend für eine Demokratie gesehen werden.

Die etablierten Parteien tun sich zunehmend schwer

Ein seit Jahren auf allen politischen Ebenen beobachtbarer Trend zeigt sich verstärkt auch kommunal: Die etablierten Parteien verlieren zunehmend an Zuspuch. Bei den Gremienwahlen in Landkreisen und kreisfreien Städten verzeichnen die Grünen mit -3,9 Prozentpunkten die größten Verluste. Als erste Erklärung hierfür dient sicher der veränderte Zeitgeist, fanden die letzten Kommunalwahlen 2020 doch zur Hochzeit der Klimaproteste und vor den Großkrisen Corona und Russlands Angriffskrieg in der Ukraine statt. Und obwohl die Partei in den letzten Jahren stark gewachsen ist (mit rund 30.000 Mitgliedern fast eine Verdopplung seit 2019)² und dieses Mal mit so vielen Listen wie nie angetreten ist (13 Prozent mehr als 2020)³, so hat sie insgesamt dennoch deutlich an Stimmen verloren. Der veränderte Zeitgeist wird hier als Erklärung nicht ausreichen.

Eine weitere Verliererin ist die SPD mit -1,4 Prozentpunkten, mittlerweile ein bekanntes Bild, verzeichnete sie doch seit 1990 bei jeder Kommunalwahl Verluste. Neu ist jedoch, dass diese Verluste nicht mehr durch Zugewinne der Grünen kompensiert werden. Lagen die beiden Parteien zusammen stets stabil über 30 Prozent, sind es nun nur noch knapp 26 Prozent. Die Linke konnte ihre Mandate nach eigener Aussage mehr als verdoppeln, sie sind nun in 66 Kreistagen vertreten und legte gerade in den Städten teils deutlich zu⁴ (die Zahlen für die kleineren Gemeinden liegen noch nicht gesammelt und auswertbar vor). Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass die Zugewinne der Linkspartei den Verlust im linken Lager in der Fläche ausgleichen können. Der allgemeine Rechtsruck, er zeigt sich auch auf der kommunalen Ebene, zum Leidwesen von SPD und Grünen.

Am herbst treffen die Verluste aber die Partei, die wie keine mit Bayern assoziiert wird und welche in der Verankerung in den Kommunen stets eine ihrer wichtigsten Kraftquellen gesehen hat: die CSU. Zwar ist sie mit -1,9 Prozentpunkten auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städten zahlenmäßig nicht die größte Verliererin. Und auch die Karte, welche die größte Fraktion in den Gemeinde- und Stadträten visualisiert, ist immer noch schwarz dominiert.⁵ Aber gerade in den Personenwahlen zeigt sich, dass das alte Bonmot, die CSU könne auch einen Besenstil als Kandidaten aufstellen, er werde dennoch gewählt, nicht mehr gilt. Konnten die Christsozialen vor der Wahl noch 66 von insgesamt 96 Landrats- und Oberbürgermeisterposten in den kreisfreien Städten für sich reklamieren, sind es nun nur noch 50.⁶ Vor allem wenn es zu einer Stichwahl kam, mussten sich die Kandidatinnen und Kandidaten der CSU häufig geschlagen geben. Ein Bild, das sich auch auf der Ebene der Bürgermeister zeigte⁷, vor allem, wenn sich auf der Gegenseite eine unabhängige Kandidatin oder Kandidat bzw. einer der Freien Wähler befand.

Die Freien Wähler und freien Wählergruppen zählen somit zu den großen Gewinnern dieser Wahl, v. a. der Personenwahlen. Mit 30 Landräten und Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte konnten sie die Zahl ihrer Mandate auf dieser Ebene beinahe verdoppeln.⁸ Und auch so manche kreisangehörige Stadt und Gemeinde wird nun von einem Bürgermeister der Unabhängigen/Freien Wähler regiert (und häufig eben nicht mehr von der CSU). In den Gremien der Landkreise und kreisfreien Städte halten sich die Zugewinne der Freien Wähler und Unabhängigen tatsächlich in Grenzen. Die genaue Datenanalyse wird zeigen, wie es in den kleineren Gremien aussieht. Die Partei verbucht die Wahl dennoch als klaren Gewinn und Vertrauensbeweis.

Die große Gewinnerin in den Gremien ist offensichtlich die AfD: +7,5 Prozentpunkte mehr Mandate in den 96 Kreistagen und Stadträten der kreisfreien Städte, ähnliches ist in den kleineren Städten und Gemeinden zu erwarten, v. a. wenn man nur diejenigen betrachtet, in denen die AfD mit einer eigenen Liste angetreten ist. Das sind allein für den Raum München mehr als drei mal so viele wie noch 2020.⁹ Ähnlich wie die Grünen konnte die AfD ihre Präsenz in der Fläche ausdehnen, sogar deutlich mehr, und dank dem bayerischen Wahlrecht ohne Prozenzhürde konnte in allen Gemeinden mit AfD-Liste ziemlich sicher auch mindestens ein Kandidat einziehen, oft sogar deutlich mehr. Die Tatsache, dass die AfD-Listen häufig mit weniger Leuten besetzt waren als die anderen Listen, zeigt zwar, dass die Partei in der

Breite immer noch nicht in dem Maße etabliert und akzeptiert ist wie die anderen Parteien. Ihr Wahlerfolg zeigt jedoch auch, wie weit sie auf diesem Weg bereits gekommen ist.

Die Ursachen dieser Entwicklungen lassen sich aufgrund der Datenlage nur eingeschränkt bestimmen. Naheliegend ist jedoch, dass sich bekannte Trends nun stärker auf kommunaler Ebene auswirken. Es herrschen zunehmende Verunsicherung, Misstrauen und Unzufriedenheit, gerade mit den etablierten Parteien. Davon profitieren vor allem Anti-Partei-Listen (Unabhängige) und Anti-Establishment-Parteien (v. a. die AfD, in Teilen auch die Freien Wähler). Am deutlichsten wird dies in den Stichwahlen, in denen der klassische Amtsbonus mancherorts gar in einen „Amtsmalus“ umschlägt: Die Leute lassen ihre Unzufriedenheit an den Amtsinhabern aus, in der in einer Demokratie akzeptierten und üblichen Weise der Abwahl, leider aber zunehmend auch in Form von Drohungen und gar Gewalt.

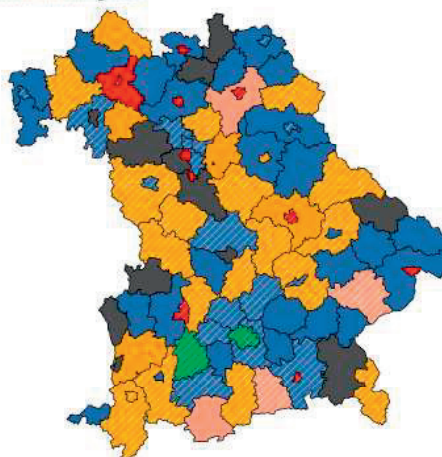
Ein weiterer gesamtdeutscher Trend schlägt nun ebenfalls auf der kommunalen Ebene durch: Bei aller Unzufriedenheit und bei allen Rufen nach Veränderungen und Reformen ist ein erheblicher Teil der Bevölkerung scheinbar nicht bereit, Veränderungen tatsächlich auch mitzutragen, sobald sich daraus Auswirkungen in ihrem persönlichen Umfeld ergeben. Deutlich wurde dies bei dieser Wahl beim Thema Zukunft der Krankenhäuser, wo eine eigentlich von allen Beteiligten als grundsätzlich notwendig betrachtete Reform bundespolitisch entschieden

Kommunalwahlen 2026

Endgültiges Ergebnis

Bayern

Erfolgreiche Wahlvorschläge 2026



Wahlvorschlag	Häufigkeit
CSU / CSU und andere	43
FREIE WÄHLER / FREIE WÄHLER und andere	24
GRÜNE / GRÜNE und andere	2
SPD / SPD und andere	11
Wählergruppen	4

Quelle: <https://www.kommunalwahl2026.bayern.de/>

wurde und nun kommunalpolitisch durchgesetzt werden muss. Die Wählerinnen und Wähler strafen v. a. diejenigen Kandidaten ab, welche sich der Schließung und/oder dem Umbau der kommunalen Krankenhäuser konstruktiv gestellt hatten, wohingegen Kandidatinnen und Kandidaten, welche sich klar für den Erhalt der in der Regel höchst defizitären Kliniken ausgesprochen hatten, auch dank dieser Thematik in die Stichwahlen und häufig gar ins Amt getragen wurden.¹⁰ Jenseits aller konkreten Details im Einzelfall macht diese Entwicklung die Arbeit der Politik nicht leichter.

Demokratie braucht Engagement – doch es schwindet

Die beschriebenen Entwicklungen verstärken einen Trend, der die Demokratie nicht nur auf kommunaler Ebene substanziell betrifft: die abnehmende Bereitschaft zum Engagement.¹¹ Zwar ist der Anteil hauptberuflicher Bürgermeister in Bayern vergleichsweise hoch (60 Prozent, Tendenz steigend),¹² doch viele kleinere Gemeinden sind weiterhin auf ehrenamtliche Amtsinhaber angewiesen. Nicht zu vergessen die vielen Tausend Mandate in den Gemeinde- und Stadträten. Wie in Vereinen und Initiativen ist auch hier ehrenamtliches Engagement unverzichtbar.

Eine repräsentative Umfrage der Körber-Stiftung (2023¹³) zeigt jedoch zentrale Hemmnisse. Neben der zu erwartenden Sorge vor der hohen zeitlichen Belastung (34 Prozent) oder dem mangelnden Vertrauen in die eigenen Kompetenzen (28 Prozent) werden zunehmend die Auswüchse der Politikverdrossenheit als Gründe genannt: Angst vor Hass und Hetze (21 Prozent), vor dem rauen Ton in der Politik (18 Prozent) sowie die geringe Wertschätzung (13 Prozent). Diese Auswüchse treffen leider nicht nur Berufspolitikerinnen und -politiker „im fernen Berlin“, sondern schrecken zunehmend die Verantwortlichen in den Kommunen ab. Rücktritte und eine sinkende Bereitschaft zur Kandidatur sind die Folge¹⁴ – eine Entwicklung, die demokratiepolitisch alarmierend ist.

Keine Fortschritte bei der Geschlechterverteilung

Dieser Artikel hat sich bisher um geschlechtergerechte Sprache bemüht, aber eigentlich hätte man sich das sparen können, denn in kaum einem Bereich in diesem Land tritt die Dominanz der Männer so stark zu Tage wie bei den (Ober-)Bürgermeistern und Landräten: Nur rund 10 Prozent der kommunalen Spitzenämter wurden zuletzt von Frauen besetzt,

die diesjährige Wahl scheint daran auch nichts geändert zu haben.¹⁵ Tatsächlich sind es jetzt nur noch sechs Landrätinnen (-1) und fünf Oberbürgermeisterinnen (-1). Weder die Tatsache, dass eine Mehrheit sich eigentlich mehr Frauen in den Gemeinde- und Stadträten wünschen würde (54 Prozent),¹⁶ noch die ehrenwerte und durchaus medial präsente Initiative „Bavaria ruft“ oder die Aufforderung, den 8. März als Weltfrauentag zum „Wählt-Frauen-Tag“ zu machen, konnten in der Breite etwas bewirken.

Verwundern muss einen diese Entwicklung nicht. Auch auf der Ebene der Landtage und des Bundestages ist seit Jahren eine Stagnation des Frauenanteils zu beobachten. Über die Gründe wurde viel geschrieben: die zeitliche Belastung, die Frauen häufig mehr betrifft als Männer, weil sie zusätzlich zur Erwerbsarbeit mehr Sorgearbeit übernehmen; vermeintliche psychologische Unterschiede, welche Frauen eher an ihrer Eignung zweifeln lassen als Männer; die oben beschriebene Sorge vor Anfeindungen und einem rauen Ton, welche Frauen vielleicht noch mehr abschreckt als Männer. Diese und andere Gründe können sicherlich erklären, warum auch unter den Kandidierenden der Anteil an Frauen deutlich kleiner ist als der der Männer (2020 waren es knapp 30 Prozent bei den Gremienwahlen).¹⁷ Warum dieser Anteil bei den gewählten Mandatsträgern allerdings nochmal deutlich niedriger ist (ca. 23 Prozent 2020),¹⁸ wirft den Blick auf die Wählerinnen und Wähler: Zu viele trauen den Frauen dieses Amt offensichtlich nicht zu oder wollen in diesem Bereich keine Frauen in Entscheidungspositionen sehen. Eine Vermutung, welche dem Autor in der Stimmenausschüttung durch zahlreiche Stimmzettel bestätigt wurde, bei denen bewusst nur Männer angekreuzt wurden.

Jenseits aller Fragen nach Geschlechtergerechtigkeit sollte uns diese persistente Weigerung, mehr Frauen in Amt und Würden zu bringen, sorgen, weil dadurch wichtige Perspektiven in der (Kommunal-)Politik zu wenig wahrgenommen werden: die tatsächlichen Bedürfnisse junger Familien in puncto Kinderbetreuung, das ungute Gefühl auf dem Nachhauseweg bei zu spärlicher Beleuchtung, eine Raum- und Wegeplanung, welche nicht nur den Haus-Arbeit-Haus-Weg der Hauptverdienenden berücksichtigt; die Bedürfnisse von Frauen im Bereich Gesundheitsversorgung, Sport oder Freizeitgestaltung usw. Unterschiedliche Erfahrungen erhöhen die Chance, dass blinde Flecken kleiner werden und Entscheidungen näher an der Lebensrealität der gesamten Bevölkerung liegen. Ob sich hier in die den kommenden sechs Jahren Veränderungen ergeben, bleibt offen, aber fraglich.

Fußnoten

¹ Die hier und im Folgenden aufgeführten Daten zu den Wahlergebnissen sind, wenn nicht anderweitig gekennzeichnet, den offiziellen Daten des Landesamtes für Statistik entnommen. Verfügbar unter: <https://www.kommunalwahl2026.bayern.de/> (letzter Zugriff am 13.05.2026).

² Bündnis 90 / Die Grünen Bayern: Partei (o. D.). Verfügbar unter: <https://www.gruene-bayern.de/partei/> (letzter Zugriff: 13.05.2026).

³ Bündnis 90 / Die Grünen Bayern: Bayern wird noch grüner: Grüne übertreffen Listen-Rekord (2026). Verfügbar unter: <https://www.gruene-bayern.de/bayern-wird-noch-gruener-gruene-uebertreffen-listen-rekord/> (letzter Zugriff: 13.05.2026).

⁴ Thomas Balbier: Der übersehene Wahlerfolg der bayerischen Linken, in: Süddeutsche Zeitung online (10.3.2026). Verfügbar unter: <https://www.gruene-bayern.de/bayern-wird-noch-gruener-gruene-uebertreffen-listen-rekord/> (letzter Zugriff: 13.05.2026).

⁵ Markus Hameter et al.: Kommunalwahl in Bayern. Das sind die Ergebnisse der Stichwahlen, in: Süddeutsche Zeitung online (22.3.2026). Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/bayern/kommunalwahlen-bayern-2026-stichwahlen-2026-ergebnisse-hochrechnungen-e777026/#landraete> (letzter Zugriff: 13.05.2026).

⁶ Theres Eingartner et al.: Stichwahlen in Bayern. Wo die CSU überall verloren hat, in: Süddeutsche Zeitung online (24.3.2026). Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/bayern/kommunalwahlen-2026-bayern-parteien-gewinner-datenanalyse-e329682/> (letzter Zugriff: 13.05.2026).

⁷ Markus Hameter et al.: Kommunalwahl in Bayern. Das sind die Ergebnisse der Stichwahlen, in: Süddeutsche Zeitung online (22.3.2026). Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/bayern/kommunalwahlen-bayern-2026-stichwahlen-2026-ergebnisse-hochrechnungen-e777026/#buergemeister> (letzter Zugriff: 13.05.2026).

⁸ Statistisches Bundesamt (Destatis): Pressemitteilung Nr. 112/2026 (2006). Verfügbar unter: <https://www.destatis.de/Presse/Pressemitteilungen/2026/pm112/index.html> (letzter Zugriff: 13.05.2026).

⁹ Thomas Radlmaier, Marie-Lousie Timcke: Kommunalwahlen in Bayern. Vor der blauen Welle, in: Süddeutsche Zeitung online (16.02.2026). Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/muenchen-dachau/kommunalwahl-2026-bayern-afd-kommunen-e202993/> (letzter Zugriff: 13.05.2026).

¹⁰ Alina van Wezel: Denkvettel an der Wahlurne: Haben Krankenhausschließungen die CSU Stimmen gekostet? in: Merkur Online (23.03.2026). Verfügbar unter: <https://www.merkur.de/bayern/kommunalwahl-bayern-warum-hat-die-csu-so-viele-posten-verloren-94232174.html> (letzter Zugriff: 13.05.2026).

¹¹ Rebecca Reinhard: Kommunalpolitik in der Krise: Bayern setzt auf „Jobbörse“, in: Bayerischer Rundfunk BR24 (09.04.2025). Verfügbar unter: <https://www.br.de/nachrichten/bayern/kommunalpolitik-in-der-krise-bayern-setzt-auf-jobboerse,UhrfgIn> (letzter Zugriff: 13.05.2026).

¹² Heike A. Batzer: Kommunalwahl. Wenn der Bürgermeister das Rathaus nebenbei führen muss, in: Süddeutsche Zeitung online (28.01.2026). Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/fuerstenfeldbruck/bayern-buergermeister-ehrenamt-beruf-doppelbelastung-li.3343508> (letzter Zugriff: 13.05.2026).

¹³ Körber-Stiftung: Deutsche verlieren Vertrauen in ihre Demokratie. Pressemitteilung (17.08.2023). Verfügbar unter: <https://koerber-stiftung.de/presse/mitteilungen/deutsche-verlieren-vertrauen-in-ihre-demokratie/> (letzter Zugriff: 13.05.2026).

¹⁴ Süddeutsche Zeitung Online: Umfrage, Jeder vierte Kommunalpolitiker berichtet von Anfeindungen (08.04.2025). Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/kommunalpolitik-umfrage-li.3233186> (letzter Zugriff: 13.05.2026).

¹⁵ Wählt Frauen!: Kommunalwahlen 2026 in Bayern (o.D.). Verfügbar unter: <https://www.waehltfrauen.de/kommunalwahlen-2026-in-bayern/> (letzter Zugriff: 13.05.2026).

¹⁶ Körber-Stiftung: Vertrauensverlust in die Demokratie. Projektseite „Demokratie in der Krise“ (o. D.). Verfügbar unter: <https://koerber-stiftung.de/projekte/demokratie-in-der-krise/vertrauensverlust-in-die-demokratie/> (letzter Zugriff: 13.05.2026).

¹⁷ Bayerisches Landesamt für Statistik: Kommunalwahlen in Bayern 2020. Statistischer Bericht B7000C 202051. München (2020). Verfügbar unter: https://www.statistik.bayern.de/mam/produkte/veroeffentlichungen/statistische_berichte/b7000c_202051.pdf (letzter Zugriff: 13.05.2026).

¹⁸ Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales: Frauen in der Politik (o. D.). Verfügbar unter: <https://www.bayerns-frauen.de/starke-themen/frauen-in-der-politik/#sec1> (letzter Zugriff: 13.05.2026).



Severin Furtmayr ist Gymnasiallehrer für die Fächer Englisch, Geschichte sowie Politik und Gesellschaft. Seit dem Schuljahr 2025/26 ist er abgeordnete Lehrkraft an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing mit dem Aufgabebereich Politikdidaktik und politische Bildung im schulischen Kontext. In den

sieben Jahren davor war er am Studienkolleg bei den Universitäten des Freistaates Bayern in München in der Vorbereitung internationaler Studierender auf ein Studium in Deutschland eingesetzt.

Der Beutelsbacher Konsens und Grundorientierungen zur politischen Bildung

Aufklärung und Mündigkeit

50 Jahre nach dem sogenannten Minimalkonsens von Beutelsbach aus dem Jahr 1976 hat dieser angesichts der lokalen wie auch globalen Krisenphänomene nichts an Aktualität eingebüßt. Als politikdidaktischer Orientierungspunkt und gesellschaftspolitischer Seismograph ist er dazu prädestiniert, die mühsam erkämpften demokratischen Errungenschaften immer wieder stets aufs Neue zu bewahren, zu hinterfragen oder auch gegen ihre Gegner zu verteidigen (vgl. Thelen 2026). Wie sehr sich der Demokratiebegriff im Laufe seiner Entstehung und weiteren Entwicklung verändert hat, kann man bereits an den verschiedenen Abgrenzungen der von Aristoteles in der griechischen Antike entwickelten Staats- und Herrschaftstheorie ablesen. In seiner Staatsformenlehre ordnete Aristoteles die Demokratie als eine Entartung der „Politie“ ein. Während die „Politie“ zum Wohl aller regiert, sah er in der Demokratie die eigennützige Herrschaft der Armen zum Nachteil der Wohlhabenden. Er warnte davor, dass in einer radikalen Demokratie die ungebildete Masse über den Gesetzen stehen könnte und befürchtete die Herrschaft von Demagogen, die das Volk aufhetzen, was letztlich zur Instabilität des Staates führen würde. Als stabilste Regierungsform empfahl Aristoteles jedoch eine Mischung aus Demokratie und Oligarchie. In dieser „Politie“ sollte die Mittelschicht die tragende Rolle spielen, da sie weder zu einem Übermut der Reichen noch zu einem Neid der Armen neigt (Reese-Schäfer 1998: S. 147 ff.).

Nach den Schulgesetzen der Länder sind Lehrkräfte in Deutschland zu parteipolitischer und weltanschaulicher Neutralität verpflichtet, dürfen jedoch im Unterricht keine „neutrale“ Position gegenüber antidemokratischen Haltungen einnehmen. Neutralität bedeutet somit nicht Wertefreiheit, sondern u. a. den aktiven Einsatz für Menschenrechte, Gleichberechtigung und nicht zuletzt für Demokratie. Gemäß den Schulgesetzen müssen sie im Unterricht kontroverse Themen ausgewogen darstellen, dürfen Schüler andererseits nicht indoktrinieren und müssen für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten. So genießt der Beutelsbacher Konsens in der Politikdidaktik teilweise transzendentalen Status, denn die terminologische Trias aus Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Schülerorientierung hat

geradezu paradigmatische Bedeutung. Der politische Unterricht hat gleichsam die obligatorische Aufgabe, die Lernenden zu politischer Mündigkeit zu befähigen. Als zentraler Referenzpunkt des Lernprozesses kann Mündigkeit dabei nach dem Kant'schen Begriff nicht als eine statische, sondern muss als eine dynamische und aufklärerische Kategorie verstanden werden. Dies setzt von Seiten des Individuums jedoch voraus, den Schritt zu Mündigkeit zu wagen (Kant 1784: S. 481 - 494).

„Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschliebung und des Muthes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Muth, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.“

Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so großer Teil der Menschen, nachdem sie die Natur längst von fremder Leitung frei gesprochen (naturaliter maiorennnes), dennoch gerne zeitlebens unmündig bleiben; und warum es Anderen so leicht wird, sich zu deren Vormündern aufzuwerfen. Es ist so bequem, unmündig zu sein. Habe ich ein Buch, das für mich Verstand hat, einen Seelsorger, der für mich Gewissen hat, einen Arzt, der für mich die Diät beurteilt, u. s. w., so brauche ich mich ja nicht selbst zu bemühen. Ich habe nicht nötig zu denken, wenn ich nur bezahlen kann; andere werden das verdrießliche Geschäft schon für mich übernehmen ...“

Ausgehend von der von Immanuel Kant aufgeworfenen Frage, „Was ist Aufklärung?“, orientiert sich der Beutelsbacher Konsens daher am Paradigma der Mündigkeit. Durch das Prinzip der Kontroversität kann die politische Bildung darüber hinaus als eine individuelle „pädagogische Aufgabenstellung“ definiert werden, die sich zuvörderst am Primat des Subjekts und erst nachgeordnet am Primat der Politik orientiert. Wo aber verlaufen dann die Grenzlinien zur Überwindung dieses vermeintlichen Widerspruchs?

Wie weit reicht der Beutelsbacher Konsens?

Die fachdidaktische Rezeption des Beutelsbacher Konsens hat bisher v. a. das Überwältigungsverbot

und das Kontroversitätsgebot fokussiert, jedoch den dritten Konsenspunkt zur Berücksichtigung der Schülerinteressen eher vernachlässigt. Diese Verengung ist für die politische Bildung an Schulen bzw. im Politikunterricht nicht begründbar, da die Schülerinteressen nicht als beliebig verstanden werden dürfen, da ansonsten die Subjektorientierung leicht verlorengeht. Lehrkräfte sollten daher ihr Recht wahrnehmen, Partei für einen Ansatz zu ergreifen und diesen ohne Indoktrinationsabsicht im Unterricht zu verdeutlichen.



Abb. 1: Die drei Grundprinzipien des Beutelsbacher Konsens. Quelle: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Es stellt sich jedoch die Frage, wie weit die Grenzziehung von Kontroversen bei politischen Themen gehen darf. Dabei ist offensichtlich, dass der Beutelsbacher Konsens nicht zuletzt auch die Werteordnung des Grundgesetzes repräsentiert. Eine Kontroverse im Unterricht kann also niemals den Schutz der Menschenwürde oder die Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz in Frage stellen. Extremistische Positionen, die dem Kern der Verfassung widersprechen, können daher nicht als gleichwertig dargestellt werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der erste Konsenspunkt die politische Bildung auf das Ziel der „Mündigkeit“ als normativer Zielorientierung verpflichtet. Der zweite Punkt integriert diejenigen didaktischen Positionen, welche die „Rationalität“ als Kernprinzip der politischen Bildung beinhalten. Dabei soll sichergestellt werden, dass nicht Meinungen und Ideologien, sondern Urteile und Argumentationen anzustreben sind.

Der dritte Konsenspunkt lässt sich als Referenz auf die gesellschaftskritische Didaktik der 1970er Jahre verstehen. Ihr Ziel war es, die Möglichkeiten zur personalen Selbst- und gesellschaftlichen Mitbestimmung von Lernenden zu verbessern. Die Kompetenz zur Partizipation kann deshalb als Bedingung für Emanzipation und demokratischer Teilhabe gesehen werden. Insgesamt können somit die Prinzipien der Mündigkeit, der Rationalität und der Emanzipation als Grundorientierungen politischer Bildung gelten,

die im Beutelsbacher Konsens durch die Grundsätze Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Partizipationskompetenz gewährleistet werden.

Grundorientierungen politischer Bildung	Grundsätze des Beutelsbacher Konsens
Mündigkeit	Überwältigungsverbot
Rationalität	Kontroversitätsgebot
Emanzipation	Partizipationskompetenz

Abb. 2: Grundorientierungen und Grundsätze des Beutelsbacher Konsens

Im Folgenden soll stärker auf den dritten Grundsatz eingegangen werden, da sich daraus die beiden ersten Säulen des Beutelsbacher Konsenses ergeben, denn wenn die Adressaten mit ihren Interessen und Motiven ernst genommen werden sollen, zwingt dies die Lehrkraft dazu, politische Debatten in ihrer Heterogenität und Kontroversität zu thematisieren. Folglich gilt der zweite Grundsatz als erfüllt, wenn auch der dritte als erfüllt gelten kann.

Es ist daher festzuhalten, dass das Ziel politischer Mündigkeit und die Orientierung an der Schülerschaft sich gegenseitig bedingen, da es schließlich darum geht, die individuelle politische Urteils- und Handlungskompetenz der Lernenden zu fördern. Dies kann letztlich nur in einem demokratisch verfassten Bildungssystem erfolgen. Durch das Überwältigungsverbot soll daher eine Grenzlinie zur Indoktrination bzw. Überwältigung gezogen werden, wobei die gegebene Asymmetrie zwischen Politiklehrkräften und Lernenden zu beachten ist. Ansonsten könnte jeder Versuch der Vermittlung von demokratischen Grundüberzeugungen immer auch als Praxis der Einschränkung der Meinungsfreiheit gesehen werden.

Letztlich schließt die Schülerorientierung an ein grundsätzliches Selbstverständnis pädagogisch-didaktischen Handelns an, denn jeder Unterricht sollte sich stets daran orientieren, die Lernenden in die Lage zu versetzen, ihre eigenen Interessen einzubringen. Dabei sollte unbestritten sein, dass der Politikunterricht immer einer politischen und keiner meinungslos zurückhaltenden Lehrkraft bedarf, die sich aus Bewertungen heraushält. Vielmehr bedarf es der sich einmischenden Lehrkraft als Meinungsträger, ohne dass eine Meinung aufoktroziert wird.

Partizipationskompetenz und politisches Handeln

Eine funktionierende Demokratie lässt sich nur dann erhalten, wenn mündige Bürgerinnen und Bür-

ger bereit und in der Lage sind, an demokratischen Entscheidungen teilzunehmen und ihre Handlungskompetenzen sich über das Probehandeln hinaus erstrecken. Insofern bedingen Mündigkeit und Demokratiekompetenz nicht nur die Fähigkeit zum selbstständigen Denken und Urteilen, sondern auch zum souveränen politischen Handeln. Dieses Ziel spiegelt sich im dritten Prinzip des Beutelsbacher Konsenses wider, beinhaltet es doch die Forderung, dass die Lernenden dazu befähigt werden sollen, eine politische Situation zu analysieren und im Sinne ihrer eigenen Interessen zu beeinflussen (Wehling 1987: S. 199 f.). Dieser Vorsatz ist mit dem Ziel verbunden, nicht nur „reflektierte Zuschauer“ als Minimalziel, sondern auch „interventionsfähige Bürger“ oder sogar „Aktivbürger“ als Maximalziel hervorzubringen (Brunold/Ohlmeier 2013: S. 10). Insofern darf in Fortführung des Partizipationsgedankens der Politikunterricht den politischen Konflikt nicht scheuen, sondern muss ihn argumentativ austragen. Dabei können die fachdidaktischen Prinzipien der Kontroversität und Adressatenorientierung einen einseitigen Hang der politischen Bildung zur Institutionenkunde hin verhindern.

Unabhängig davon kann die Frage gestellt werden, ob Lernende nicht die Einseitigkeit eines indoktrinierenden Unterrichtes erkennen und sich gegen diesen ohnehin zur Wehr setzen würden, zumal mit der mittlerweile vielerorts erfolgten Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre der politischen Bildung in der Schule ein größerer Stellenwert zukommen muss.



Abb. 3: Der mündige Bürger; Quelle: Schwarwel

Oftmals wird bemängelt, dass den Lernenden möglicherweise die für eine „objektive“ Sicht notwendige Distanz fehle, wenn sie in eine zu beurteilende Thematik selbst involviert sind (Scherb 2015: S. 16). Dies trifft allerdings nicht nur auf die Schülerschaft, sondern auf die Bürgerschaft ganz allgemein zu, wenn man an die Praxis direktdemokratischer Beteiligungsverfahren wie Bürgerbegehren und Bür-

gerentscheide denkt. Hier ist leider oft immer noch ein ausgeprägtes und staatlicherseits überkommenes Demokratiedefizit bzw. Obrigkeitsdenken vorhanden, was tendenziell mit dem Wählerwillen kollidieren kann (vgl. Brunold 1998a).

Im kommunalpolitischen Raum wird im Zusammenhang mit Bürgerbeteiligungsmodellen deshalb auch gerne das Argument der „schweigenden Mehrheit“ verwendet, um die Gefahr heraufzubeschwören, dass einzelne „laute Stimmen“ die Meinungsführerschaft an sich ziehen könnten und damit sogar die Entmachtung der politischen Gremien verbunden wäre. Weitere Argumente lauten dahingehend, dass bei bestimmten Fragestellungen die Bürgerschaft nichts von politischen Angelegenheiten, den „res gestae“, verstehen würde. Dies kann jedoch durchaus auch als Überwältigung in Form von „Top-Down Prozessen“ seitens der etablierten Parteiendemokratie verstanden werden. Dagegen ist die Einbindung der Bürgerschaft mittels „Bottom-Up Prozessen“ ein mühsames Geschäft der Zivilgesellschaft (vgl. Brunold 2013).

Die Notwendigkeit realen politischen Handelns

Die Möglichkeiten, Handlungskompetenzen von Lernenden im Sinne des dritten Beutelsbacher Konsensprinzips zu fördern, bestehen v. a. in der unterrichtlichen Simulation realen Handelns. Es ist jedoch offensichtlich, dass sich simulatives von realem politischem Handeln so stark unterscheidet, dass dies für eine langfristige Erhöhung der Partizipationsbereitschaft in der Regel nicht ausreicht. Reales politisches Handeln kann positive wie negative Konsequenzen haben, basiert auf authentischen Erfahrungen und Interessen und kann mit Erfolgen aber auch mit Enttäuschungen einhergehen. Politische Handlungs- und Partizipationskompetenz erfordert demzufolge Anstrengungsbereitschaft und personale Eigenschaften, die i. d. R. in längeren Zeiträumen und am ehesten durch reales politisches Handeln selbst erworben werden können. Hier stößt der Politikunterricht jedoch an seine Grenzen, denn Frustrationstoleranz, mitunter längeres Durchhaltevermögen auch bei Rückschlägen sowie ein ausgeprägtes politisches Selbstwirksamkeitsgefühl lassen sich nicht uneingeschränkt durch Simulationen herbeiführen, sondern benötigen reale Erfahrungen bzw. Erfahrungswissen (vgl. Brunold 2001b). Dennoch kann „Politiklernen“ im vorpolitischen Schonraum der Schule u. a. durch Planspiele angebahnt werden, die vor allzu gutgläubigem Vertrauen in die institutionalisierte Politik immunisieren können. Vor dem Hintergrund eines sich etablierenden Wahlrechts ab 16 Jahren sowie den

Verlockungen populistischer Versprechungen ist dies eine wichtige politische Bildungsaufgabe bzw. Vermittlungsmethode.

Aufgabe und Ziel der schulischen politischen Bildung sollte deshalb auch die Förderung von Partizipationskompetenz sein, wobei sich dies nicht zuvörderst nur auf die Wahl eines Klassensprechers oder -rates, das Einrichten von Schulparlamenten oder das Verhandeln von Regeln in der Gestaltung des schulischen Zusammenlebens konzentrieren, sondern in die politische Sphäre ausgreifen sollte. So geht der dritte Beutelsbacher Konsenspunkt über das Probehandeln im Schonraum der Schule hinaus. Politische Bildung im Interesse der Schüler setzt folglich an realen Lebenssituationen an und macht persönliche Interessen, Motive und Betroffenheiten zum Ausgangspunkt und Gegenstand des Unterrichts. Somit steht nicht allein der Aspekt der Wissensvermittlung im Vordergrund, sondern v. a. auch der Aufbau von politischen Urteils-, Handlungs- und Entscheidungskompetenzen.

Nicht zuletzt überlässt der demokratische Staat im Rahmen seiner zivilgesellschaftlichen Freiheiten und im Sinne des politikdidaktischen Leitbilds eines „interventionsfähigen Bürgers“ als erklärtem Ziel der politischen Bildung den selbstgesteuerten Interessen seiner Bürger (vgl. Brunold 1998b). Politische Bildung ist dabei auf die ergebnisoffene Findung eines eigenen politischen Urteils angewiesen, nicht auf die Auffindung einer bereits feststehenden politischen Orientierung. In diesem Zusammenhang müssen Lehrkräfte als Staatsbürger auch ihre eigenen Positionen darlegen sowie ihr Recht auf Meinungsfreiheit ausüben dürfen, so dass sie keinem Neutralitätsgebot unterliegen.

Umweltethische Überlegungen und Bildung für nachhaltige Entwicklung

Wie bereits dargestellt, sind im Kant'schen Sinne bereits Handlungsanleitungen in normativ-ethisch und moralisch intendierten Imperativen angelegt, nach denen beispielsweise nachhaltige Entwicklung definiert wird als „eine Entwicklung, welche die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Hauff 1987: S. 46). Damit ist die Politik gehalten, sich an der Kohärenz von Ökonomie, Ökologie und Sozialem in einem globalen internationalen Handlungsrahmen in Raum und Zeit intragenerational und intergenerational zu orientieren. Der Leitgedanke der Aufklärung, nämlich die Pflicht, einem sittlich und ethisch verantwortbaren Handeln zu folgen, verweist daher in Anlehnung an Kant auf die Notwendigkeit eines „ökologischen

Imperativs“, der das menschliche Handeln an den Erfordernissen eines verantwortlichen Umgangs mit der Natur auszurichten hat (Ohlmeier/Brunold 2015: S. 81).

Mit dem Wissen um global wirksame Zusammenhänge muss das im Beutelsbacher Konsens verankerte Überwältigungsverbot an seine Grenzen stoßen, und zwar insofern, als dass es sich bei dem Lernfeld der nachhaltigen Entwicklung um normative Werthaltungen handelt, die im Prinzip außerhalb von Verhandlungsfreiheiten liegen. Demzufolge geht die in Art. 20a GG als Staatsziel formulierte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen einher mit der notwendigen mündigen Entscheidung der Lernenden für das Bildungsziel einer nachhaltigen Entwicklung. Auf der Urteils-, Handlungs- und Entscheidungsebene sind daher weitreichende Kompetenzen der Lernenden notwendig, die es ermöglichen sollen, Ziele der nachhaltigen Entwicklung zu erkennen, zu beurteilen und sich an ihrer Umsetzung auf gesellschaftlicher und politischer Ebene zu beteiligen (Brunold/Ohlmeier 2013: S. 10). Das grundlegende Werturteil des Nachhaltigkeitskonzepts ist folglich das der Gerechtigkeit, und zwar in einem doppelt verpflichtenden Sinn. So geht es im Hinblick auf ökologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ressourcen sowohl um die Lebenschancen und -qualitäten aller gegenwärtig auf der Erde lebenden Menschen als globale Dimension bzw. intragenerationelles Gerechtigkeitspostulat als auch um die gleichen Lebensansprüche künftiger Generationen als Zukunftsdimension bzw. intergenerationelles Gerechtigkeitspostulat (Brunold 2004: S. 26 / vgl. Brunold 2016).



Abb. 5: Die „Bewältigung“ des Klimawandels. Quelle: Gerhard Mesters 2013

Hier verwischen die Grenzen der Indoktrination und der Überwältigung von Schülern „im Sinne erwünschter Meinungen“. Es lässt sich folglich hieraus

keine Pflicht zur politischen Neutralität des Lehrers ableiten, denn ohne diese prinzipielle Offenheit kann es keinen qualifizierten politischen Unterricht geben. Insofern sollen Schüler lernen, Politik im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen.

Der Ansatz, dass Politik in der Praxis gelernt werden kann, ist für die außerschulische politische Bildung bzw. für die Demokratie als Lebens- und als Gesellschaftsform nicht strittig. Dieser müsste aber auch auf der Ebene der Demokratie als Herrschaftsform tragfähig sein, will man das Leitbild des interventionsfähigen Bürgers ernst nehmen. Es ist folglich unabdingbar, dass die Rolle des interventionsfähigen Bürgers auch von den Lehrkräften selbst eingenommen wird. Um diesem Ziel näher zu kommen, sollten diese nach Kant nicht nur stets den Mut haben, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen, sondern auch als Politiklehrende bzw. Staatsbürger gegenüber der Schülerschaft fähig sein, ihnen Wege zur Weiterentwicklung der Demokratie aufzuzeigen. Der Beutelsbacher Konsens dient somit als professioneller Standard, der über die bloße Neutralität hinausgeht und eine demokratische Haltung im zivilgesellschaftlichen Handeln einfordert. Er ist ein Minimalkonsens auch für eine offene Gesellschaft.

Literatur:

- Brunold, A. (1998a): Zwischen Zuschauer- und Teilnehmerge Demokratie. In: Brunold, A. (Hg.), Lokale Wege zukunftsverträglichen Handelns. Hintergründe und Analysen zu kommunalen und umweltpolitischen Themen in Backnang und in der Region Stuttgart, Remshalden, S. 11 - 24.
- Brunold, A. (1998b): Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung in der Kommunalpolitik. In: Brunold, A. (Hg.), Lokale Wege zukunftsverträglichen Handelns. Hintergründe und Analysen zu kommunalen und umweltpolitischen Themen in Backnang und in der Region Stuttgart, Remshalden, S. 25 - 36.
- Brunold, A. (2004): Globales Lernen und Lokale Agenda 21. Aspekte kommunaler Bildungsprozesse in der „Einen Welt“. Wiesbaden
- Brunold, A. (2013): Das Spannungsverhältnis zwischen Bürgerschaft und öffentlicher Verwaltung in der Kommunalpolitik. Eine Aufgabe für die politische Bildung? In: Massing, P./Weißeno, G. (Hg.), Demokratischer Verfassungsstaat und Politische Bildung. Schwalbach/Ts., S. 89 - 99.
- Brunold, A./Ohlmeier, B. (2013): Politische Bildung im Rahmen der UN-Dekade der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Stand und Perspektiven. In: Polis, Heft 4/2013, S. 7 - 10.
- Brunold, A. (2016): Die bedeutenden existenziellen Fragen und ökologischen Problemlagen erfordern einen Perspektivenwechsel hin zu einer Bildung für nachhaltige Entwicklung. In: Pohl, K. (Hg.), Positionen der politischen Bildung 2. Interviews zur Politikdidaktik. Schwalbach/Ts., S. 230 - 247.
- Hauff, V. (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven
- Kant, I. (1784): Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? In: Berlinische Monatsschrift 4, S. 481 - 494.
- Ohlmeier, B./Brunold, A. (2015): Politische Bildung für nachhaltige Entwicklung. Eine Evaluationsstudie. Wiesbaden
- Reese-Schäfer, W. (1998): Antike politische Philosophie zur Einführung. Hamburg
- Scherb, A. (2015): Politik lernen durch Politik MACHEN? Eine Stellungnahme zum Prinzip der Handlungsorientierung aus pragmatistischer Sicht. In: POLIS, Heft 2/2015, S. 15 - 17.
- Thelen, S. (2026): Warum der Beutelsbacher Konsens heute wichtiger denn je ist. Festrede beim Neujahrsempfang der Stadt Weinstadt am 11.01.2026 zu dem Thema „50 Jahre Beutelsbacher Konsens – Demokratie lernen als Daueraufgabe“. Abrufbar unter <https://www.lpb-bw.de/beutelsbacher-konsens/jubilaumsrede>
- Wehling, H. - G. (1987): Zehn Jahre Beutelsbacher Konsens. Eine Nachlese. In: Schiele, S./ Schneider, H. (Hg.): Konsens und Dissens in der politischen Bildung. Stuttgart



Foto: privat

Prof. Dr. Andreas Brunold ist Gymnasiallehrer und Professor für Politische Bildung und Didaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Augsburg sowie Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft und ihre Didaktik an der PH Ludwigsburg. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen u. a. Themen zu einer Bildung für nachhaltige Entwicklung und zur Kommunalpolitik.

Auf dem Land sind die Wege lang und die Entfernungen groß - auch für die Demokratie

Just dieser Tage wurde der „Demokratiemonitor 2026“ der Bertelsmann Stiftung veröffentlicht: Mit 82 % Zustimmung der Befragten scheint die Zustimmung zu den Werten der liberalen Demokratie in Deutschland auf hohem Niveau stabil, wenn man sie mit Zahlen aus anderen Studien vergleicht.¹ (z. B. Deutschland-Monitor 2024: 82 %², Demokratie-report Bayern 2025: 83 %³). Bei einem Anstieg um 6 % im Vergleich zur vorhergehenden Studie bezeichnen sich 79 % der Befragten in der aktuellen Mitte-Studie als „überzeugte Demokrat:innen“⁴. Ist die Demokratie also doch nicht so unter Druck, wie immer wieder zu lesen und zu hören ist? Nimmt man eine tiefere Betrachtung vor, zeigt sich schnell, dass Aufatmen und Zurücklehnen keinesfalls angesagt sein können. Alle Studien zeigen ein Weiteres: Das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit, in die Performanz der liberal-parlamentarischen Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik ausgestaltet ist, sinkt bzw. ist in Teilen erschreckend niedrig. Wenn der demokratische Diskurs, der durch förderliche Kritik und Skepsis geprägt ist, in pauschale Ablehnung des politischen Systems übergeht, wenn sich pauschaler Zweifel an der Funktionsweise der liberalen Demo-

sich Demokratievorstellungen in der Bevölkerung in diese Richtung entwickeln, gibt es bereits, wie die Daten der Körber-Stiftung schon 2024 belegen: 60 % der Befragten hatten ein Bedürfnis nach starken Führungspersonlichkeiten, 39 % lehnten bei wichtigen Entscheidungen eine parlamentarische Kontrolle der Regierung ab und jeweils 24 % unterstützten die Begrenzung der Befugnisse von Gerichten und die Einschränkung von Wahlen in Krisenzeiten (Körber-Stiftung 2024).⁶ „Unzufriedenheit mit der Demokratie geht Hand in Hand mit fehlendem Institutionenvertrauen, populistischen Einstellungen und autoritären Gesellschaftsvorstellungen.“⁷

Es kommt also bei der Bewertung der Demokratiezustimmungswerte darauf an, welche Einstellungen und Annahmen zur bzw. welches Verständnis von Demokratie auf Seiten der Befragten zu Grunde liegen. Tatsache ist: Demokratie steht unter Druck, weltweit als Regierungsform, aber auch als alltägliche Praxis.

Angesichts der deutschen Befunde zur hohen Demokratie-Zustimmung bei gleichzeitig kritischer Performanzbewertung lassen sich vier unterschiedliche Demokratietypen unterscheiden:

Tab. 2 Typologie demokratischer Orientierungen

	Idee der Demokratie	Verfassungsordnung	Funktionieren der Demokratie
Antidemokraten	-	-	-
Systemkritische Demokraten	+	-	-
Politikkritische Demokraten	+	+	-
Zufriedene Demokraten	+	+	+

Anmerkung: Angelehnt an Niedermayer 2009, 394 und Hebenstreit et al. 2024, 152.

Abb. 1: Typologie demokratischer Orientierungen ⁸

kratie und ihren Institutionen durchsetzt, verlieren sie die Legitimation, die vor antidemokratischen Entwicklungen zu schützen vermag. Wenn Menschen das System der liberal-parlamentarischen Demokratie nicht mehr als gerechtfertigt ansehen, kann es zur Neubewertung bestehender demokratischer Prinzipien kommen, „zugunsten minimalistischerer Demokratievorstellungen, die eine »entschlackte« Entscheidungsfindung ohne Gegengewichte wie parlamentarische Vermittlung, Minderheitenschutz oder gerichtliche Kontrolle beinhalten.“⁵ Anzeichen, dass

Der Deutschland-Monitor 2024 stellt beispielsweise eine sehr hohe Zustimmung zur Idee der Demokratie (98 %)⁹ und zur Verfassungsordnung des Grundgesetzes (79 %)¹⁰ fest. Dies bedeutet – übernimmt man obige Typologie – dass 2 % der Befragten als Antidemokraten zu bezeichnen sind und rund ein Fünftel dem System als solches ablehnend gegenüberstehen. Die erhobene Ablehnung und die verbreitete Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ist nach den Ergebnissen der Studie regional unterschiedlich ausgeprägt und kann Parteipräferenzen

zugeordnet werden. Dabei spielen Faktoren wie sozioökonomischer Status, Bildungsniveau, Selbstwirksamkeitserleben und Zukunftserwartungen eine ausschlaggebende Rolle. Auch der Wohnort, ob Stadt oder Land, spielt eine Rolle, wie an späterer Stelle noch deutlicher ausgeführt wird. Nachweislich tendieren die Anhänger:innen rechtskonservativer und rechtsextremer Parteien und Vorstellungen, die oftmals über einen geringeren sozioökonomischen Status verbunden mit niedrigeren Bildungsabschlüssen, unbefriedigenden Erfahrungen zur Selbstwirksamkeit und negativen Zukunftserwartungen verfügen, zur Unzufriedenheit mit den Abläufen und dem Funktionieren der parlamentarischen-liberalen Demokratie. Der Wunsch nach einfachen, schnellen Lösungen ist stark ausgeprägt. „Parallel dazu scheint die Sehnsucht nach Einfachheit und vermeintlich klaren Antworten zu wachsen. Der Anteil derjenigen, die politische Entscheidungen Expert:innen überlassen wollen oder auf Ja/Nein-Entscheidungen in Volksabstimmungen setzen, ist deutlich gestiegen. Paradoxerweise werden beide Modelle gerade von denjenigen überproportional präferiert, die angeben, sich nicht für Politik zu interessieren.“¹¹

Es ist also nicht verwunderlich, wenn die Autor:innen der unterschiedlichen Studien schlussfolgern, dass zu entsprechenden politischen Maßnahmen, die notwendigerweise zu mehr Gerechtigkeitsempfinden führen, eine gebotene Maßnahme zur Förderung bzw. Stärkung der parlamentarisch-liberalen Demokratie in der Verstärkung politischer Bildungsmaßnahmen liegt. „Die von den Befragten selbst konstatierte Komplexität der politischen Probleme, die vielschichtiger gewordenen Anforderungen des Regierens und die generellen normativen Zielkonflikte der demokratischen Regierungsform verlangen nach einer verstärkten Bildungs- und Aufklärungsarbeit.“¹² Politische Bildung kann einen Beitrag zu mehr Transparenz, Partizipation mit Selbstwirksamkeitserleben, Eröffnung von (Gestaltungs-) Perspektiven und damit positiven Zukunftserwartungen liefern. Demokratiekompetenz stellt die Basis einer demokratischen Kultur dar. In der Politikdidaktik bezeichnet Demokratiekompetenz (auch „Demokratiefähigkeit“) die Breite an Wissen, Fähigkeiten und Haltungen, die Menschen benötigen, um ihre Bürgerrolle in einer Demokratie aktiv und verantwortlich wahrnehmen zu können, also zu verstehen, zu urteilen und zu handeln. Der anerkannte Referenzrahmen „Kompetenzen für eine demokratische Kultur“ des Europarats bündelt 20 Kompetenzen in vier Bereichen: Werte (z. B. Menschenwürde/Menschenrechte, Demokratie, Gerechtigkeit), Haltungen (z. B. Offenheit, Respekt, Verantwortungsübernahme),

Fähigkeiten (z. B. analytisch-kritisches Denken, Empathie, Konfliktlösung, Kooperation) sowie Wissen und kritisches Verstehen (u. a. zu Politik, Recht, Medien und kultureller Vielfalt).¹³ Der Rahmen macht damit deutlich: Demokratiekompetenz umfasst sowohl normative Orientierung als auch praktische Handlungsfähigkeit. Eine kritisch reflektierte und mündige demokratische Handlungskompetenz konkretisiert sich in unterschiedlichen Formaten auf unterschiedlichen Ebenen und gründet auf Wissen um Institutionen, Abläufen und Systemen. In der Forschung wird dabei häufig betont, dass es nicht nur um Faktenwissen über Institutionen geht, sondern ebenso um Einstellungen, Urteilsfähigkeit, Konflikt- und Beteiligungsfähigkeit.

Laut Studienergebnissen ist politische Bildung nicht nur im formalen Sektor notwendig, sondern ergeben sich Notwendigkeiten und Potentiale insbesondere auch im außerschulischen Bereich, also auch an Orten des Zusammenlebens in einem aktiven Gemeinwesen und aus diesem heraus. So weiß man aus einer Befragung von Teilnehmenden an den großen Demokratiedemos 2024, dass den Akteur:innen der Zivilgesellschaft eine größere Fähigkeit zugeschrieben wird, das Problem des zunehmenden Rechtsextremismus zu lösen als der Bundesregierung.¹⁴

Demokratiebildung ist auf offene Lernräume, verlässliche Strukturen und die Sicherheit von Engagierten angewiesen. Wie die Demokratie selbst, stehen auch Demokratieverteidiger:innen und Demokratiebildner:innen zunehmend unter Druck. So finden sich Engagierte, egal ob im Ehrenamt oder als Profession ausgeübt, Vorwürfen und Einschüchterungsversuchen ausgesetzt, die dazu taugen Vertrauen zu untergraben, Teilnehmende abzuschrecken und schlussendlich die Bereitschaft senken, sich eindeutig zu positionieren. Zu diesen Vorwürfen zählen u. a. das Framing als „einseitig“ und „indoktrinierend“ oder die Anmahnung falsch verstandener Neutralität. Damit treffen die Einschüchterungen, die in der Regel von rechtsextremer Seite ausgehen, nicht nur beispielsweise verbeamtete Lehrkräfte, sondern verunsichern auch Akteur:innen z. B. in Vereinen oder Kirchengemeinden. Man kann von einer Art Selbstzensur sprechen. Druck wird durch entsprechende Radikalisierung, Desinformation und manipulative Inhalte im digitalen Raum zusätzlich verstärkt und erzielt besonders Wirkung, wenn mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit gedroht wird. Wenn politisch Verantwortliche aus dem demokratischen Spektrum dann das zivilgesellschaftliche Engagement zusätzlich in Frage stellen, wächst die Verunsicherung weiter. Beispielsweise wurde 2025 die starke Mobilisierung „gegen rechts“ auch bundespolitisch kontrovers

diskutiert. CDU-Chef Friedrich Merz griff Demonstrierende bei einer Rede zum Wahlkampfabschluss in München scharf an und sprach u. a. von „irgendwelchen grünen und linken Spinner[n]“¹⁵ sowie von „denjenigen, die ... noch alle Tassen im Schrank haben“¹⁶. In Medienberichten wurde dies einerseits als Angriff auch auf zivilgesellschaftliche Initiativen wie „Omas gegen Rechts“ und andere Gruppen verstanden, die zu Demonstrationen gegen Rechtsextremismus aufgerufen hatten, andererseits aber auch als notwendiges und berechtigtes Infragestellen der Gemeinnützigkeit aufgefasst und begrüßt, wie ein Protokoll einer Haushalts- und Finanzausschuss-Sitzung aus dem Landtag in NRW gut illustriert.¹⁷ Die Diskussion um das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und die beabsichtigten Änderungen sind eine Folge des geschürten Misstrauens, wie ursprünglich von Rechtsextremen beabsichtigt. Unterstützt auch durch die vielen Anfragen zu den Tätigkeiten und zum Engagement von bildend Tätigen im formalen wie informellen Rahmen.^{18 19}

Damit kommt es für Demokratiebildner:innen aus der Zivilgesellschaft und im professionellen Setting, z. B. in der Jugendbildung von Stiftungen oder Volkshochschulen, zu zunehmend prekären finanziellen Bedingungen und administrativen Lasten. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum demokratisches Engagement – etwa gegen Rechtsextremismus – auf stabile Unterstützung, aber auch auf Skepsis und Ermüdung treffen kann.

Demokratieförderung ist nicht nur „Meinung“, sondern sie braucht konkrete Lern- und Erfahrungsräume, neben der Expertise der Demokratiebildner:innen Beteiligungsformate, Bildungsangebote, Schutz für Engagierte und Gelegenheiten, Kontroversen fair auszutragen. Während die im Vorherigen beschriebenen Herausforderungen für Stadt und Land gelten, lassen sich zusätzliche Unterschiede bezüglich der Ausgangssituation für Demokratieförderung zwischen städtischen und ländlichen Räumen ausmachen, was Orte, Zugänge, Formate und entsprechende Folgerungen betrifft. Im Folgenden sollen diese Unterschiede dargestellt und exemplarisch am Beispiel Regensburg in Stadt und Landkreis konkretisiert werden.

Aus dem Vorherigen ergibt sich, dass die Zufriedenheit mit der parlamentarischen liberalen Demokratie und ihrem Funktionieren bei Anhänger:innen von Parteien, die eher dem linken Spektrum zugeordnet werden, deutlich höher ist als bei konservativ oder tendenziell rechts(extrem) orientiert Wählenden. Der Bedarf an für die Demokratie bildenden Maßnahmen dürfte damit in Kommunen und Kreisen mit starken progressiven Parteien ein deutliches Stück geringer

sein, bei gleichzeitig anzunehmendem höherem Interesse und Motivation für politische Bildung als in Kommunen und Kreisen mit eher konservativer Ausrichtung und hohem Anteil an rechten Wählenden. Wahlergebnisse können somit als Indiz für mögliche Bedarfe gewertet werden. Anhand dieser Größe lässt sich feststellen, dass bei den jüngsten Kommunalwahlen in der Stadt Regensburg eine „bunte“ Koalition unter SPD- Führung in Verantwortung gewählt wurde, die auch bei Zusammenschluss von CSU, Freien Wählern und AfD eine Mehrheit stellen würde (vgl. Abb.). Trotz deutlicher Zugewinne bleibt die AfD unter 10 %, die Freien Wähler bleiben hinter der Linken und hinter Brücke e. V.²⁰

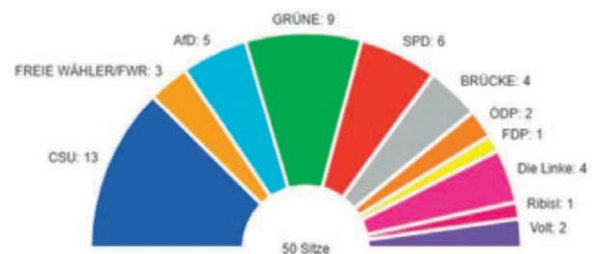


Abb. 2: Sitzverteilung Stadtrat Regensburg 2026 ²¹

Ein deutlich anderes Bild zeigt sich, wenn man die Sitzverteilung im Kreistag des Landkreises Regensburg betrachtet. Hier kommen die Parteien, die in der städtischen Koalition vertreten sind, gerade einmal auf 16 der 70 Kreistagssitze. Während die eigene Liste der Jungen Union in der Stadt Regensburg keinen einzigen Sitz erreichen konnte, hält sie im Landkreis drei Kreistagssitze.

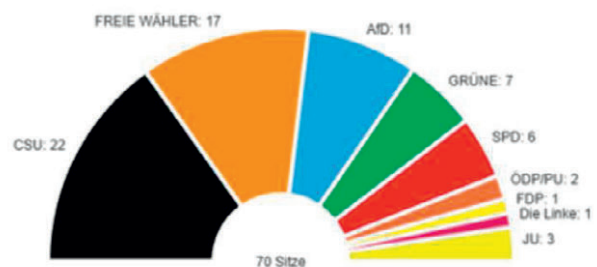


Abb. 3: Sitzverteilung Kreistag des Landkreises Regensburg ²²

Diese Unterschiede entsprechen den Ergebnissen einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung zu Stadt-Land-Unterschieden, die u. a. zu der Feststellung kommt, dass die konservativen, demokratischen Parteien auf dem Land größere Sympathien erhalten

als in der Stadt und die AfD eine deutlich stärkere Ablehnung in der Stadt erfährt als auf dem Land, während die Grünen im ländlichen Raum mehrheitlich Ablehnung erfahren.²³ Die Unzufriedenheit mit der Demokratie ist auf dem Land deutlich stärker ausgeprägt. Je ländlicher die Region, desto höher die Bedeutung von Sitten und Traditionen und die Sorge vor Zuwanderung.²⁴

In Städten profitieren Engagierte häufig von einer größeren Vielfalt, einer höheren Anonymität und einem toleranteren Umfeld. Die Präsenz von Vereinen, kulturellen Angeboten und öffentlichen Veranstaltungen ermöglicht es, gegen rechtsextreme Ideologien aktiv zu werden und Unterstützung zu finden. Oft gibt es auch mehr institutionelle Anlaufstellen, wie etwa Beratungszentren oder städtische Programme, die mit Ressourcen und Know-how helfen. Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ entwickelt sich in der Stadt Regensburg als eine Art übergeordnete Anlaufstelle bereits seit 2015 die städtische „Partnerschaft für Demokratie“ (PfD). Sie „unterstützt die zielgerichtete Zusammenarbeit aller vor Ort relevanten Akteurinnen und Akteure für Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit. Die Bürgerinnen und Bürger werden hierbei eingeladen sich aktiv zu beteiligen. Durch das partnerschaftliche Zusammenwirken von kommunaler Verwaltung und Zivilgesellschaft soll eine lebendige und vielfältige Stadtgesellschaft in Regensburg sowie eine Kultur der Kooperation und des respektvollen Miteinanders weiterentwickelt werden. Das Amt für kommunale Jugendarbeit ist das federführende Amt der Partnerschaft für Demokratie. Es gewährleistet die ordnungsgemäße Verwendung der Fördermittel und verantwortet die rechtliche Umsetzung. Weitere zentrale Elemente der Partnerschaft für Demokratie sind die Koordinierungs- und Fachstelle, der Begleitausschuss, das Jugendforum (Regensburger Jugendbeirat) und die Demokratiekonferenzen.“²⁵ Zu dem Netzwerk in der Stadt Regensburg lässt sich auch das Angebot der vhs zählen, das wiederum in Kooperation mit weiteren Akteur:innen, Vereinen und Initiativen ein entsprechendes Programm anbietet, oder die 2016 gegründete „Initiative gegen Rechts“ (IgR), die sich als „zivilgesellschaftliches Bündnis mit 22 Mitgliedsgruppen, Parteien und Organisationen“²⁶ beschreibt, die in einer Stadt leben wollen, in der für Rassismus, Nationalismus und andere menschenverachtende Ideologien kein Platz ist, und die sich rechten Aktivitäten entgegen stellen, um sie zu verhindern.²⁷ Welche Mobilisierungskraft diese Vernetztheit hat, zeigt, dass den Aufrufen zu Demokratiedemos 2024 bzw. 2025 mehrere Tausend Menschen gefolgt waren und sich auch die politisch

Verantwortlichen wie die damalige Oberbürgermeisterin Gertrud Malz-Schwarzfischer und Prominente wie der Kabarettist Christian Springer auf den Demonstrationen klar gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus aussprachen. Bei Veranstaltungen wie den Internationalen Wochen gegen Rassismus oder den Interkulturellen Wochen arbeiten Organisationen der Zivilgesellschaft mit städtischen oder auch kirchengemeindlichen Organisationen wie dem Evangelischen Bildungswerk zusammen. Auf Vernetzung und Zusammenarbeit angelegte Demokratieförderung findet in Regensburg Stadt auch im Rahmen der Erinnerungskultur mit der Universität Regensburg und ihren Einrichtungen statt. Hier bringen sich regelmäßig von Seiten der Universität das „Zentrum für Erinnerungskultur“ und von städtischer Seite die entsprechende Stabsstelle ein. Unter dem Namen „Wir stehen auf e. V.“ hat sich 2024 eine gemeinnützige Initiative von sieben Regensburger Sportvereinen (u. a. dem SSV Jahn Regensburg, den Eisbären Regensburg und der Guggenberger Legionäre) mit dem Ziel gegründet, im Sport und in der Stadtgesellschaft für Toleranz, Vielfalt, Menschlichkeit und Inklusion einzustehen und sich klar gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung zu positionieren.²⁸



Demokratiedemo als Gegenveranstaltung zur AfD Kundgebung in Regenstauf;

Quelle: allesguteauchberuflich (Instagram)

Im ländlichen Raum stehen Demokratieförder:innen und -bilder:innen häufig vor einer Reihe zusätzlicher Herausforderungen und können kaum auf ein entsprechendes Netzwerk mit klarer Haltung und kommunal(politisch)er Absicherung und Rückhalt zurückgreifen. Dies liegt auch, aber nicht nur an der räumlichen Struktur.

Während in der Stadt Regensburg die Wege für die rund 150 000 Einwohner:innen doch recht kurz sind und die Infrastruktur sehr gut ist, leben die gut 196 000 Einwohner:innen des Landkreises in 41 Gemeinden, auf 1396 km² mit einer mehr als 10fach geringeren Einwohnerdichte als in der Stadt Regensburg. Mit 141 Einwohner:innen je km² lässt sich der Landkreis Regensburg als ländliches Land einordnen, ab-

gesehen von wenigen Ausnahmen größerer Gemeinden, die eine sehr hohe Siedlungsdichte aufweisen.

Da es also eine Vielzahl von Orten gäbe, in denen politische Bildungsarbeit vorgenommen werden und an denen Beteiligungsformate geschaffen werden müssten, versteht es sich von selbst, weshalb entweder eine entsprechend hohe Zahl an Initiativen notwendig wäre bzw. entsprechend viel personelle Ausstattung.

Betrachtet man unter diesen Gesichtspunkten den Landkreis Regensburg, lässt sich feststellen, dass sich eine Reihe an Initiativen gegründet hat, die versuchen demokratiefördernd zu wirken oder auch Bildungsangebote zu machen. Beispiele sind die Initiative „Beratzhausen bleibt bunt“ oder das „Bündnis für Toleranz und Menschenrechte im Landkreis Regensburg e. V.“²⁹, das immer wieder als Partner für das Einmischen-Projekt des Bayerischen Jugendrings auftritt und versucht, in allen 41 Gemeinden des Landkreises sich für Demokratie und gegen Rechts zu engagieren, u. a. durch die Anmeldung und Organisation von Demokratie-Demos. Zur Arbeit des Vereins gehören zudem die Kooperationen mit der Universität Regensburg und dem Staatstheater Regensburg. Ein anderer Akteur im Landkreis Regensburg ist die Volkshochschule (vhs), wenngleich das Angebot in den Außenstellen innerhalb des Landkreises bedeutend weniger in Richtung politische Bildungsarbeit anbietet als in der Stadt.

Ein Grund für ein doch eher wenig klares und deutliches öffentliches Statement von vielen Menschen im Landkreis ist sicherlich in der fehlenden kommunalpolitischen Wertschätzung und Unterstützung zu finden. Im Gegensatz zur Regensburger Oberbürgermeisterin vermeiden die Bürgermeister:innen und Gemeinderät:innen bis auf wenige Ausnahmen eine Beteiligung an Veranstaltungen wie Demokratie-Demos in den einzelnen Gemeinden ebenso wie die Landrätin im Kreis Regensburg. Zahlenmäßig sichtbar wird dies daran, dass in den beiden größten Gemeinden des Landkreises mit jeweils rund 15000 Einwohner:innen nur 250 bzw. 400 Teilnehmer:innen sich öffentlich „Pro Demokratie“ aussprechen und das, obwohl zumindest in einer der Kommunen die örtlichen Unternehmer:innen, Kirchen und Vereine mit einer massiven Werbekampagne aufgerufen hatten.

Als Erschwernis im Gegensatz zur Stadt Regensburg kommt die Tatsache hinzu, dass die Freie Wähler-Politikerin an der Spitze des Landkreises Regensburg das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ nach nur einem Jahr Laufzeit, trotz ursprünglicher Genehmigung für mehrere Jahre, ohne weitere Rücksprache mit den entsprechenden Gremien gestoppt



Quelle: www.idowa.de/regionen/woerth-und-regensburg/woerth/unbekannter-schmiert-no-jde-an-wiesener-trafohaeuschen-art-341608

hat. Damit ist finanzielle Unterstützung zwar nicht ausgeschlossen, aber doch von dauerhafter Unsicherheit und einem Stück weit Gutdünken geprägt.³⁰

Eine weitere Hürde, aber, wie David Jugel (2026) feststellt, auch eine Chance, liegt für Demokratiebildung und -förderung in ländlichen Regionen in der Tatsache, dass „jeder jeden kennt“³¹. Einerseits führt das zu erhöhter sozialer Kontrolle, zu verengten Diskursräumen und zu Konformitätszwängen, die Argwohn gegenüber politischen Bildungsangeboten befördern und politische Bildung erschweren. Andererseits können die engen Beziehungen, die im Gegensatz zur Anonymität der Stadt stehen, ermöglichen, dass Zugänge vergleichsweise schnell und unmittelbar eröffnet werden können.³² Klassische Vereinsstrukturen auf dem Land können „nebenbei“ Demokratiekompetenzen stärken, weil sie Beteiligung, Verantwortung und Konfliktbearbeitung praktisch einüben. Das gilt beispielsweise für Sportvereine, Naturschutzgruppen oder auch für Freiwillige Feuerwehren. Letztere verbinden Daseinsvorsorge mit lokalem Ehrenamt. In Aus- und Fortbildung, Gruppenarbeit und Jugendfeuerwehr werden unter Geltung eines „radikalen Gleichheitsverständnisses“³³ Teamarbeit, Regeln, Verantwortung und Mitbestimmung praktisch erlernt. Ein Ansatz, den auch die Bundesbildungsministerin Karin Prien betont wissen möchte, was jedoch vielerseits kritisiert wird, denn politische Bildungsarbeit und Demokratieförderung könne nicht alleine oder überwiegend von Feuerwehren oder Sportvereinen bewältigt werden, sie seien Partner:innen innerhalb der etablierten An-

gebote der NGOs.^{34 35} Für den Landkreis Regensburg kann an dieser Stelle angemerkt werden, dass Bemühungen bei Sport- bzw. Fußballvereinen, sich beispielsweise mit einem Schild ähnlich der Regensburger Sportvereine zu positionieren, am Widerstand der Vereine scheitern. Wenngleich sich durch Vereinsarbeit neue „Möglichkeitsräume der politischen Bildung“³⁶ ergeben, ist zweierlei zu bedenken: Kommt es zu Konflikten oder negativen Beziehungen zwischen externen Bildner:innen und Schlüsselpersonen der örtlichen Strukturen, kann der Zugang schnell dauerhaft begrenzt oder unmöglich werden. Darüber hinaus haben sich in vielen Teilen des ländlichen Raums bereits rechtsextreme und rechtspopulistische Strukturen etabliert³⁷, die dann während oder im Nachgang entsprechender Veranstaltungen die bereits beschriebenen Einschüchterungsstrategien anwenden. Auch Traditions- und Heimatvereine können Partizipationsräume sein, wenngleich sie mit Blick auf die Förderung einer von Vielfalt geprägten demokratischen Ordnung durchaus als ambivalent zu betrachten sind, da sie es oftmals sind, die Ausschluss und Ausgrenzung reproduzieren. Herausfordernd für Demokratieförderung und -bildung ist zudem, dass die Gefahr der politischen Vereinnahmung der ländlichen lokalen Strukturen mitgedacht werden muss und weder Vereine noch Hilfsorganisationen immun gegen Extremismus sind. „Die AfD auf dem Weg zur Volkspartei“, ein internes Papier aus dem Jahr 2019, zeigt, dass die Partei einen „Marsch durch die Organisationen“ (analog zum Marsch durch die Institutionen der 68er-Bewegung) ankündigt und „Traditions- und Brauchtumsvereine“, christliche Minderheiten, Gewerkschaften, Berufsverbände und Nachbarschaftsvereine als potenzielle Anschlussstellen in der Zivilgesellschaft konkretisiert.³⁸ Über unmittelbare soziale Kontakte und durch das Besetzen von Schlüsselpositionen in den Vereinen sollen lokale Sympathien aufgebaut und um Mitglieder geworben werden. Die Partei will so durch niedrigschwellige Präsenz in der Fläche ihre Akzeptanz erhöhen und Normalisierung erreichen. Dazu zählen eben auch örtliche Feuerwehren, deren dokumentierte wiederholte rechtsextreme Vorfälle mittlerweile sogar zu einer Anfrage an die Bundesregierung geführt haben.³⁹

Für Demokratiebildung und Demokratieförderung ergibt sich damit für den ländlichen Raum, dass angesichts des Mangels an Unterstützungsstrukturen diese gefördert und aufgebaut werden müssen. Vereine müssen als Lernorte demokratischer Praxis gestärkt werden, was nur mit engem, langfristigem und behutsamem Beziehungsaufbau gelingen kann. Nur wenn eine vertrauensvolle Basis geschaffen wird,

können demokratiebildende Maßnahmen, die über reinen individuellen Zusammenhalt hinausgehen und alle Bereiche einer anerkannten Demokratiekompetenz umfassen, angegangen werden. Erst dann lassen sich klare Regeln und ein bewusster Wertekonsens wie auch entsprechende Schutzmechanismen gegen menschenfeindliche bzw. demokratiefeindliche Einflussnahme etablieren.

Der Weg auf dem Land ist ungleich schwerer als im städtischen Milieu und Demokratieförderung im ländlichen Raum braucht besonders verlässliche Strukturen, Schutz und langfristige Beziehungsarbeit. Auf dem Land sind die sozialen Strukturen enger und das gesellschaftliche Leben stärker von Traditionen geprägt. Wer sich offen gegen Rechtsextremismus positioniert, muss häufig mit Ablehnung, sozialer Ausgrenzung oder sogar Bedrohungen rechnen. Die geringere Anzahl an Unterstützungsangeboten und die größere Sichtbarkeit einzelner Engagierter erschweren den Einsatz zusätzlich.

Es bedarf mehr statt weniger Programme wie „Demokratie leben!“ mit Unterstützung für diejenigen, die Demokratiebildung als bewussten Förderprozess gestalten (wollen), ein klares und deutliches Bekenntnis zur parlamentarischen liberalen Demokratie abgeben und eben nicht „nebenbei“ ein bisschen Demokratiewerk machen wollen. Demokratiebildung, die Förderung von Demokratiekompetenzen, das deutliche Bekenntnis zu Grund- und Menschenrechten, die Anerkennung der freiheitlich demokratischen Grundordnung sind, mag es noch so pathetisch klingen, unser Auftrag des „Niewieder!“ und kein „Nice-to-have“. Mut und Durchhaltevermögen sind gefragt, um lokale Netzwerke zu stärken und Vorurteile abzubauen. Einmal Demo ist ein Zeichen, reicht aber nicht. Denn: Demokratie ist ein Marathon, kein Spaziergang.

Fußnoten:

- ¹ Vgl. Verkamp, R. & Koß, M. (2026), S. 8
- ² Der Wert bezieht sich auf die Ablehnung von (rechts-)autoritären Staatsformen oder einer „starken Führungspersönlichkeit“, vgl. Hebenstreit, J. et al. (2025), S. 138 - 141
- ³ Der Wert bezieht sich auf die individuelle Zustimmung zur Aussage bezüglich der Wichtigkeit demokratisch regiert zu werden, vgl. Heinrich, R. (2025), S. 3
- ⁴ Vgl. Eden, M. Sandal-Önal, E., Zick A., Ackermann, K. (2025), S. 185
- ⁵ Eden, M. Sandal-Önal, E., Zick A., Acker-

- mann, K. (2025), S. 184
- ⁶ Vgl. Körber-Stiftung (2024)
- ⁷ Vgl. Eden, M. Sandal-Önal, E., Zick A., Ackermann, K. (2025), S. 181
- ⁸ Hebenstreit, J. et al. (2025), S. 102
- ⁹ Hebenstreit, J. et al. (2025), S. 98
- ¹⁰ Hebenstreit, J. et al. (2025), S. 98
- ¹¹ Best, V. et al. (2023), S. 2
- ¹² Best, V. et al. (2023), S. 72
- ¹³ Vgl. Europarat (2023), S. 17 - 27
- ¹⁴ Vgl. Wienkoop, A.-K. et al. (2024), S. 26/27
- ¹⁵ "Grüne und linke Spinner": SPD-Kritik an Merz' Rede zum Wahlkampfende | tageschau.de, <https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/merz-linke-kritik-100.html>
- ¹⁶ "Grüne und linke Spinner": SPD-Kritik an Merz' Rede zum Wahlkampfende | tageschau.de, <https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/merz-linke-kritik-100.html>
- ¹⁷ Vgl. APr 985, <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMA18-985.pdf>
- ¹⁸ Vgl. Wie AfD-Politiker Lehrerinnen und Lehrer unter Druck setzen | tagesschau.de, <https://www.tagesschau.de/investigativ/kont-raste/afd-schulen-einflussnahme-100.html>
- ¹⁹ Vgl. Drucksache 20/15101, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/151/2015101.pdf>
- ²⁰ Die „BRÜCKE“ ist eine als Verein organisierte Wählerinitiative, die sich im April 2019 überwiegend aus ehemaligen SPD Mitgliedern gegründet hat. Heute zählt „BRÜCKE – Ideen verbinden Menschen e. V.“ rund 400 Mitglieder.
- ²¹ <https://www.regensburg.de/wahlen/stadtratswahl/>
- ²² https://wahlen.osrz-akdb.de/opp/375000/4/20260308/kreistagswahl_kreis/index.html
- ²³ Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (2024), S. 5 - 10
- ²⁴ Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (2024), S. 13
- ²⁵ <https://www.regensburg.de/leben/familien/familienfreundliche-stadt/demokratie-leben/aufbau-der-partnerschaft-fuer-demokratie>
- ²⁶ initiativegegenrechts.net, <https://initiativegegenrechts.net>
- ²⁷ initiativegegenrechts.net, <https://initiativegegenrechts.net>
- ²⁸ Vgl. Wirstehenauf, <https://wirstehenaufev.de>
- ²⁹ Bündnis für Toleranz und Menschenrechte im Landkreis Regensburg e.V. (BTM), <https://btm-landkreis-regensburg.de>
- ³⁰ Vgl. „Undemokratischer Akt“: Regensburger Landrätin säbelt Demokratieprojekt ab »

Regensburg Digital, <https://www.regensburg-digital.de/undemokratischer-akt-regensburger-landraetin-saebelt-demokratieprojekt-ab/23012023/>

- ³¹ Jugel, D. (2026), S. 15
- ³² Vgl. Jugel, D. (2026), S. 16
- ³³ Kenner, S. (2026), S. 19
- ³⁴ Vgl. Streit um Demokratie-Programm: Geld für Feuerwehren statt für NGOs? / ndr.de, <http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/streit-um-demokratie-programm-geld-fuer-feuerwehren-statt-fuer-ngos,demokratie-126.html>
- ³⁵ Vgl. Zivilgesellschaft warnt vor Schwächung der Demokratiearbeit und fordert Kurskorrektur - Amadeu Antonio Stiftung, <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/zivilgesellschaft-warnt-vor-schwaechung-der-demokratiearbeit-und-fordert-kurskorrektur-163899/>
- ³⁶ Jugel, D. (2026), S. 15
- ³⁷ Vgl. Jugel, D. (2026), S. 16
- ³⁸ Vgl. Mühe, M. (2022): S. 57
- ³⁹ Vgl. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/275/1927548.pdf>

Literatur:

- Best, V.; Decker, F.; Fischer, S. & Küppers, A. (2023): Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft? Friedrich-Ebert-Stiftung. <https://library.fes.de/pdf-files/pbud/20287-20230505.pdf> (letzter Zugriff: 17.05.2026)
- Eden, M.; Sandal-Önal, E.; Zick, A.; Ackermann, K. (2025): Demokratievorstellungen und Demokratiewahrnehmung in der Mitte. In: A. Zick, B. Küpper, N. Mokros, M. Eden, & Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25 (S. 180 - 2024). J. H. W. Dietz Nachf. <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=159776&token=c046b94f061255878306ea930e95f1bee68c2006> (letzter Zugriff: 17.05.2026)
- Europarat (2023): Referenzrahmen - Kompetenzen für eine demokratische Kultur. Band 2: Deskriptoren zu Kompetenzen für eine demokratische Kultur. Straßburg, Europarat.
- <https://www.coe.int/en/web/education/-/referenzrahmen-kompetenzen-für-eine-demokra>

- tische-kultur-1 (letzter Zugriff: 17.05.2026)
- Franke, H.; Hebenstreit, J.; Holtmann, E.; Jaeck, T.; Pollak, R.; Reiser, M.; Sand, M.; Zissel, P. (2026): Deutschland-Monitor 2025 - Gesellschaftliche und politische Einstellungen, Themenschwerpunkt: Wie veränderungsbereit ist Deutschland? Halle u. a., Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. (zsh) an der Universität Halle-Wittenberg; Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft; GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. <https://deutschland-monitor.info/fileadmin/Reports/Deutschland-Monitor-2025-Hauptbericht.pdf> (letzter Zugriff: 17.05.2026)
 - Hebenstreit, J.; Holtmann, E.; Jaeck, T.; Pollak, R.; Reiser, M.; Sand, M.; Zissel, P. (2025): Deutschland-Monitor 2024 - Gesellschaftliche und politische Einstellungen, Themenschwerpunkt: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Halle u. a.: Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. (zsh) an der Universität Halle-Wittenberg; Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft; GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-99642-0> (letzter Zugriff: 17.05.2026)
 - Heinrich, R. (2025): Demokratiereport Bayern 2025. Endbericht. Für den Bayerischen Landtag. https://www.bayern.landtag.de/fileadmin/Bilder_Videos_Internet/K_2_Online-Kommunikation/Ergebnisbericht_Demokratiereport_2025.pdf (letzter Zugriff: 17.05.2026)
 - Jugel, D. (2026): Brückenräume, Rucksackveranstaltungen und Entlastungsangebote – Herausforderungen in ländlichen Räumen als Möglichkeitsräume der politischen Bildung. In: POLIS – Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, 1/2026, S. 15 - 18.
 - Kenner, S. (2026): Politische Bildung ist keine Feuerwehr! Aber ist die Feuerwehr ein Raum politischer (Selbst-)Bildung? – Tanja Berg im Gespräch mit POLIS-Redakteur Steve Kenner. In: POLIS – Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, 1/2026, S. 19 - 21.
 - Körber-Stiftung (2024). Demokratie in der Krise 2024 (Grafiken). https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/48723/grafiken_demokratie_in_der_krise_2025.pdf (letzter Zugriff: 17.05.2026)
 - Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (2024). Stadt, Land, ... Unterschiede? Politische Einstellungen und Wahlverhalten. Berlin. https://www.kas.de/documents/252038/29391852/Monitor_Stadt+Land+...+Unterschiede.pdf/fb058873-9949-b365-afdd-d8ad422153ff?version=1.1&t=1713355237870
 - Mühe, Marieluise (2022): Im Fokus der AfD? – Einflussversuche rechtsradikaler Akteur*innen auf die organisierte Zivilgesellschaft. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie unter Druck, Band 12. Jena, S. 50 - 29.
 - Verkamp, R. & Koß, M. (2026): Demokratietest 2026. Legitimität und Performanz der Demokratie in Deutschland. S. 8. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/imported/leseprobe/2020_Leseprobe.pdf
 - Wienkoop, N.-K.; Bogerts, L.; Bitschnau, M.; Daphi, P.; Haunss, S.; Steinhilper, E.; Teune, S. (2024): Ohne Demokratie ist alles nichts. Teilnehmende, Motive und Effekte der Proteste gegen Rechtsextremismus im Juni 2024. Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung. https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2024/12/Studie_Ohne-Demokratie-ist-alles-nichts.pdf. (letzter Zugriff: 17.05.2026)
 - Zick, A.; Küpper, B.; Mokros, N.; Eden, M. & Friedrich-Ebert-Stiftung (2025): Die angespannte Mitte - Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25. J. H. W. Dietz Nachf. <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=159776&token=c046b94f061255878306ea930e95f1bee68c2006> (letzter Zugriff: 17.05.2026)



Foto: Ch. Greller

Dr. Gabriele Grieshe-Heindl ist Akademische Rätin für die Fachdidaktiken Politik und Gesellschaft sowie Beruf und Wirtschaft am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Regensburg. Sie ist Mitglied der DVPB-Bayern und engagiert sich ehrenamtlich u. a. in der außerschulischen politischen Bildungsarbeit.

„Wir sind nicht mehr in der Lage, andere Meinungen auszuhalten“

Warum die Förderung von Streit eine Antwort auf die erlebte Polarisierung ist

Umfragen ergeben, dass immer mehr Menschen den Zusammenhalt unserer Gesellschaft bedroht sehen. Auch in knapp 60 qualitativen Interviews, die im Rahmen des Wertebündnisprojekts STREIT/FÖRDERER mit Bürgerinnen und Bürgern aus unterschiedlichen Milieus im Sommer 2024 geführt wurden, bestätigt sich dieser Eindruck. Wie kann politische Bildung auf die wachsende Nervosität unserer Gesellschaft reagieren? Das Wertebündnisprojekt STREIT/FÖRDERER, bei dem auch der Landesverband Bayern der DVPB mitwirkt, sucht hier nach Antworten.

Als der Philosoph Jürgen Wiebicke im Sommer 2015 durch Deutschland wandert und das Gespräch mit Menschen sucht, die ihm zufällig begegnen, beschreibt er unser Land als „nervöses Land“ (Wiebicke 2016). Seitdem ist unser Land noch weit aus nervöser geworden. Im Sommer 2024 geführte qualitative Interviews („Was denken Sie über unsere Demokratie?“) illustrieren diese Nervosität (Boeser 2025). Ein Ingenieur, Mitte 30, kritisiert diese gereizte Grundstimmung: „Wir sind nicht mehr in der Lage, sachlich zu diskutieren und auch andere Meinungen auszuhalten. Wenn du etwas gegen die Flüchtlingspolitik sagst, dann bist du ein Nazi. Wenn du aber sagst, wir müssen helfen, dann bist du linksversifft und gehörst eigentlich an die Wand gestellt, dann bist du ein Vaterlandsverräter. Wir haben keinen Diskurs mehr, wir können nicht mehr miteinander reden. Es gibt nur noch Schwarz oder Weiß“ (Boeser 2025: 16). In den Interviews wird deutlich, dass bei vielen Bürger/innen immer mehr die Wahrnehmung einer gespaltenen Gesellschaft entsteht, was wiederum zu einer nervös geführten Debatte über diese Spaltung führt. Dabei sind die Unterschiede weit weniger groß, als es gemeinhin angenommen wird (vgl. z. B. Mau/Lux/Westheuser 2023). Im europäischen Vergleich ist Deutschland nicht überdurchschnittlich polarisiert, so auch die Ergebnisse der Studie „Polarisierung in Deutschland und Europa“ (Herold/ Joachim/Otteni/Vorländer 2023). In den meisten europäischen Ländern zeige sich aber eine problematische Entwicklung, so die Autorinnen und Autoren der Studie: „Diskurse verschärfen sich nicht

nur, sie verlaufen auch zunehmend emotional aufgeladen. Nicht selten gehen sie mit Empörung, Hass und Diffamierung Andersdenkender einher und erschweren demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse“ (ebd., S. 2). Es geht also nicht nur um die bestehenden Einstellungsunterschiede bei politischen Themen, sondern auch um die emotionale Dimension gesellschaftlicher Kontroversen. Ein bemerkenswertes Ergebnis: „Wählerinnen und Wähler von AfD und Grünen weisen in Deutschland das höchste Maß an Polarisierung auf, tendieren also am stärksten dazu, Personen mit abweichenden Meinungen negativ zu bewerten“ (ebd., S. 10).

Erlebte Grenzverletzungen

Den meisten Menschen ist bewusst, dass unterschiedliche Interessen und Werte zu einer Demokratie gehören. Und den meisten ist auch bewusst, dass es für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft offene Auseinandersetzungen über diese unterschiedlichen Interessen und Werte braucht. Das Problem: In einem nervösen Land ist die offene Auseinandersetzung sehr anstrengend, da Grenzverletzungen erlebt und praktiziert werden. *Erlebt* meint, dass derjenige, dessen Verhalten als grenzverletzend wahrgenommen wird, dies selbst nicht zwingend als Grenzverletzung gemeint hat. Aber sobald eine Grenzverletzung erlebt wird, wächst die Wahrscheinlichkeit für grenzverletzende Reaktionen („Jetzt muss ich mich aber wehren!“) oder zumindest für Verhalten, welches der andere wiederum als grenzverletzend einordnet.

Als grenzverletzend wird von vielen Menschen in Deutschland wahrgenommen, dass die AfD Wahlergebnisse von über 20% bei der Bundestagswahl 2025 sowie von jeweils um die 30% bei den Landtagswahlen im September 2024 in Thüringen, Sachsen und Brandenburg bekommen hat. Viele sind besorgt, dass eine in Teilen als gesichert rechtsextrem eingestufte Partei einen derart hohen Zuspruch erhält. Die Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz wird wiederum von der AfD und deren Sympathisanten als grenzverletzend erlebt. Der Verfassungsschutz, so die Aussage in mehreren der im



Eine Aktion des Wertebündnisprojekts
STREIT/FÖRDERER zur Bundestagswahl

Quelle (alle Grafiken in
diesem Artikel): www.streitfoerderer.de

Aufgaben erfüllt. Im Moment sehe ich es aber so, dass der Verfassungsschutz unsere Regierung schützt und unsere Demokratie unterdrückt. Wenn der normale Menschenverstand als extremistisch gilt, ist die Definition verschoben“ (Boeser 2025, S. 19). Erlebte Grenzverletzungen werden auch als Ursache genannt, warum viele den Eindruck haben, die offene Auseinandersetzung werde immer schwieriger. Eine der Befragten, eine Studentin, Anfang 20, die ein Jahr in den USA gelebt hat: „In Deutschland, oder allgemein auf der Welt, hat man ein bisschen verlernt, richtig miteinander zu kommunizieren. Sobald ein falsches Wort fällt, ist die Diskussion schon vorbei und man wird direkt als entweder links-grün oder als Rassist abgestempelt und das finde ich schade“ (ebd., S. 20f.).

Streit ist nicht das Problem, sondern die Lösung

Ein Gedankenexperiment: Was wäre mit einer Gesellschaft, in der Meinungsverschiedenheiten gar nicht mehr ausgetragen werden, also überhaupt nicht mehr gestritten wird? Was wären die Konsequenzen? Und was wäre mit einer Gesellschaft, in der Meinungsverschiedenheiten immer feindselig austragen werden? Dieses Gedankenexperiment wurde im Rah-

Sommer 2024 geführten Interviews, schütze nicht die Verfassung, sondern sei ein Instrument des „Altparteien-Kartells“ gegen die einzige wirkliche Oppositionspartei. Eine Pflegekraft, Anfang 50: „Der Verfassungsschutz war sicher einmal eine gute Organisation und hat auch die von ihm erwarteten

men des Projekts STREIT/FÖRDERER mit 50 Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt (Boeser 2023). Deutlich wird in den Interviews ein differenziertes Verständnis beim Thema Streit: Wenn wir Streit als offene Auseinandersetzung über unterschiedliche Meinungen definieren, ist nicht Streit an sich das Problem. Vielmehr hat Streitvermeidung auf Dauer die gleichen problematischen Konsequenzen wie feindseliger Streit. Sowohl Streitvermeidung als auch feindseliger Streit machen unglücklich, verhindern Kreativität, zerstören soziale Beziehungen und schwächen den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Hinzu kommt, dass sich Streitvermeidung und feindseliger Streit wie in einem Teufelskreis gegenseitig verstärken.

Warum wird Streit oftmals vermieden? Ein Grund ist die Angst vor Eskalation, vor feindseligem Streit,

eine Angst, die auf Erfahrungen oder auch nur Fantasien beruhen kann. Bei Themen, die sehr kontrovers und sehr emotional diskutiert werden, ist das Risiko größer, dass der Streit feindselig wird. Und je häufiger die Erfahrung eines eskalierenden Streits gemacht wird, desto größer erscheint die Gefahr, dass jeder weitere Streit ebenfalls feindselig werden könnte. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit für Streitvermeidung.

Es gibt noch einen weiteren Grund für die Vermeidung offener Auseinandersetzungen: der menschliche Hang zur Selbstgerechtigkeit beim Blick auf Andersdenkende, der sich auch in dem Interviewprojekt zum Thema Demokratie bestätigt (Boeser 2025). So sagt eine Studentin, Anfang 20, auf die Frage, warum so viele mit dem Funktionieren unserer Demokratie

unzufrieden sind: „Ich finde, dass diese Bürger ignorant sind und wenn man genau nachfragen würde, hätten sie wohl keine berechtigte Kritik“ (ebd., S. 30). Und ein Hausmeister, Mitte 50, antwortet auf die gleiche Frage: „Ich glaube, dass diejenigen, die zufrieden mit unserer Demokratie sind, einfach weniger über die Politik informiert sind und deshalb glauben,

**ZUHÖREN
SICH ZEIGEN
WERTSCHÄTZEN
REPEAT**

#DEMOKRATIE
#AKTIONSTREITGEIST

STREIT/GEIST ist eine Aktion des Wertebündnisprojekts STREIT/FÖRDERER streitfoerderer.de/streitgeist



**ANSPRECHEN
STREITEN
REIBUNG
REPEAT**

#DEMOKRATIE
#AKTIONSTREITGEIST

STREIT/GEIST ist eine Aktion des Wertebündnisprojekts STREIT/FÖRDERER streitfoerderer.de/streitgeist



zufrieden zu sein. Anders kann ich mir das nicht erklären“ (ebd.).

Bei Andersdenkenden werden neben Unwissenheit oft auch grundlegend andere Wertvorstellungen unterstellt. Das Problem daran: Wenn dem möglichen Gesprächspartner Ahnungslosigkeit, Unwissenheit, Informationsdefizite oder die Infragestellung von wichtigen Werten unterstellt werden, wird die Auseinandersetzung mit diesem entweder gar nicht erst versucht („Bringt doch nichts.“) oder auf eine Art geführt, die schnell belehrend werden kann („Jetzt pass mal auf!“).

Hinzu kommt: Fühle ich mich aufgrund einer vermeintlichen oder tatsächlichen Mehrheitsmeinung zum Schweigen verdammt, empfinde ich es als sehr befreiend, wenn meine Meinung von „Polarisierungsunternehmern“, wie sie der Soziologe Steffen Mau nennt, sehr laut und provokant formuliert wird, wenn ich mich endlich einmal verstanden fühle. Polarisierungsunternehmer profitieren von dem Gefühl, die eigene Meinung nicht sagen zu können. Sie verschärfen den Konflikt und haben kein Interesse an einer offenen Auseinandersetzung ohne Feindseligkeit, da gerade die Polarisierung ihnen die Aufmerksamkeit schenkt, die sie benötigen.

Politische Bildung als Ort der friedlichen Konfliktaustragung

Politische Bildung hat die genuine Aufgabe im Namen der Demokratie die Auseinandersetzung mit Vielfalt zu fördern. In einer Resolution renommierter deutscher Politikwissenschaftler wurde dies 2018 so formuliert: „Politische Bildung ist ein Ort der Einübung und Pflege des Dialogs und der friedlichen Konfliktaustragung, auch über harte Fronten hinweg“ (Edler/Hafeneger/Sander/Scherr 2018). Politische Bildung in diesem Sinne kann als eine (Wieder-) Belebung von Demokratie verstanden werden, die Räume für Begegnung und Interaktion öffnet und offenhält.

Solche Räume versucht das Netzwerk Politische Bildung Bayern zu entwickeln, ein seit 2006 bestehendes Multiplikatorennetzwerk, welches am Lehrstuhl für Pädagogik mit Schwerpunkt Erwachsenen- und Weiterbildung der Universität Augsburg angesiedelt ist. Bereits erfolgreich etablierte Formate sind das Projekt „Dorfgespräch“ (Wenzel/Boeser 2019) und das Projekt „Lange Nacht der Demokratie“ (Boeser/Wenzel 2022).

Das neue, seit April 2024 beim Wertebündnis Bayern angesiedelte Projekt STREIT/FÖRDERER möchte nun explizit dazu motivieren, die Demokratie zu stärken, indem demokratische Streitkultur gelebt und erlebt wird. Hierzu werden aktuell Expertinnen und Experten aus nationalen und internationalen Projekten befragt, die Begegnung zwischen Andersdenkenden ermöglichen.

ANZEIGE



Interessant sind hier beispielsweise die Erfahrungen der Bürgerbewegung in den USA mit dem Namen „Braver Angels“ („Mutigere Engel“). Diese Bürgerbewegung organisiert Veranstaltungen, bei denen sie Menschen mit sehr unterschiedlichen Meinungen direkt miteinander ins Gespräch bringt, so im Workshopformat mit dem Namen „Red/Blue“, wobei die beiden Farben für die Anhänger der Republikaner („Red“) und Demokraten („Blue“) stehen. In der Workshopbeschreibung heißt es: „A small, balanced group of Reds and Blues engage in exercises to help clarify disagreements, reduce stereotyped thinking and discover common values.“

Außerdem werden im Projekt STREIT/FÖRDERER aktuell an zehn Modellstandorten in Bayern Erfahrungen mit unterschiedlichen Begegnungsformaten gesammelt und evaluiert.

Bereits abgeschlossen und dokumentiert ist eine Aktion zur Bundestagswahl 2025 (online verfügbar unter: <https://www.streitfoerderer.de/streitgeist/>). Auf der Homepage <https://www.streitfoerderer.de/> hieß es ab Anfang Januar 2025: „Hallo! Wir sind die Streitförderer. Kurz vor der Bundestagswahl 2025 fordern wir Sie heraus, Ihren STREIT/GEIST zu trainieren. Unsere Demokratie lebt von Vielfalt, von Diskussionen und davon, dass wir uns wertschätzend mit Andersdenkenden auseinandersetzen. Doch unsere Gesellschaft scheint diese Fähigkeiten in den letzten Jahren zu verlieren. Deshalb öffnen wir Streitförderer von 9. Januar bis 23. Februar 2025 jeden Abend einen kostenlosen ZOOM-Trainingsraum für alle, um unseren STREIT/GEIST zu trainieren. In diesen 45 Minuten geben wir Ihnen Skills an die Hand, mit denen Sie mit Wertschätzung und Offenheit konstruktiv streiten lernen können.“ Unter dem Motto „Miteinander streiten lernen.“ wurden also Menschen ermutigt, die eigene Meinungsblase zu verlassen und den wertschätzenden, offenen Streit mit Andersdenkenden zu lernen. Dafür wurde 45-mal ein kostenloser Online-Workshop durchgeführt, was viele dankbar angenommen haben. Mit der Aktion konnte ein offener und ruhiger Raum etabliert werden, in dem sich immer wieder auch Menschen wohlfühlen und erproben konnten, die mit ihren Ansichten und ihrer Kritik in der Mitte der Gesellschaft ansonsten auf unmittelbare Ablehnung treffen. Damit gelang eine Annäherung an die „Agora“, den geteilten öffentlichen Raum, in dem sich zufällig ganz unterschiedliche Menschen begegnen, interagieren und austauschen.



Literatur:

- Boeser, Christian (2025): Streitförderer für Demokratie. Warum wir sie brauchen. Wie Sie einer werden. Ulm.
- Boeser, Christian (2023): Streitförderer. Warum wir sie brauchen. Wie Sie einer werden. Ulm.
- Boeser, Christian/Wenzel, Florian (2022): Lange Nacht der Demokratie: Inspiration, Begegnung und Reflexion im öffentlichen Raum. Ulm.
- Edler, Kurt/Hafeneger, Benno/Sander Wolfgang/Scherr, Albert (2018): Verteidigung der Republik – politische Bildung angesichts von Extremismus. <https://www.change.org/p/%C3%B6ffentlichkeit-verteidigung-der-republik-politische-bildung-angesichts-von-extremismus> (12.11.2025).
- Herold, Maik/Joachim, Janine/Otteni, Cyrill/Vorländer, Hans (2023): Polarisierung in Deutschland und Europa. Eine Studie zu gesellschaftlichen Spaltungstendenzen in zehn europäischen Ländern. MIDEM Studie 2023-2. Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM), Dresden.
- Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin.
- Wenzel, Florian/Boeser, Christian (2019): Dorfgespräch. Ein Beitrag zur Demokratieentwicklung im ländlichen Raum. Bonn.
- Wiebicke, Jürgen (2016): Zu Fuß durch ein nervöses Land. Auf der Suche nach dem, was uns zusammenhält. Köln.



Foto: Andreas Keilholz

Dr. phil. Christian Boeser ist Leiter des Netzwerks Politische Bildung Bayern und Initiator des Projekts „Streitförderer“, bei dem es um die Förderung einer demokratischen Streitkultur sowie den Umgang mit politischem Extremismus geht. Boeser ist Akademischer Oberrat am Lehrstuhl für Pädagogik mit Schwerpunkt Erwachsenen- und Weiterbildung an der Universität Augsburg.

Die Zunahme des Populismus, Extremismus und Antisemitismus bei Jugendlichen als Herausforderung für die Demokratie und für die politische Bildung

Politische Bildung muss strategisch auf einen fundamentalen Wandel der demokratisch-politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland reagieren (vgl. Deichmann 2015, S.77 ff. zum Konzept der mehrdimensionalen politischen Kultur, bes. S. 81, Abb.1: Ebenen der politischen Kultur; vgl. May / Partetzke 2023, Bd. 1, S. 93f.).

Dabei sind drei Ebenen der Veränderung des politischen Ordnungs- und Deutungswissens (vgl. Deichmann 2015, S. 84 ff. zur Differenzierung in Zukunfts-, Erinnerungs- und Regelwissen, Symbolen, Ideen und Werten) und der demokratischen politischen Kultur zu berücksichtigen.

Erste Ebene: Distanz der Jugendlichen zur Politik - Herausforderung für die politische Bildung

Ausgangspunkt ist der empirische Tatbestand, dass sich in der jungen Generation eine negative Grundeinstellung verbreitet. Sie zeichnet sich durch einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der negativen Einschätzung der eigenen Alltags- und Lebenssituation (der subjektiven Dimension) und einer gleichen Sicht auf die Politik (die Dimension der Kommunikation und Interaktionen, diejenige der Institutionen) aus.

„Unsere Studie dokumentiert eine tief sitzende mentale Verunsicherung mit Verlust des Vertrauens in die Beeinflussbarkeit der persönlichen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen“, so der Herausgeber der Jugendstudie 2024, Schnetzer. „Die Aussicht auf ein gutes Leben schwindet.“ Das zeige sich in einem hohen Ausmaß von psychischen Belastungen wie Stress und Erschöpfung. Diese seien in den zurückliegenden drei Jahren trotz des Abflauens der Corona-Pandemie weiter angestiegen (vgl. <https://www.sueddeutsche.de/politik/jugendstudie-2024-jugend-in-deutschland-rechtsruck-pessimistisch-1.6565585>). Mit dieser Einstellung korrespondiert das Wahlverhalten junger Menschen, wenn 43% der Männer und 50% der Frauen Parteien an den politischen Rändern wählen.

Ein grundlegendes, strukturelles Dilemma und die Verknüpfung mit dem Wahlverhalten der Jugendli-

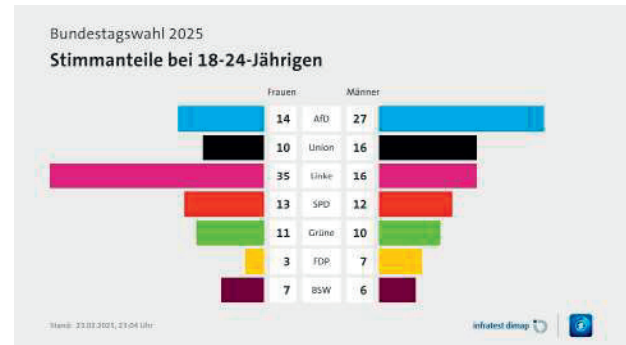


Abb.1: Bundestagswahl 2025 - Stimmanteile bei 18-24-Jährigen; Quelle: <https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/junge-waehler-motivation-100.html> (vgl. weiterführend: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/jugend-2025/570141/wie-waehlen-junge-menschen/> zu den Entwicklungen des Wahlverhaltens Jugendlicher seit 1972)

chen zeigt zudem der „Demokratiemonitor 2026“. Einerseits ist die Anerkennung – die Legitimation – der demokratischen politischen Ordnung durch die Bürger/innen sehr hoch (Wahlen 91%, Öffentlichkeit 83%, Parlament 83%, Regierung 83%, Gewaltenteilung 82%, Bürgerrechte 81%, Partizipation 79%, Parteien 77%). Demgegenüber bewerten sie das praktische Funktionieren der Demokratie (Performanzwerte) in Deutschland schlecht (Wahlen 65%, Bürgerrechte 35%, Gewaltenteilung 34%, Parlament 31%, Öffentlichkeit 31%, Regierung 21%, Parteien 17%, Partizipation 15%; vgl. Robert Vehrkamp und Michael Koß, „Demokratiemonitor 2026“. Legitimität und Performanz der Demokratie in Deutschland: chrome-extension://efaidnbmnnnibpcapggclefindmkaj/https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/EINWURF_03_2026.pdf).

Das bedeutet: Die Distanz der Bürger/innen zur Politik, besonders zur Regierung, den politischen Parteien und zu den Möglichkeiten der Partizipation, nimmt in den letzten Jahren zu (vgl. auch: <https://de.statista.com/themen/9239/politische-stimmung-und-meinungen-der-bevoelkerung/>).

Sie ist offensichtlich in einem „Ohnmachtsgefühl“ begründet. Viele Bürger/innen sind der Meinung, dass die politischen Entscheidungen nach politischen Konzepten und nach ideologischen Orientierungen vorgenommen werden, die mit ihrer eigenen Lebens-

wirklichkeit nichts zu tun haben, zumindest weit davon entfernt sind. Zudem hat ein großer Teil das Gefühl, die politischen Entscheidungen schränken ihre Freiheit ein (vgl.: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/immer-mehr-buerger-fuehlen-sich-machtlos-laut-allensbach-befragung-18996028.html>).

Das festzustellende Dilemma zwischen der Befürwortung der demokratischen politischen Ordnung und der in dem Ohnmachtsgefühl begründeten Ablehnung der Praxis der Politik wird noch gravierender, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Zustimmung zu autoritären Strukturen zunimmt (vgl. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2026-02/deutschland-monitor-demokratie-extremismus-populismus-veraenderung-gxe>).

„Obwohl die Demokratieidee insgesamt eine hohe Zustimmung erfährt, ist ein relevanter Anteil der Bevölkerung zumindest teilweise offen für Elemente autoritärer Systeme (24 %). Auch populistische Einstellungen sind bei knapp einem Fünftel der Bevölkerung verbreitet (21%).“ (Deutschlandmonitor 2025: <https://www.fsv.uni-jena.de/83534/deutschland-monitor-2025-erschieden>)

Als Konsequenz aus der politischen Orientierung der Jugendlichen, die eingebunden ist in das Misstrauen und Ohnmachtsgefühl gegenüber den politischen Handlungen (vgl. weiterführend El-Mafaalani 2025, bes. S. 67 ff., S. 83 ff. zum gesellschaftlichen Umgang und konstruktiven Ansätzen in der politischen Kommunikation), muss die politische Bildung sowohl einen rationalen als auch einen emotionalen Zugang der Jugendlichen zu den politischen Prozessen und den in den politischen Institutionen Handelnden schaffen.

Da nicht nur die Befürwortung autoritärer Strukturen zunimmt, sondern auch dem Rechtsextremismus grundlegende autoritäre Deutungen zugrunde liegen, sollten die politisch Lernenden den Unterschied zwischen der Kritik an den politischen Diskussionen sowie den politischen Entscheidungen einerseits und der demokratischen politischen Ordnung andererseits, besonders der Rechtsstaatlichkeit, thematisieren. Sie müssen im Sinne des rationalen Ansatzes die Bedeutung der demokratischen politischen Institutionen, welche letztlich ihre eigene Freiheit sichern, erkennen und an Beispielen analysieren, dass besonders die Gewaltenteilung in der demokratischen politischen Ordnung die Bedingung für die Freiheit in der eigenen Alltagswelt und für die eigene Lebensplanung bildet (vgl. Deichmann 2013, S. 86 ff. zur Behandlung der politischen Institutionen).

Dabei zeigt ihnen die Analyse von autoritären Systemen und derjenigen von autoritären Veränderungen in Demokratien wie den USA, dass der Wunsch

nach autoritären Entscheidungen unmittelbar zur Veränderung der rechtsstaatlichen und demokratischen politischen Strukturen führt (vgl. Appelbaum 3/2024, bes. S. 153 die Prognose zur Veränderung des Rechtsstaates und zur Kooperation autokratischer Systeme).

Im Sinne einer eher emotionalen Methode der politischen Bildung sollten die bestehenden Formate der direkten Kontaktaufnahme mit Politiker/innen in der Schule und in den politischen Institutionen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene intensiviert werden: Lernen vor Ort, Projekte, handlungsorientierte Methoden (vgl. May / Partetzke 2023, S. 131 ff. zur politikdidaktischen Analyse von Unterrichtskonzepten; vgl. dies. 2025, S. 160 ff. zur Planung des Unterrichts; vgl. Tischner 2013, S. 57 ff. zum handlungsorientierten Ansatz).

Zweite Ebene: zunehmende Akzeptanz populistischer Kommunikation / Interpretationen sowie von Extremismus / Antisemitismus

Die strategische Umsetzung der (u. U. eigenen) Distanz zur Politik in populistische und extremistische Deutungsmuster können die politisch Lernenden analysieren, wenn sie Bundestags- und Landtagsdebatten oder Diskussionen auf Parteitag der AfD bzw. der Linkspartei oder links- und rechtsextremistische Demonstrationen und Aktionen verfolgen. Beispiele für die Erfassung rechtsextremer Deutungsmuster sind die Reden des Thüringer AfD-Vorsitzenden Björn Höcke zur Relativierung der NS-Propaganda und des Holocausts, zur Forderung nach „Remigration“ etc. (vgl.: <https://www.dw.com/de/afd-chef-h%C3%B6cke-erneutes-urteil-wegen-nazi-parole/a-67983337>).

Populistische Deutungsmuster zeichnen sich dabei durch Vorurteile, Schuldzuweisungen, pauschale Verdächtigungen (mit der Begründung des „wahren Volkswillens“) gegenüber anderen Menschen und Menschengruppen, aber auch gegenüber politischen Eliten und „dem System“ (Parteiensystem, „kapitalistischem System“) sowie gegenüber den Medien (als „Teil der Eliten“; Vorwurf „Lügenpresse“) aus. Sie setzen an den beschriebenen Elementen der Distanz der Menschen zur Politik an.

Extremistisch werden die populistischen Deutungsmuster, wenn das in ihnen enthaltene Menschen- und Gesellschaftsbild, beruhend auf einem „Feindbild“ und „Freund-Feind-Stereotypen“, rassistische Elemente enthält. Das heißt, wenn die Diskriminierung bestimmter Personen- und Menschengruppen auf-

grund ihrer Religion, Hautfarbe, sexueller Orientierung, Ethnie, regionaler oder sozialer Herkunft, Sprache etc. propagiert wird, wenn in der ideologischen Orientierung oder in den Handlungen den diskriminierten Personen und Personengruppen keine Daseinsberechtigung zugestanden und ihnen gegenüber Gewalt angedroht oder angewendet wird (vgl. Jesse 2015, S. 202 ff.).

Wird in der Analyse die historische Dimension verstärkt einbezogen (vgl. Massing 2013, S. 145 ff.) erkennen die politisch Lernenden an der Geschichte der Weimarer Republik, dass Populismus, das Streben nach dem „starken Staat“ und Extremismus die Demokratie zerstören und die Voraussetzungen für ein totalitäres politisches System schaffen können (vgl. Winkler 2007, bes. S. 89 ff.), in dem die Rassenideologie, die Verfolgung von Menschengruppen aus ideologischen Gründen legitimiert ist. Da in der Öffentlichkeit immer häufiger rassistische Bezüge hergestellt werden, etwa bei rechtsextremen Anschlägen auf Asylheime, aber auch z. B. bei Rockkonzerten der rechten Szene durch die Verwendung von NS-Symbolen (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz: Symbole, Zeichen und verbotene Organisationen, <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/rechtsextremismus/2022-02-rechtsextremismus-symbole-zeichen-organisationen.html>), wird mit der zunehmenden Akzeptanz des Extremismus auch die Verknüpfung mit der Zunahme des Antisemitismus deutlich (vgl. <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/kontext/antisemitismus-deutschland-116.html>, Stand: 23. 10.2023; Darstellung verschiedener Studien wie KAS, FES, SVR: Sachverständigenrat für Integration und Migration, vgl. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/antisemitismus-2024-bericht-100.html>).

Deshalb müssen die antisemitischen Handlungen thematisiert werden: die Sympathiekundgebungen mit Hamas und für Antisemitismus, die Zunahme der Angriffe auf Synagogen. Aber auch die Kommunikation im öffentlichen Raum: Reden von AfD-Politikern, die Funktionalisierung des Antisemitismus bestimmter Bevölkerungsgruppen, die Verharmlosung des Holocausts, die Banalisierung des NS-Totalitarismus (vgl. Alexander Gauland zur

Relativierung der NS-Zeit, <https://www.dw.com/de/gauland-bezeichnet-ns-zeit-als-vogelschiss-in-der-geschichte/a-44054219>). Ebenfalls sind die festzustellenden antisemitischen Gewalttaten (<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/rias-jahresbericht-antisemitismus-100.html>), die zur Angst jüdischer Menschen vor Demonstrationen in Universitäten, im öffentlichen Raum führen, an Beispielen zu behandeln (vgl.: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/chronologie-anschlaege-islamismus-deutschland-100.html>).

Die Tatsache, dass mehr Zustimmung zu antisemitischen Aussagen bei Personen mit geringerem Bildungsabschluss, Menschen mit Migrationshintergrund sowie innerhalb der AfD-Anhängerschaft konstatiert werden, verlangt politische, besonders bildungspolitische Konzepte und Konsequenzen in der Praxis der politischen Bildung, z. B. mehr Sprach- und Integrationskurse etc. (vgl. <https://www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/antisemitische-einstellungen-in-deutschland> - Zunahme der Anhänger von Verschwörungstheorien, z.B. Q Anon, bes. auf Telegram).

Die pädagogischen Maßnahmen bestehen nicht zuletzt in der Er-

weiterung und Multiperspektivität der Gedenkstättenpädagogik (vgl. Lonnemann 2 / 2024, S.149 ff.) und in der Beschäftigung der politisch Lernenden mit den Darstellungen von Zeitzeugen, auch durch Internetquellen (vgl. Zeitzeugin Ruth Winkelmann, zu finden unter <https://www.youtube.com/watch?v=QVL2xJvgIZI>).

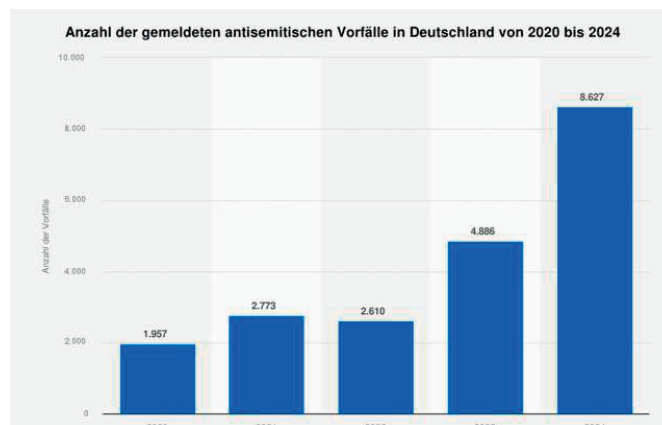


Abb.2: Grafik „Antisemitische Vorfälle“; Quelle: <https://www.deutschlandfunk.de/antisemitismus-deutschland-104.html>

Videoausschnitt:
Ruth Winkelmann
*08. September 1928 in Berlin
Gespräch vom 17. Juni 2019

zeitzeugenbörse berlin (zzb)

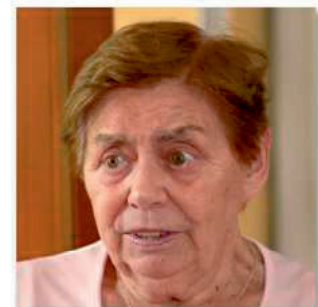


Abb.3: Ruth Winkelmann im Interview; Quelle: <https://zeitzeugenboerse.de/interview/ruth-winkelmann/>

Dritte Ebene: Interdependenz der beiden Ebenen mit dem Wandel der internationalen Rahmenbedingungen

Die Komplexität der zu thematisierenden Zusammenhänge der ersten und zweiten Ebene, also der Distanz zur Politik sowie der Zunahme des Populismus, autoritärer Orientierungen und derjenigen des Extremismus/Antisemitismus, mit den internationalen Rahmenbedingungen ist deshalb eine große Herausforderung für die politische Bildung, weil es sich um die Alltagsbedeutung vieldimensionaler Krisen handelt. Durch deren Analyse müssen politisch Lernende die Bedeutung der Zeitenwende (vgl. Trentmann 2025, S. 205 ff., Deichmann 2024) erkennen, die ihr eigenes Leben bestimmt und die gekennzeichnet ist durch die Instabilität der internationalen Beziehungen, hervorgerufen durch die folgenden Krisen:

- Die Nachwirkungen der Corona-Pandemie als Krisenelement, welche die politischen Lerngruppen mit ihren eigenen Erfahrungen thematisieren und im Kontext allgemeiner Verlust Erfahrungen (vgl. Reckwitz 2024, bes. S. 106 f. zur Analyse „von sozialen Arenen und Verlusten“; S. 328 ff. zu den „Verlustschüben“) sowie der Zunahme autoritärer Orientierungen, der Zunahme von populistischen und extremistischen politischen Deutungen beobachten konnten (vgl. weiterführend: <https://www.plus.ac.at/politikwissenschaft/forschung/oesterreichische-politik/populismus-und-verschwoerung-in-der-covid-19-pandemie/>).
- Der Krieg in der Ukraine nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine ab dem 24. Februar 2022, welcher eine neue Struktur des internationalen Systems bewirkte und in Deutschland die Jugendlichen im Zusammenhang mit der Energiepolitik und u. a. bezüglich der Wehrpflichtdebatte betrifft (vgl. Mölling 2023, bes. S. 56 ff.; S. 133 ff: „Zehn Empfehlungen“, um auf die neuen Herausforderungen zu reagieren; vgl. Trentmann 2025, S. 217 ff. zur Analyse und historischen Einordnung der „Gefahr aus dem Osten“).
- Die Nahostkrise nach dem Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 in Israel und die innerisraelischen sowie internationalen Reaktionen auf die Politik der israelischen Regierung, welche den Antisemitismus in Deutschland, auch in Lerngruppen, fördern.
- Bei der Behandlung des Themas sind sowohl die innenpolitischen Diskussionen in Israel als auch die internationalen Rahmenbedingungen,

besonders die Beziehungen Deutschlands zu Israel, u. a. zu berücksichtigen (Menschenrechte im Grundgesetz, Bedeutung des Völkerrechts für die internationale politische Ordnung; vgl. Chernivsky / Lorenz-Sinai 2024, S. 281 - 303; Kistenmacher 2024, S. 223-244).

- Die Verknüpfung des Krieges zwischen Israel und der Hamas / Hisbollah, dem Krieg zwischen Israel und dem Libanon, mit dem amerikanisch-iranischen Krieg ab dem 28.2.2026 und seinen Auswirkungen auf die internationalen Handelswege, welche durch Preiserhöhungen und Lieferengpässe Bedeutung für das Alltagsleben besitzen (vgl. <https://www.zdfheute.de/politik/ausland/iran-usa-iran-krieg-geschichte-100.html>, auch zur Geschichte der USA - Iran Beziehungen, vgl. Der Spiegel 14 / 27.3.2026, S. 18 ff. zu Auswirkungen und Vermutungen über die Kooperation USA / Israel).
- Die Unberechenbarkeit der amerikanischen Politik unter der Regierung von Donald Trump mit den Auswirkungen für die Innenpolitik in den USA (Reisen in die USA, Schüleraustausch etc.) sowie für die Außenpolitik: Zölle, Verteuerungen, Stabilität der NATO, einschließlich der notwendigen Konsequenzen für die Politik Deutschlands und der EU etc. (vgl. Trentmann 2025, bes. S. 205 ff. zur historischen Einordnung und zu Konsequenzen aus der Politik D. Trumps).
- Die Klimakrise in ihren Auswirkungen auf die Alltagswelt (gesundheitliche Risiken, Umweltschutzmaßnahmen). Der Zusammenhang mit der Fluchtbewegung aus Afrika und mit aktuellen Maßnahmen und Forderungen nach Einschränkung der Migration / des Asylrechts, Demonstrationen als Herausforderung für die liberale Demokratie (vgl. Heidenreich 2026, S. 134 ff.).

Wenn die politische Bildung den Zusammenhang zwischen der Distanz der Bürger/innen zur Politik als Gefahr für die Akzeptanz der demokratischen politischen Ordnung und als Gefahr für den Übergang dieser Einstellungen zu populistischen, bis hin zu extremistischen / antisemitischen Deutungen und Handlungen behandelt und die Jugendlichen zu Einsichten in die Notwendigkeit der demokratischen Werte und der demokratischen politischen Ordnung für deren eigene Alltagswelt, ihre Lebensplanung, führt, kann sie einen Beitrag zur Festigung der demokratischen politischen Kultur leisten, welche Voraussetzung für eine stabile demokratische Ordnung ist.

Literaturhinweise

- Appelbaum, Anne (2022): Die Verlockung des Autoritären. Warum antidemokratische Herrschaft so populär geworden ist. München: Pantheon Verlag.
- Chernivsky, Marina / Lorenz-Sinai, Friederike (2024): Antisemitismus in der Schule - empirische Befunde und Reflexionsempfehlungen auf der Basis einer Studie in Baden-Württemberg. In: Meier / van Norden / Werner 2/2024, S. 281 - 303.
- Deichmann, Carl (2015): Der neue Bürger. Politische Ethik, politische Bildung und politische Kultur. Wiesbaden: Springer VS.
- Deichmann, Carl / Tischner, Christian K. (2013): Handbuch Dimensionen und Ansätze in der politischen Bildung, Schwalbach / Ts.: Wochenschau Verlag.
- Deichmann, Carl: Zeitgeist und Zeitenwende. Politische Orientierungssuche in einer sich verändernden Welt. In: Friedrichs, Werner, Hrsg. (2024): Politische Bildung und Zukunft. Wie Herausforderungen im Anthropozän denken? Wiesbaden: Springer VS, S. 183 - 202.
- Deichmann, Carl (2013): Der institutionenkundliche Ansatz: Mehrdimensionale Institutionenkunde. In: Deichmann, Carl / Tischner, Christian K. (2013): S. 86 - 100.
- El-Mafaalani, Aladin (2025): Misstrauensgemeinschaften. Zur Anziehungskraft von Populismus und Verschwörungsideologien, Köln: Kiepenheuer und Witsch Verlag.
- Heidenreich, Felix (2026): Demokratie unter Druck. Ein Republikanismus der Nachhaltigkeit, Ditzingen: Reclam Verlag.
- Jesse, Eckhard (2015): Extremismus und Demokratie, Parteien und Wahlen. Historisch-politische Streifzüge. Köln: Böhlau Verlag.
- Kistenmacher, Olaf (2024): „Aber Israel macht doch das Gleiche...“ Zum pädagogischen Umgang mit Israelhass und israelbezogenem Antisemitismus, In: Meier / van Norden / Werner (2 / 2024), S. 223 -244.
- Lonnemann, Gesa: „Die Geschichte meiner Nachbarschaft“ – Ein Plädoyer für die Dezentralisierung von Erinnerung. In: Meier / van Norden / Werner (2 / 2024), S. 149 - 167.
- Massing, Peter (2013): Der historische Ansatz als integraler Bestandteil der politischen Bildung. In: Deichmann / Tischner (2013): S. 145 - 156.
- May, Michael / Partetzke, Marc (2023): Einführung in die Politikdidaktik. Band 1: Geschichte, Essentials, Forschungs- und Entwicklungsfelder. Frankfurt / M.: Wochenschau Verlag.
- May, Michael / Partetzke, Marc, Hrsg. (2025): Einführung in die Politikdidaktik. Band 2: Lehramt politische Bildung studieren. Frankfurt / M.: Wochenschau Verlag.
- Meier, Marcus / van Norden, Maren / Werner, Sebastian (2/2024): Bildungsarbeit gegen Antisemitismus, Grundlagen, Methoden & Übungen, Frankfurt / M.: Wochenschau Verlag.
- Mölling, Christian (2023): Fragile Sicherheit. Das Ende des Friedens und die neue Konfliktordnung. Freiburg: Herder Verlag.
- Reckwitz, Andreas (2024): Verlust. Ein Grundproblem der Moderne. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Tischner, Christian, K.: Der handlungsorientierte Ansatz. In: Deichmann / Tischner (2013): S. 57 - 71.
- Trentmann, Frank (2025): Die blockierte Republik. Deutschland zwischen Vergangenheit und Zukunft, Frankfurt / M.: Fischer Verlag.
- Winkler, Heinrich August (2007): Auf ewig in Hitlers Schatten? Über die Deutschen und ihre Geschichte. München: C. H. Beck Verlag.
- Winkler, Heinrich August (2015): Geschichte des Westens. Die Zeit der Gegenwart. München: C. H. Beck Verlag.



Univ.- Prof. em. Dr. Carl Deichmann
war von 1997 bis 2011 Inhaber der Professur für Didaktik der Politik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er ist Mitherausgeber der Reihe "Politische Bildung" im Springer Verlag und Ansprechpartner der AG „Hermeneutische Politikdidaktik“ in

Foto: privat der GPJE.

Verfassungsviertelstunde in der Grundschule: Kommunalwahl

Als unterrichtliches Beispiel wird eine Verfassungsviertelstunde zum Thema Kommunalwahlen vorgestellt. Markus Hirt ist Grundschullehrer an der Mönchbergschule in Würzburg und unterrichtet in seiner gemischten Jahrgangsstufe FlexGS 1/2 11 Erstklässler und 11 Zweitklässler. Für seine Schülerinnen und Schüler ist die Verfassungsviertelstunde mittlerweile fester und ritualisierter Bestandteil des Unterrichts und findet immer donnerstags im Anschluss an den Morgenkreis statt. Herr Hirt legt besonderen Wert darauf, Themen aufzugreifen, die aus der Lebenswelt der Kinder stammen und mit den Unterrichtsprinzipien der Lebensnähe und Aktualität unmittelbar korrespondieren. Da Schülerinnen und Schüler mit Wahlplakaten zur Kommunalwahl auf ihrem Schulweg konfrontiert werden, greift er dieses politische Ereignis im Unterricht resp. in der Verfassungsviertelstunde auf.

Die Teilnahme an Wahlen ist eine niedrigschwellige Partizipationsmöglichkeit, sich am politischen Geschehen zu beteiligen und die Regierung auf Zeit zu legitimieren. Da die Demokratie gegenwärtig in hohem Maße durch extremistische Einstellungen, Populismus, demokratiefeindliche Tendenzen sowie gesellschaftliche Transformationsprozesse und -ängste immer stärker unter Druck gerät, ist es von Bedeutung, dass Bürgerinnen und Bürger demokratische Werte schützen, aktiv für die Demokratie eintreten und die Demokratie durch den Wahlauftrag stärken. Um die Prinzipien einer wehrhaften Demokratie wahrzunehmen und wertzuschätzen, ist es daher wichtig, Kinder bereits von klein auf für Demokratiebildung zu begeistern und auf didaktischem Wege ihr Demokratiebewusstsein anzubahnen. Die kommunale Ebene wird in der Fachliteratur vielfach als „Wiege“ (Schieren 2010, S. 5) bzw. „Schule der Demokratie“ (Bogumil/Holzkamp 2006, S. 9; Schieren 2010, S. 5) begriffen, was durch die Umfrageergebnisse der Körber-Stiftung unterstrichen wird. So haben die Bürgerinnen und Bürger in die Kommunalpolitik noch mehr Vertrauen als in die Demokratie und Politik auf Bundesebene (Körber Stiftung 2025). Die Thematisierung von Wahlen ist für das Vertrauen und die Stabilität der Demokratie von großer Bedeutung, weil das Wahlergebnis den Willen der Bevölkerung abbildet

und das politische System legitimiert. Die Thematisierung der Kommunalwahlen in der Verfassungsviertelstunde scheint daher geboten.

1. Lehrplanverortung

Schulart- und fächerübergreifende Bildungs- und Erziehungsziele sowie Alltagskompetenz und Lebensökonomie

Politische Bildung

Politische Bildung basiert auf der Kenntnis und Akzeptanz von Demokratie und freiheitlich-demokratischer Grundordnung sowie dem Wissen um den föderalen, rechtsstaatlichen und sozialstaatlichen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland.

Fachlehrplan

HSU 1/2 Lernbereich 1: Demokratie und Gesellschaft

1.1 Zusammenleben in Familie, Schule und Gemeinschaft

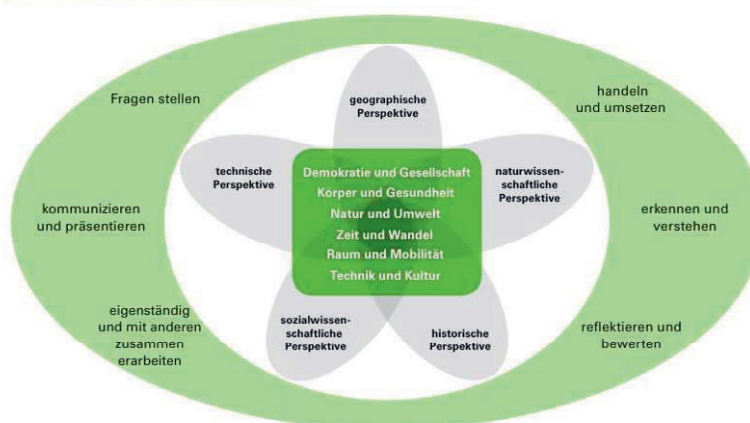
Kompetenzerwartung:

Die Schülerinnen und Schüler ...

- beschreiben die Bedeutung von Aufgaben und Regeln für das Zusammenleben in der Gemeinschaft und bei Entscheidungsprozessen, gestalten sie mit und beachten sie.

2 Kompetenzorientierung im Fach Heimat- und Sachunterricht

2.1 Kompetenzstrukturmodell



Grafik: Fachprofil Heimat- und Sachunterricht – Grundschule;
Quelle: Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB)

2. Sequenzübersicht

Datum	Thema	Zielsetzungen
29.01.2026	08.03.2026: Kommunalwahl in Bayern Wahllokal: Mönchbergsschule	- Was ist die Kommunalwahl? - Was sind Wahlplakate?
06.02.2026	Welche Informationen beinhaltet ein Wahlplakat?	- Informationen eines Wahlplakats (Kandidierende, Parteilogo, Wahlslogan, Farben, Wahltermin) - Kategorisierung von Wahlplakatmerkmalen
12.02.2026	Welche Parteien stehen bei der Kommunalwahl zur Wahl?	- Abkürzungen der Parteien - Parteiprogramm (didaktisch stark reduziert)
26.02.2026	Welche Ziele verfolgen die designierten Lokalpolitiker und Lokalpolitikerinnen?	- Untersuchung von Wahlslogans - Informationen über Lokalpolitiker und Lokalpolitikerinnen (Alter, Beruf)
05.03.2026	Zusammenfassung und Wiederholung der Verfassungsviertelstunden zum Thema „Kommunalwahl in Bayern“	

Konzeption der Verfassungsviertelstunde zum Thema Kommunalwahl

Verfassungsbezug

Art. 5 GG, Art. 21 Abs. GG, Art. 28 GG, Art. 14 BV, § 1 PartG, § 5 PartG

Zielgruppe

Ab Jahrgangsstufe 1

Zielsetzung

Die Schülerinnen und Schüler (SuS) arbeiten anhand von Gedankenwolken Informationen zu lokalen Wahlplakaten heraus.

Material

Bildkarten von lokalen Wahlplakaten, Gedankenwolken

Zur Konzeption der Verfassungsviertelstunde in einer 1/2 FlexGS beachten Sie bitte die Tabelle auf der nächsten Seite

In der nächsten Ausgabe der Zeitschrift wird eine Reflexion zur Verfassungsviertelstunde in der Grundschule erscheinen. Dabei werden zentrale Erfahrungen, Erkenntnisse und (Lern-)Voraussetzungen mit Blick auf die Umsetzung im schulischen Alltag diskutiert.

Für Nachfragen zur Verfassungsviertelstunde in der Grundschule können Sie sich gerne an Herrn Markus Hirt (Markus.Hirt@schule.bayern.de) oder Sabine Kehr (sabine.kehr@uni-wuerzburg.de) wenden.

Literatur:

- Bogumil, J./Holtkamp, L. (2006): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine policyorientierte Einführung, Wiesbaden.
- Körber Stiftung 2025: „Demokratie in der Krise“, unter https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/48723/grafiken_demokratie_in_der_krise_2025.pdf (aufgerufen am 26.01.2026).
- Schieren, S. (2010): Einleitung, in: Schieren, S. (Hrsg.): Kommunalpolitik – Probleme und Potentiale der 'Wiege der Demokratie', Schwalbach, S. 5 – 8.
- Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB), (o. D.): Fachprofil Heimat- und Sachunterricht – Grundschule. LehrplanPLUS Bayern. <https://www.lehrplanplus.bayern.de/fachprofil/grundschule/hsu>



Markus Hirt, geb. 1974, ist seit 2002 Dipl. Sozialpädagoge und seit 2009 als Grundschullehrer tätig. Seit 2014 ist er Klassenlehrer in einer Jahrgangsgemischten Klasse 1/2 und seit 2016 Praktikumslehrkraft.

Konzeption der Verfassungsviertelstunde in einer 1/2 FlexGS

	Unterrichtsverlauf	Material / Sozialform
Hinführung Stummer Impuls	L. legt Bildkarten von lokalen Wahlplakaten in Kreismitte Erwartete SuS-Äußerungen: • Ich sehe Plakate von Parteien. • Ich sehe Politiker. • Ich sehe Wahlplakate.	Bildkarten von lokalen Wahlplakaten Stuhlkreis Unterrichtsgespräch <i>Abbildung 1</i>
Überleitung	L. zeigt SuS Gedankenwolke: „Du hast sicherlich eine Idee, was du mit dieser Gedankenwolke machst.“ Erwartete SuS-Äußerungen: • Ich schreibe auf die Gedankenwolke, was ich sehe. • Ich schreibe auf die Gedankenwolke, welche Partei ich kenne • Ich schreibe auf die Gedankenwolke, welche Farben ich sehe.	
Erarbeitung	L.: „Du hattest schon richtige Vermutungen. Suche dir mit deinem Klassenpartner ein Wahlplakat aus und schreibe in deine Gedankenwolke, welche Informationen du dem Wahlplakat entnehmen kannst.“ SuS suchen sich mit ihrem Partner ein Wahlplakat aus. Erwartete SuS-Ergebnisse: • Das Wahlplakat hat ein (Partei)Logo. • Das Wahlplakat hat einen Kandidaten/in. • Das Wahlplakat hat ein Datum: 08.03.2026. • Verschiedene Wahlplakate haben unterschiedliche Farben. • Das Wahlplakat hat einen Wahlslogan. L.: „Welche Informationen, die du aufgeschrieben hast, glaubst du, sind für die Wahl wichtig?	PA (Erstklässler und Zweitklässler bilden ein Lern- und Partnerteam) <i>Abbildung 2</i> Verfassungsbezug : Art. 5 GG; Art 21 GG; § 1 PartG <i>Abbildung 3</i>
Abschluss / Reflexion	SuS nennen Parteilogo, Wahlslogan, Bild eines Kandidaten/in, Parteifarbe. L. clustert und kategorisiert die Gedankenwolken gemäß den herausgearbeiteten Informationen.	Klassengespräch Cluster der Gedankenwolken <i>Abbildung 4</i>



Abb. 1: Bildkarten von lokalen Wahlplakaten

alle Fotos: Markus Hirt (privat)



Abb. 2: Schüler beim Ausfüllen der Gedankenwolken



Abb. 3: Gruppenarbeit



Abb. 4: Cluster der Gedankenwolken

Verleihung des Abiturpreises „Politik und Gesellschaft“ 2026



Die Preisträgerinnen und Preisträger mit Landtagspräsidentin Ilse Aigner sowie Ehrengästen und Vertreterinnen und Vertreter des DVPB-Landesverbands im Lesesaal des Maximilianeums

Foto: Matthias Balk, Bildarchiv Bayerischer Landtag

Landtagspräsidentin Ilse Aigner hat im Landtag fünf Seminararbeiten ausgezeichnet. Die Schülerinnen und Schüler haben sich in ihren wissenschaftspropädeutischen Seminaren in hervorragender Weise mit aktuellen Themen aus den Bereichen Politik und Gesellschaft beschäftigt. Eine Jury, besetzt mit fachkundigen DVPB-Mitgliedern, erachtete sie in einem mehrstufigen Verfahren als preiswürdig. Eingereicht waren 100 Arbeiten aus ganz Bayern, der Preis war heuer zum siebten Mal ausgelobt worden.

Die Schirmherrin Ilse Aigner begrüßte – auch im Namen ihres ebenfalls anwesenden Stellvertreters Tobias Reiß MdL – die Gäste, unter ihnen Ministerialdirigent Dr. Wolfgang Mutter, der kurzfristig für Kultusministerin Anna Stolz eingesprungen war. Ferner begrüßte sie Frau Prof. Dr. Ursula Münch als Präsidentin der Akademie für politische Bildung Tutzing, den Vorsitzenden der Heinz-und Sibylle-Laufer-Stiftung Prof. Dr. Klaus Goetz, die Eltern und Lehrkräfte und schließlich und ganz besonders die Preisträgerinnen und Preisträger.

„Die Arbeiten der Preisträgerinnen und Preisträger machen mir Mut.“ So eröffnete die Landtagspräsidentin ihre Würdigung. „Sie zeugen von demokratischem Bewusstsein, das unser Gemeinwesen stärker

macht. Was andere abschreckt, hat Sie motiviert. Das imponiert mir sehr. Sie zeigen Haltung. Davon lebt unsere Demokratie.“ Für die verhinderte Kultusministerin Anna Stolz sprach Ministerialdirigent Dr. Wolfgang Mutter. Er betonte die Schlüsselrolle der Schulen beim Aufbau von politischer Urteilsbildung. Es gelte die Fähigkeit zur Reflexion zu entwickeln und zwischen Streitkultur und Shitstorm unterscheiden zu lernen. Kurz ging er auf die Schwerpunkte der fünf nominierten Arbeiten ein, gratulierte im Namen der Ministerin und dankte u. a. den beteiligten Lehrkräften und Schulleitungen.

Prof. Dr. Klaus Goetz von der Heinz-und Sibylle-Laufer-Stiftung, die jedes Jahr die Geldpreise stiftet, stellte kurz die Stiftung vor. Sie unterstütze Studierende und Forschende der Politikwissenschaft. Insofern sei die Stiftung von Anfang an gerne bereit gewesen, auch diesen Wettbewerb des DVPB-Landesverbands mitzutragen. Er würde sich freuen, wenn der eine oder die andere Schülerin ihren Weg zu den Politischen Wissenschaften fände und gratulierte den Autorinnen und Autoren.

Der Vorsitzende des DVPB-Landesverbands Bayern, Prof. Dr. Stefan Rappenglück, begann mit einem Dank an die Schirmherrin Ilse Aigner für die Gast-

freundschaft zu diesem Anlass. Er gratulierte Frau Prof. Dr. Ursula Münch zur Verleihung des Bayerischen Verdienstordens und dankte ihr für die in Aussicht gestellten Gutscheine, Herrn Prof. Dr. Klaus Goetz für die Geldpreise sowie Frau Anja Sieber vom Landtagsamt für die umfangreiche Organisation der Veranstaltung. Er gab seiner Freude Ausdruck über die Anwesenheit des Vorstandsvorsitzenden der Stiftung Wertebündnis Bayern Max Schmidt sowie der stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesverbands der Deutschen Vereinigung für politische Bildung Frau Prof. Andrea Szukala.

Die politische Bildung an den Schulen stehe und falle, so der Vorsitzende, mit dem Engagement der Lehrerinnen und Lehrer: „Daher möchte ich auch sehr herzlich den Kursleiterinnen und Kursleitern für ihre Arbeit bei der Betreuung der Seminare danken und freue mich, dass einige von ihnen wie auch einige Schulleitungen anwesend sind. Aus etlichen Rückmeldungen wissen wir, dass der Preis sehr gut ankommt und geschätzt wird.“

Er bedankte sich sehr herzlich für die Arbeit der DVPB-Jury, die die Bewertung der Arbeiten ehrenamtlich übernommen hatte. Das dreistufige Filterverfahren wird von 18 erfahrenen aktiven und ehemaligen Gymnasiallehrkräften und Hochschulleuten durchgeführt.

Nach einem kurzen Rückblick auf Entstehung und Entwicklung des Abiturpreises skizzierte er einige aktuelle Tendenzen: So wäre bei den Einreichungen deutlich geworden, dass sich viele Seminare und Ar-

beiten mit den äußeren und inneren Gefährdungen und Gefahren für die Demokratie befasst haben. Er betrachte das als deutliches Signal dafür, dass sich Lehrkräfte wie auch viele junge Leute der Brisanz der gegenärtigen Lage bewusst sind und sich zur eigenen Zukunft Gedanken und Sorgen machen. Er fuhr fort: „Unsere bisherigen Kriterien in der Ausschreibung haben sich bewährt, so etwa die Orientierung an aktuellen politischen Problemen, der Gegenwartsbezug, eine multiperspektive Vorgehensweise und die überzeugende Formulierung eines plausiblen Ergebnisses. Der mögliche Einsatz von KI-Tools gibt einem der Kriterien einen zusätzlichen Stellenwert: der Anteil von Eigenaktivität im Verhältnis zur Quellenarbeit. Die mögliche und auch erwünschte Nutzung von KI-Tools erschwere neuerdings das Ranking: „Um aus der Vielzahl von sehr soliden und ausgezeichneten Arbeiten die exzellentesten herauszufiltern, haben wir uns zunehmend auf Arbeiten fokussiert, die gut erkennbare und qualifizierte Eigenständigkeit/Eigeninitiative aufweisen. Dies ist auch bei den Arbeiten der heurigen Preisträgerinnen und Preisträgern zu erkennen. Diese Fokussierung hilft, der individuellen Leistung gerecht zu werden. Die Facetten des KI-Einsatzes werden allerdings immer unübersichtlicher, auch wenn in den Arbeiten angegeben wird, zu welchem Zweck und in welchen Abschnitten mit welchem Ergebnis welche KI-Tools eingesetzt wurden. Im Vorteil sind dann alle Arbeiten, die über Literaturrecherchen und Beschreibungen hinaus die Fähigkeiten zur vertiefenden und kritischen selbsttätigen Analyse erkennen lassen.“

Prof. Dr. Rappenglück würdigte anschließend die Arbeiten in alphabetischer Reihenfolge der Autorinnen und Autoren:

Paula Büchl vom Gymnasium Höchstadt an der Aisch hatte sich dieser Frage angenommen: **Thematische Annäherung etablierter Parteien an Rechtsaußenparteien am Beispiel der Union und der AfD.**

Die Arbeit ist geprägt von einer klaren Problemorientierung: Wie sollen sich Parteien gegenüber der AfD verhalten/positionieren und welche Folgen hat eine Übernahme der Themen wie Migration durch demokratische Parteien? Die Thematik ist sehr aktuell und von außerordentlich hoher Relevanz. Zunächst erfolgt eine programmatische Einordnung der Parteien CDU/CSU und AfD als theoretische Grundlage. Danach wird die inhaltliche Annäherung der Union in der Migrationsdebatte an die AfD anhand des Entschließungsantrags „Fünf-Punkte-Plan“ aus dem Januar 2025 untersucht. Frau Büchl schließt aus ihrer Analyse auf eine thematische Annäherung an rechte Positionen und sieht eine problematische Ent-



Prof. Stefan Rappenglück würdigte die Qualitäten der fünf von der Jury ausgezeichneten Arbeiten.

Foto: Matthias Balk, Bildarchiv Bayerischer Landtag

wicklung. Abschließend werden mögliche Lösungsansätze zur Schwächung von Rechtsaußenparteien entwickelt. Die Arbeit lehnt sich damit an aktuelle Studien an, die diese Strategie ähnlich problematisch einschätzen, würde sie in der Praxis auch parteitaktisch nicht zu einem Gewinn für die Union führen. Die Arbeit überzeugt durch eine sehr präzise gedankliche und sprachliche Bearbeitung des schwierigen und rasch emotionalen Themas unter Verwendung zahlreicher belastbarer Quellen. Die Autorin dokumentiert gut nachvollziehbar den begrenzten und sinnvollen Einsatz von KI. Die Analyse des sog. „Fünf-Punkte-Plans“ weist ein hohes Maß an der geforderten Eigenaktivität auf. Überzeugend auch die bewiesene Urteilsfähigkeit: Die schwierige Positionierung und das ambivalente Verhalten der Union im Wettbewerb gegen die AFD wird differenziert betrachtet und abschließend wissenschaftlich gestützt beurteilt.

Die Rolle und Absicherung von Verfassungsgerichten hat sich **Noah Flämig** vom Christoph-Probst-Gymnasium Gilching als Thema vorgenommen.

Ausgehend von den Entwicklungen in Polen während und nach der PiS (Recht und Gerechtigkeit) zeigt der Autor auf, wie schwierig es für rechtsstaatlich gesinnte Politikerinnen und Politiker nach ihrer Regierungsübernahme ist, Verfassungsgerichte wieder zu stärken. Welche Lehren westliche Demokratien aus dem Vorgehen extremer politischer Kräfte ziehen können, stellt die Arbeit am Beispiel Deutschlands dar, wo bereits 2024 Konsequenzen gezogen wurden und der Schutz des Bundesverfassungsgerichts gestärkt wurde. Die Arbeit untersucht auch, welche Möglichkeiten die EU hat, solchen disruptiven Veränderungen entgegenzuwirken. Folgende Fragen werden diskutiert: Wie tragen Verfassungsgerichte zum Schutz der liberalen Demokratie bei? Auf welche Weisen sind Verfassungsgerichte angreifbar? Und wie lassen sich solche Eingriffe verhindern bzw. wie kann ihnen entgegengewirkt werden?

Zur Beantwortung dieser Fragen hat der Autor u. a. die ehemalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger interviewt. Daneben hat der Autor den promovierten Rechtswissenschaftler Max Behrend befragt. Zusätzlich hat Herr Flämig umfangreiche Fachliteratur herangezogen, u. a. vom ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes Prof. Dr. Andreas Voßkuhle. Die Ergebnisse aus den Interviews und Unterlagen sind klug in die Arbeit eingearbeitet. Diese gut geleistete Eigenarbeit ist ein Qualitätsmerkmal der Arbeit. Die Jury lobt die interessante Herangehens- und sorgfältige Arbeitsweise einschließlich der differenzierten und deswegen ergiebigen Fragen in den Interviews. Auch

das Fazit überzeugt mit dem Hinweis auf die Bedeutung einer engagierten Zivilgesellschaft, in der der zentrale Status des Rechtssystems stabil verankert sein muss. In Erinnerung bleibt zudem die Warnung der ehemaligen Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, dass man „eine Demokratie schleichend verändern [kann], ohne dass dieser Prozess gleich vom Verfassungsgericht gestoppt werden könnte“.

Mit der Demokratieförderung an der eigenen Schule hat sich **Sarah Müller** vom Simpert-Kraemer-Gymnasium in Krumbach beschäftigt. Sie stellte sich die Frage: **Wie werden demokratische Werte am Simpert-Kraemer-Gymnasium gefördert?**

Die Autorin beleuchtet zunächst die verschiedenen Vorgaben des bayerischen Kultusministeriums für die politische Bildung an der Schule, stellt Möglichkeiten zur Vermittlung demokratischer Werte vor und analysiert mithilfe von selbst entworfenen Umfragen und Interviews die Umsetzung an ihrer eigenen Schule. Schließlich schlägt sie Möglichkeiten zur Erweiterung der demokratischen Bildung vor.

Auf Grundlage der qualitativen Daten wird ein repräsentatives Abbild der Realität erzeugt, aus dem sich Tendenzen hinsichtlich der Bedeutung der politischen Bildung an ihrer Schule und ihres Beitrags zur Förderung demokratischer Kompetenzen bei jungen Menschen ableiten lassen. Frau Müller beschreibt das Pflichtprogramm der Schulen im Bereich der politischen Bildung, auch die fächerübergreifenden Vorgaben. Die Verfassungsviertelstunde ist eine zusätzliche Chance, um die Schüler näher an die Demokratie heranzuführen. Ihr Gymnasium gehe über das obligatorische Angebot an demokratischer Bildung hinaus. Die Umfrage bei den Schülern lässt deren Wünsche erkennen: Knapp 50% fühlen sich noch nicht gut über Demokratie informiert. Wichtig ist ihnen, dass die Meinungsfreiheit im Unterricht mehr Gewicht erhält, da sie sich teilweise nicht gehört fühlen. Zudem empfinden sie ihr eigenes Mitbestimmungsrecht im Unterricht und für die Schulgestaltung als zu gering. Hierfür könnten die Lehrkräfte mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten in ihren Unterricht einbauen. Auch Wahlen wie die Juniorwahlen werden von über 90% der Schüler gewünscht. Die Arbeit sieht andererseits den begrenzten Handlungsspielraum der Schule: Fehlende Zeit scheint eine der Ursache zu sein. Hier sollte, so die Autorin, das Kultusministerium mehr Spielräume eröffnen.

Der Jury gefiel besonders das originelle Thema und die eigenständige Herangehensweise. Die Untersuchung macht einen in sich stimmigen und „runden“ Eindruck. Die Verfasserin fasst die grundsätzlichen Ziele und Methoden der Demokratiepädagogik gut zusammen. Die Befragungen deckten auch coura-

giert Spannungsfelder an der Schule auf: Wie steht es um die Meinungsfreiheit? Reicht der normale Unterricht, um ausreichend Basisinformationen zu vermitteln. Wo lassen sich noch Diskussions- und Partizipationsräume an der Schule erweitern?

Der Laudator ergänzt. Wer immer sich mit politischer Bildung und Demokratieförderung an der Schule befasst: Ein Blick in diese Arbeit, ihre Methodik und die Ergebnisse lohnt sich. Sie könnte Ansporn für Schulleitungen und Fachschaften sein, die Situation an der eigenen Schule in ähnlicher Weise zu durchleuchten und geeignete Schlüsse zu ziehen.

Die Arbeit von **Carolyn Ruppert** vom Dr. Johanna-Decker-Gymnasium Amberg der Schulstiftung der Diözese Regensburg befasst sich mit **Russischer Propaganda durch Fake News**.

Um die russische Medieninszenierung besser zu verstehen, beschäftigt sich diese Arbeit insbesondere mit folgenden drei Fragen: Welche Prinzipien der Kriegspropaganda werden angewandt? Unter welchen Bedingungen können Journalisten in Russland berichten? Inwiefern ist russische Propaganda auch in Deutschland präsent?

Nach einer Definition von Propaganda und Fake News analysiert Frau Ruppert Putins Informationskrieg und die Prinzipien seiner Kriegspropaganda. Einen größeren Raum stellt die Darstellung der Rahmenbedingungen für die journalistische Berichterstattung sowie die Plattformen der Propaganda dar, u. a. mit der Rolle des Staatsfernsehens und der von Sozialen Netzwerken – wird doch der Russland-Ukraine-Konflikt als der erste „Tik-Tok-Krieg der Geschichte“ wahrgenommen.

Die Autorin beschäftigt sich sehr eindringlich mit der russischen Propaganda in Deutschland und der Bedeutung Deutschlands für Moskau, u. a. durch die AfD. Am Beispiel von Alina Lipp – bis 2021 engagiert bei Bündnis 90/die Grünen und nun in der russisch besetzten Region Donez lebend – problematisiert die Autorin die Rolle von pro-russischen Desinformationskampagnen.

In ihren Schlussgedanken beschäftigt sich die Autorin mit der Frage der Glaubwürdigkeit von Propaganda in Russland. Das von der Autorin durchgeführte Telefon-Interview mit Gesine Dornblüth, Journalistin vom Deutschlandfunk, fördert aktuelle Einblicke in die Medienlandschaft in Russland zutage. Die Journalistin ist der Meinung, die Bürgerinnen und Bürger wüssten, dass die Staatsmedien von Propaganda gesteuert sind. Es ist ihnen jedoch egal. Dornblüth meint, dass „die Menschen [nicht daran glauben], dass es Fakten und Wahrheiten gibt. Sie sind der Meinung, dass alle lügen und versuchen ihre eigene Sache zu machen“. Das wiederum „führt zu einer unglaublichen Passivität und Antipathie.“

Pluspunkte der Arbeit sind die historischen Bezüge und die multiperspektivischen Zugänge zur Problematik der Medienaktivitäten Russlands. Dazu kommen die klare Strukturierung wie auch der hohe Anteil an Eigenaktivität.

Simon Tuschak vom Camerloher-Gymnasium Freising untersuchte die **Wahlkampfstrategien von AfD und FPÖ**.

Die Arbeit beschäftigt sich mit den jeweiligen rhetorischen und inhaltlichen Strategien, mit dem Ziel noch unentschlossene Wähler zu mobilisieren und etablierte Wähler zu binden. AfD und FPÖ wurden für die Arbeit ausgewählt, da sie in der Politik ihres Landes durch ihre Wahlerfolge eine zentrale Rolle spielen.

Hervorzuheben ist die Analyse mit ausgewähltem Wahlkampfmaterial, darunter Plakate, Programme und Wahlwerbespots. Aufschlussreich ist das vergleichende Fazit. Als Strategien herausgearbeitet wurden, hier in Kurzform: Betrug am Volk, Rhetorik der Angst, einfache Lösungen, bessere Vergangenheit, kriminelle Ausländer, Fürsprecher des Volkes, Freund-Feind-Schemata und Kollektivierung und Abwertung von Parteien. Diese Strategien treten sowohl alleine, zumeist aber verschränkt in Kombination innerhalb eines Plakats, Wahlwerbespots oder Programms auf. Am häufigsten wurde in den untersuchten Medien die Strategie „Rhetorik der Angst“ verwendet. Am zweithäufigsten wurde die Strategie „Betrug am Volk“ eingesetzt, etwas öfter bei der AfD. Die Strategie „Fürsprecher des Volkes“ wird von der FPÖ bevorzugt, auch in Verbindung mit der Selbstbezeichnung Herbert Kickls als „Volkskanzler“. Die wiederholte Erzählung vom „Betrug am Volk“ funktioniert besonders gut durch die generelle Rhetorik der Angst, die vor kriminellen Ausländern warnt. Wiederholt erscheint die Grundannahme des Rechtspopulismus von einer antagonistischen Beziehung zwischen dem wahren und guten Volk und den bösen und korrupten Eliten, wobei alle „Fremden“ als Feindbild dienen.

Auch hier war die Jury vom hohen Anteil an Eigenaktivität beeindruckt wie auch von der klugen Auswahl des Materials. Die aus der Sekundärliteratur erarbeiteten Analysekriterien werden sinnvoll angewendet, Untersuchungsergebnisse plausibel zusammengefasst.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner überreichte anschließend die Urkunden und gratulierte zu den Erfolgen. Der Vorsitzende übergab die nach Platzierung (siehe unten) abgestuften Geldbeträge (1 x 300 €, 1 x 200 €, 3 x 100 €), Frau Prof. Dr. Münch die Gutscheine der Akademie für politische Bildung Tutzing. Die Veranstaltung klang bei einem Imbiss aus, zu dem die Landtagspräsidentin geladen hatte.



Die Preisträgerinnen und Preisträger v. l. n. r.: Paula Büchl, Sarah Müller, Carolin Ruppert, Noah Flämig, Simon Tuschak

Quelle: Matthias Balk, Bildarchiv Bayerischer Landtag

Die Preisträgerinnen und Preisträger und ihre Arbeiten :

1. Preis: **Noah Flämig** (Christoph-Probst-Gymnasium Gilching): **Rolle und Absicherung von Verfassungsgerichten**

2. Preis: **Simon Tuschak** (Camerloher-Gymnasium Freising): **Die Wahlkampfstrategien von AfD und FPÖ**

3. Preis: **Paula Büchl** (Gymnasium Höchststadt an der Aisch): **Thematische Annäherung etablierter Parteien an Rechtsaußenparteien am Beispiel der Union und der AfD**

Carolin Ruppert (Dr. Johanna-Decker-Gymnasium Amberg): **Russische Propaganda durch Fake News**

Sonderpreis Politische Bildung:

Sarah Müller (Simpert-Kraemer-Gymnasium Krumbach): **Wie werden demokratische Werte am Simpert-Kraemer-Gymnasium gefördert?**

Stellungnahme des DVPB-Landesvorstandes Bayern zum Gutachten „Lehrkräftebildung für das 21. Jahrhundert“ und zur Diskussion um die Einführung einer Hymnenpflicht an bayerischen Schulen

Im Juli 2023 fiel der Startschuss für eine vom Bayerischen Ministerrat eingesetzte dreizehnköpfige Expertinnen- und Expertenkommission mit der Aufgabe, Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Lehrkräftebildung in Bayern zu erarbeiten.

Die Kommission bestand aus einem Studierendenvertreter, sechs Vertreterinnen und Vertretern aus den Lehrkräfteverbänden und sechs Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus den bayerischen Universitäten. Beratend waren die Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus sowie für Wissenschaft und Kunst eingebunden.

Nach eineinhalb Jahren Beratung legten die Kommissionsmitglieder im Dezember 2024 ein Gutachten mit dem Titel „Lehrkräftebildung für das 21. Jahrhundert: Attraktivität und Qualität durch Professionsbezug und Wissenschaftsorientierung“ dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus vor. Dieses Gutachten wurde am 7. Mai 2025 offiziell veröffentlicht.

In der Kommission wurden u. a. Themen wie Attraktivität der Lehrkräftebildung, Studienerfolg, Flexibilität und Praxisphasen diskutiert und beraten.

Zu den Empfehlungen zählten u. a.:

- mehr Praxisorientierung im Studium,

- engere Verzahnung von Studium, Referendariat und Fortbildungen,
- Weiterentwicklung der Schulpraktika,
- erhöhte Aufmerksamkeit für den inklusiven Umgang mit Heterogenität.

Das Gutachten formuliert entsprechende Vorschläge und stellt damit eine wichtige Grundlage für eine Neuausrichtung der Lehrkräftebildung in Bayern dar (s. <https://www.km.bayern.de/download/Gutachten-zur-Weiterentwicklung-der-Lehrkraeftebildung-in-Bayern.de>).

Innerhalb des DVPB-Landesvorstandes hat sich eine Arbeitsgruppe intensiv mit den Empfehlungen der Kommission auseinandergesetzt. Wir dokumentieren nachfolgend die Stellungnahme sowie die jeweiligen Antworten aus den Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus sowie dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst.

Auch hat sich der Landesvorstand Bayern Ende 2025 zur Einführung der Hymnenpflicht an Bayerischen Schulen geäußert. Diese finden Sie ebenfalls nachfolgend.

Stefan Rappenglück, Vorstandsvorsitzender DVPB / Landesverband Bayern

Stellungnahme zum Gutachten der Expertinnen- und Expertenkommission zur Lehrkräftebildung für das 21. Jahrhundert: Attraktivität und Qualität durch Professionsbezug und Wissenschaftsorientierung



Vorwort

Um den vielschichtigen, kontroversen und zum Teil extremistischen Weltanschauungen in der Gesellschaft sowie (inter-)kulturellen Herausforderungen Rechnung zu tragen, erscheint es geboten, fundierte, überfachliche Demokratiebildung in den drei Phasen der Lehrkräftebildung verbindlich zu verankern. Aufgrund zunehmender extremistischer Strömungen in unserer Gesellschaft in Bereichen wie Politik, Kultur und Religion

bedarf es unterrichtspraktischer Handlungsstrategien („Core Practices“), die die Lehrkräfte bei Konfrontation mit entsprechenden politischen sowie religiösen Weltanschauungen anwenden können und somit ihre berufliche Resilienz stärken. Um die Lehrkräfte für Demokratiebildung zu sensibilisieren, sind domänenspezifische Kompetenzen nötig wie kognitive, prozedurale und habituelle Kompetenzdimensionen. Dabei spielt das Fachwissen im Rahmen der Demokratiebildung eine nicht zu unterschätzende Rolle, die sich auch auf die anderen Kompetenzbereiche fundamental erstreckt. Diese Kompetenzanbahnung könnte die Universität in der ersten Ausbildungsphase gewinnbringend durch ein Basismodul für alle Lehramtsstudiengänge durchführen.

Ausgehend von diesen Überlegungen hat sich eine Expertengruppe des Landesverbands Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung intensiv mit dem Gutachten auseinandergesetzt. Beteiligt waren DVPB-Mitglieder, die in allen Phasen der bisherigen Lehrkräftebildung aktiv sind und fundierte Erfahrungen einbringen konnten – sei es aus ihren Tätigkeiten an Universitäten, Akademien oder in verschiedenen Schularten.

Vorab begrüßt die Expertengruppe, dass Themenschwerpunkte wie Inklusion und Heterogenität, die mit Blick auf die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen den Schulalltag dominieren, im Gutachten bereits ausführlich berücksichtigt sind.

Jedoch gibt es Aspekte, die Fokussierungsbedarf in allen Phasen der Lehrkräftebildung aufweisen. Der

Landesverband Bayern der DVPB regt aufgrund der Empfehlungen 1, 5, 7, 10, 11 und 12 des Gutachtens nachfolgend unter Punkt 1 die Einrichtung eines Basismoduls Demokratiebildung und unter Punkt 2 die Stärkung personeller und finanzieller Ressourcen in allen drei Ausbildungsphasen an; außerdem zeigt er unter Punkt 3 die Sicherstellung von Gelingensbedingungen für eine nachhaltige Demokratiebildung an Schulen auf.

1. Empfehlung: Einrichtung eines Basismoduls Demokratiebildung

Das Gutachten weist zu Recht und wiederholt auf die Veränderung des Berufsfelds einer Lehrkraft hin. Wir beziehen uns auf folgenden Absatz im Gutachten (S.14):

„Aufgrund der stetigen und derzeit besonders dynamischen Weiterentwicklung von Schule – etwa durch Digitalisierung und künstliche Intelligenz, zunehmende Heterogenität und Inklusion, den Auftrag der Grundlegung von Demokratiebildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung in jeder Schulart – sind die Herausforderungen, vor denen eine Lehrkraft steht, nicht mehr vergleichbar mit früher.“

Um den aktuellen und gesellschaftlichen Herausforderungen im Schulalltag kompetent begegnen zu können, bedarf es an den Universitäten für alle Lehramtsstudiengänge der Einführung eines verpflichtenden Demokratiebildungsmoduls, das durch die Fachdidaktik Politik und Gesellschaft durchgeführt wird, um Kernkompetenzen in diesem Bereich bei den Lehramtsstudierenden fächerübergreifend anzubahnen. Jede Lehrkraft muss fachlich, didaktisch und methodisch mit allen Formen von demokratiegefährdenden und verfassungsfeindlichen Positionen in der Klasse umgehen lernen. Dies umfasst zudem fremdenfeindliche, sexistische und extremistische Bemerkungen, Vorfälle, anstößige Inhalte und Anfeindungen im Klassenzimmer und im schulischen Umfeld. Wenn sich Studierende auch für solche Herausforderungen gut vorbereitet und gerüstet sehen, dürften manche Vorbehalte und Ängste vor dem Unterrichtsalltag ausgeräumt werden. Auch dies hält der Verband für einen hilfreichen Baustein, die Attraktivität des Lehrberufs zu sichern und einen professionellen Umgang mit neuen Entwicklungen

sicherstellen. So ist ein Basismodul zur Demokratiebildung denkbar, das "Core Practices" thematisiert, um die Studierenden gezielter auf den Lehrberuf vorbereiten zu können. Dieses Modul müsste neben fachdidaktischen Grundlagenkenntnissen auch praktische Handlungsmöglichkeiten beinhalten und es ermöglichen, die Studierenden bereits im universitären Kontext bestmöglich auf die zweite Phase und den künftigen Lehrberuf vorzubereiten. So wird man erreichen, dass Lehrkräfte mit dem ersten und zweiten Staatsexamen langfristig dem Lehrdienst erhalten bleiben und eine kontinuierliche und erfüllende Berufsbiografie vorweisen. Ebenso sollte in der zweiten Phase in Grundfragen staatsbürgerlicher Bildung bzw. durch eine entsprechende Qualifizierung aller Seminarlehrkräfte die entsprechenden Inhalte bzgl. Demokratiebildung geschärft werden.

Als Verband, der sich insbesondere der Förderung der politischen Bildung und der Demokratiebildung verpflichtet fühlt, schlagen wir deshalb unter Vorbehalt einer personellen und finanziellen Aufstockung die Einrichtung eines Basismoduls Demokratiebildung vor.

2. Empfehlung: Stärkung personeller und finanzieller Ressourcen in allen drei Ausbildungsphasen

Die Qualitätssteigerung und -sicherung in allen drei Phasen der Lehramtsbildung und deren Verzahnung erfordert sinnvollerweise eine Aufstockung des Personalbestandes und die Erhöhung allgemeiner Ressourcen, wie dies schon im Gutachten zur Weiterentwicklung der Lehrkräftebildung im Hinblick auf die Universitäten genannt wird: „[Es] müsste dafür gesorgt werden, dass dort in allen Bereichen der Lehrkräftebildung, also in den Fachwissenschaften, den Fachdidaktiken und den Bildungswissenschaften, hohe Expertise in Form von Professuren zur Verfügung steht“ (Gutachten, S. 38). Grundsätzlich erscheint es unabdingbar, dass die zunehmende Professionalisierung in der Lehrkräftebildung nur über (empirische) Forschung und Anfertigung von domänenspezifischen wissenschaftlichen Studien unter der Maßgabe eines Expertenteams im Rahmen von Professuren (explizit Lehrstühlen) erfolgen kann.

Die bisherige Praxis, viele Fachdidaktiken ausschließlich mit Fachvertretungen auf der Mittelbauebene auszustatten, stößt hier klar an Grenzen.

Zudem benötigt es eine höhere Personaldecke und finanzielle Ressourcen, um alle drei Säulen und Phasen der Lehrkräftebildung sinnvoll miteinander zu verzahnen. Darüber hinaus müssen auch finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden, um (digitale/KI-

gestützte) Lehr-/Lernmittel anzuschaffen und effizient einzusetzen.

3. Empfehlung: Sicherstellen von Gelingensbedingungen für eine nachhaltige Demokratiebildung an Schulen

Alle Bemühungen, die Lehrkräftebildung zu professionalisieren, können nur von Erfolg gekrönt sein, wenn sich die Maßnahmen in der ersten und zweiten Phase dann im Alltag aller Schularten entfalten können. Das zielt insbesondere auf die Rahmenbedingungen in der dritten Phase (vgl. Empfehlung des Gutachtens). Um beste Realisierungschancen und Gelingensbedingungen für eine nachhaltige Demokratiebildung sicherstellen zu können, ist der Blick auf diese Aspekte zu richten:

Die Angebote der zentralen, regionalen, lokalen und der schulinternen Lehrerbildung sind verstärkt an der Frage zu orientieren, wie Lehrkräfte für den Unterrichtsalltag „demokratie-sicher“ gemacht werden können und wie man diese Kompetenzen nachhaltig erhalten kann. Erste Ansätze finden sich im Gutachten der Kommission in der Empfehlung 7, bleiben aber ohne Konkretisierung.

Bei künftigen Lehrplanentwicklungen ist das Thema Demokratiebildung deutlicher und verpflichtender in alle Fachlehrpläne entsprechend dem Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen und der Verfassungsviertelstunde einzubinden; diese Verankerung führt dann zwangsläufig dazu, dass Demokratiebildung in den Veranstaltungen der vier Ebenen der Lehrerfortbildung Berücksichtigung findet. Eine engere Verzahnung mit Fachthemen ist aus der Sicht von Praktikerinnen und Praktikern relativ leicht und für jede Altersstufe machbar. Der verpflichtende Charakter der Lehrpläne würde die Nachhaltigkeit der Demokratiebildung unterstützen.

Der Stellenwert der Demokratiebildung an einer Schule darf nicht vom mehr oder weniger starken Engagement der Schulleitung bzw. einzelner Lehrkräfte abhängig sein. Schulleitungen sind verantwortlich dafür, wie und wo sich Demokratiebildung als nachhaltige Querschnittsaufgabe im Sinne einer verpflichtenden Aufgabe der Schulentwicklung im Schulleben deutlich widerspiegelt, und zwar über einzelne Projekte hinaus. Der Stellenwert politischer Bildung, u. a. durch die Verfassungsviertelstunde und die Umsetzung des Gesamtkonzepts für die Politische Bildung, sollte bei internen und externen Evaluationen stärker berücksichtigt werden.

Wenn Lehrkräfte stets einen zuverlässigen Rückhalt in ihren Bemühungen bei der Schulleitung finden, lassen sich Ängste verringern. Und diese Sicherheit

wird den Lehrberuf mittelfristig für junge Leute attraktiver machen und kann beitragen, das außergewöhnlich hohe Maß an Schwundquoten während des Studiums zu verringern (vgl. Gutachten, S. 10).

Angebot

Aufgrund der Erfahrungen und der Expertise des Landesverbands Bayern der DVPB in allen drei Phasen der Lehrkräftebildung bieten wir an, an einem

Lenkungskreis gemäß den Empfehlungen des Gutachtens mitzuwirken.

Gerne bringen wir unsere Anregungen in die Diskussion ein und leisten damit einen Beitrag zur stärkeren Verankerung von Demokratiebildung in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften.

Darin sehen wir auch eine Möglichkeit der konstruktiven Vernetzung mit bereits bestehenden und geplanten Vorhaben wie beispielsweise Teachers for Democracy (T4D), um Synergieeffekte zu evozieren.

München, 16.12.2025

Antwortschreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus



**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**

Ihre Stellungnahme zum Gutachten „Lehrkräftebildung für das 21. Jahrhundert: Attraktivität und Qualität durch Professionsbezug und Wissenschaftsorientierung“

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Rappenglück,

Frau Staatsministerin Anna Stolz dankt für Ihr Schreiben vom 16.12.2025, in dem Sie zu den Empfehlungen der Expertenkommission Stellung nehmen sowie konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung

und Umsetzung übermitteln. Sie hat mich gebeten, Ihnen zu antworten. Ergänzend zum Schreiben von Herrn Ltd. MR Philipp Holzheid vom 18.01.2026 (AZ: U.4 H2496.0/136/2) darf ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Ich freue mich sehr über Ihre Rückmeldung und auch über die Unterstützung, die das Gutachten „Lehrkräftebildung für das 21. Jahrhundert: Attraktivität und Qualität durch Professionsbezug und Wissenschaftsorientierung“ von Ihnen erhält. Ihr Schreiben und die damit verbundenen Anregungen und Akzentuierungen beziehen wir gerne in weitere Überlegungen mit ein. Ich habe mir erlaubt insb. Ihre drei konkreten Empfehlungen ggf. an fachlich zuständige Referate innerhalb des Staatsministeriums weiterzuleiten.

Für Ihre Bereitschaft, den Prozess zur Weiterentwicklung der Lehrkräftebildung aktiv zu begleiten, möchte ich Ihnen herzlich danken.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Christian Hübler
Ministerialrat

Antwortschreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst

Ihre Stellungnahme zum Gutachten „Lehrkräftebildung für das 21. Jahrhundert“

Sehr geehrter Herr Professor Rappenglück,

haben Sie Dank für Ihr Schreiben vom 16.12.2025, in dem Sie, stellvertretend als Vorsitzender des Landesverbandes Bayern der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, Stellung nehmen zum Gutachten „Lehrkräftebildung für das 21. Jahrhundert“



Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst

und eigene Vorschläge zur Weiterentwicklung der Lehrkräftebildung in Bayern und zur Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission übermitteln.

Ihre Unterstützung der im Gutachten formulierten Forderungen hinsichtlich der Themenbereiche Inklusion und Heterogenität sowie die Berücksichtigung von „Core Practices“ schätze ich sehr.

Die Empfehlungen der Expertenkommission stellen insgesamt einen vielversprechenden Ausgangspunkt für zukünftige Überlegungen bzgl. einer Weiterent-

wicklung der Lehrkräftebildung dar. Gegenwärtig werden diese mithilfe von verschiedenen Arbeitsgruppen konkretisiert und in einen Masterplan zur Weiterentwicklung der Lehrkräftebildung integriert. Ihre Anregungen zur Einrichtung eines Basismoduls Demokratiebildung sowie zur Sicherstellung von Gelingensbedingungen für eine nachhaltige Demokratiebildung an Schulen beziehen wir dabei gerne in weitere Überlegungen mit ein.

Für Ihre Bereitschaft, den Prozess zur Weiterentwicklung der Lehrkräftebildung aktiv durch die Expertise des Landesverbands Bayern der DVPB zu begleiten und zu unterstützen, möchte ich Ihnen – auch im Namen meines Kollegen Herrn Ministerialrat Hübler aus dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, dem ich einen Abzug Ihres Schreibens zur Kenntnis habe zukommen lassen – herzlich danken.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Philipp Holzheid
Leitender Ministerialrat

Stellungnahme des DVPB LV Bayern zur Hymnenpflicht an Schulen



Der Landesverband Bayern der DVPB umfasst bayernweit Mitglieder aus Schulen, außerschulischen Bildungseinrichtungen und Hochschulen.

Wir begrüßen das Ziel der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Maßnahmen, die aber als Symbolpolitik daherkommen, so wie der Vorschlag, bei Zeugnisvergaben die Nationalhymne, das Bayernlied und / oder die Europhymne „von oben herab“ verpflichtend zu singen, taugen aus unserer Sicht nicht, dieses Ziel zu erreichen.

Wichtiger und nachhaltiger gedacht sind Maßnahmen der politischen Bildung, die eine Identitätsstif-

tung im Sinne demokratischer Überzeugung und Wertorientierung fördern.

Dazu gehört als ein Baustein von vielen die Reflexion der Hymnen, deren Texte und Melodien in unterschiedlichen Jahrgangsstufen in den Lehrplänen verankert sind.

Darüber hinaus gehört dazu die bewusste und freiwillige Entscheidung, sie bei feierlichen Ereignissen zu singen, so wie dies auch bisher schon der Fall an vielen Schulen ist.

Für den Landesverband Bayern
Prof. Dr. Stefan Rappenglück (1. Vorsitzender)

Save the date: Jahrestagung der DVPB LV Bayern



Gesellschaftliche Resilienz stärken – Zum Umgang mit multiplen Bedrohungen in Gegenwart und Zukunft



In Zusammenarbeit mit der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, LV Bayern e.V. und der Europäischen Akademie Bayern e.V.

23. – 24. Oktober 2026 | Akademie für Politische Bildung, Tutzing

Tagungsleitung:

Jörg Siegmund, M.A. / Dr. Gero Kellermann (Akademie für Politische Bildung)

Prof. Dr. Stefan Rappenglück (Deutsche Vereinigung für Politische Bildung, LV Bayern e.V.)

Dipl. Jur. Dipl. Pol. Birgit Boeser (Europäische Akademie Bayern e.V.)

Programmübersicht (genauere Informationen finden Sie ab Anfang August auf unserer Homepage www.dvpb-bayern.de):

Freitag, 23. Oktober 2026

15.15 Uhr Begrüßung und Einführung
Jörg Siegmund, M.A.
Prof. Dr. Stefan Rappenglück

I. Grundlegende Perspektiven

15.30 Uhr **Resilienz als gesellschaftliche Ressource**
Soziologische Perspektive
Politikwissenschaftliche Perspektive
Psychologische Perspektive

17.15 Uhr Diskussion der Vorträge

19.30 Uhr **Mitgliederversammlung der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, Landesverband Bayern e.V.**

Samstag, 24. Oktober 2026

II. Handlungsfelder

9.00 Uhr **Resilienz und Bildung**
10.00 Uhr **Resilienz und Medien**
11.15 Uhr **Resilienz, Staat und Zivilgesellschaft**
14.00 Uhr **Gesellschaftliche Resilienz – was können wir von unseren europäischen Partnern lernen?**

III. Politische Perspektiven

15.00 Uhr **Die resiliente Gesellschaft gemeinsam gestalten: Was Politik leisten kann!**
Podiumsdiskussion
16.30 Uhr Ende der Tagung

Teilnahmegebühr (mit Übernachtung): 105.- € (für DVPB-Mitglieder: 75.- €)

Anmeldung über die Akademie für Politische Bildung, voraussichtlich ab Ende Juli unter:
www.apb-tutzing.de/p/43-1-26



Werde jetzt Mitglied!

DVPB | Bayern

DVPB**DEUTSCHE
VEREINIGUNG FÜR
POLITISCHE BILDUNG E.V.**

Überparteilich, unabhängig, der politischen Bildung in all ihren Facetten verpflichtet. Die DVPB Bayern ist Partnerin, Beraterin und kritische Beobachterin aller, die für politische Bildung in unserer Demokratie Verantwortung tragen.



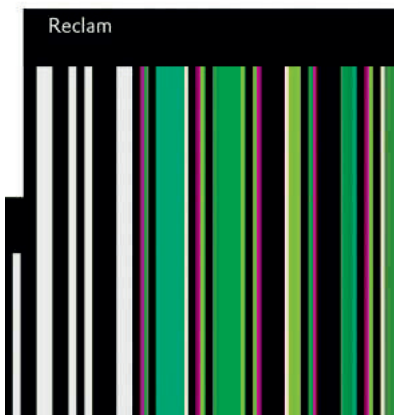
[https://www.
dvpb-bayern.de/](https://www.dvpb-bayern.de/)

Vorder- und Rückseite unserer neuen DVPB-Karte, die künftig den bisherigen Werbeflyer ersetzen wird;
Entwurf: Sonja Zimmermann und Franziska Seitz-Vahlensieck

Felix Heidenreich: Demokratie unter Druck. Ein Republikanismus der Nachhaltigkeit. Ditzingen 2026: Reclam Verlag. 160 S., € 8.-

[Was bedeutet das alles?]

Felix Heidenreich
Demokratie unter Druck
Ein Republikanismus
der Nachhaltigkeit



Felix Heidenreich richtet einen besonders interessanten Blick auf das Problem der Gefährdung der Demokratie. Er betrachtet die Demokratie nicht nur als von ihren links- und rechtsextremen oder islamistischen Gegnern gefährdet, sondern er begründet die Gefahr für die Demokratie mit der Selbstabschaffung des Liberalismus. Indem die fundamentalen Kernbestandteile des Liberalismus, der Individualismus und die Privatisierung, der Marktmechanismus u. a. ausgeweitet werden, besteht die Gefahr einer Selbstzerstörung der Grundlagen der Demokratie, so sein Kernargument (S. 9f.).

Die Gefahren sind also die Radikalisierung der demokratischen Grundwerte, der Individualismus, die Privatisierung in „ihrer Vereinseitigung“: „Das störrische Beharren auf einer zur rücksichtslosen Selbstentfaltung verkommenen falschen Freiheit gefährdet die echte Freiheit. Am Ende gilt: Egoismus ist gut, Schwäche verachtenswert.“ (S.10)

Diese These begründet Heidenreich, indem er zunächst die Realpolitik, so wie sie bei Donald Trump zu sehen ist, beschreibt: die Missachtung der Sozialbeziehungen, die Politik nach

dem Prinzip „das Recht des Stärkeren, die Außenpolitik, die sich nicht an bisher gültige Regeln oder an das Völkerrecht hält, eine ‘Schutzgelderpressung’ gegenüber den Europäern“ etc.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen führen die theoretischen Darstellungen sodann zu fundamentalen Einsichten.

Da die ethischen Aspekte für die Stabilität der Demokratie von Bedeutung sind, skizziert Heidenreich „Das Projekt der liberalen Demokratie“ im Zusammenhang mit der Bedeutung des Christentums für die Entwicklung des liberalen Menschenbildes (S. 21 ff.). Durch Verweise auf persische und buddhistische Traditionen (S. 28 f.) widerlegt er jedoch die These, es existiere ein „westliches Alleinstellungsmerkmal“ des Projektes der liberalen Demokratie. Andererseits stellt er die Entwicklung des – wie er es nennt – „liberalen Projektes“ dar. Es handelt sich um die Entwicklung der politischen Ideengeschichte im Kontext der historischen Entwicklung (S. 33 ff.).

Da die Demokratietheorie einer großen Anzahl von Vertretern der politischen Philosophie (von Aristoteles über Augustinus, Thomas Hobbes, John Locke u. a.) im historischen Kontext vorgestellt und kurz hinsichtlich ihrer Grundideen charakterisiert werden, lesen sich die entsprechenden Passagen oft wie eine knappe Einführung in die politische Ideengeschichte.

Dies gilt nicht nur, wenn es um den Vergleich der Demokratietheorien von John Locke und Thomas Hobbes geht (S. 33 ff.), sondern auch für die Darstellung von Lockes theoretischer Begründung der Demokratie. Dabei sieht Felix Heidenreich schon in der Grundannahme der Verbindung von Freiheit und Eigentum den Kern für die neoliberale politische Entwicklung (S.43 ff.). Deshalb sollten, so seine weiterführende Argumentation, zu dieser den Liberalismus begründenden Demokratietheorie auch die Positionen von John Stuart Mill und John Rawls mitbedacht werden, weil dadurch die Bedeutung der sozialen Interaktionen, der Pluralismus und die Sozialbeziehungen mit dem Zerrbild vom atomisierten Individuum

(S. 51) kontrastiert werden. Dies gilt in besonderem Maße für die Theorie von John Jacques Rousseau, dessen Gemeinwohlorientierung die Grundidee des „Republikanismus“ sei.

Da sich der Liberalismus nach der Beobachtung des Autors besonders unter den Bedingungen des Ost-West-Konfliktes zum Neoliberalismus und dann zu Narzissmus mit der Fixierung auf die Durchsetzung ökonomischer Interessen entwickelt hat, sollten aus der Analyse der Entwicklung des Liberalismus die notwendigen Konsequenzen für die Demokratietheorie und für die politische Praxis gezogen werden. Sie bestehen im Konzept des Republikanismus, also darin, die „Überführung von kurzfristigen Einzelinteressen in ein langfristiges Kollektivinteresse (zu) organisieren“ (S. 95). Nur so könne verhindert werden, dass der Narzissmus, der Zynismus, das Verleugnen der Regeln und die Moral der Reichen, eine Verhaltensweise, welche Heidenreich besonders bei Donald Trump veranschaulicht, zum Verlust des sozialen Vertrauens, zu weniger Kooperationserfahrung bei der Bevölkerung führt (S. 73 ff.). Denn „wo sich der Liberalismus ein ungebundenes, souveränes Individuum vorstellt, beschreibt der Republikanismus Freiheit als eine soziale Erfahrung“ (S. 101).

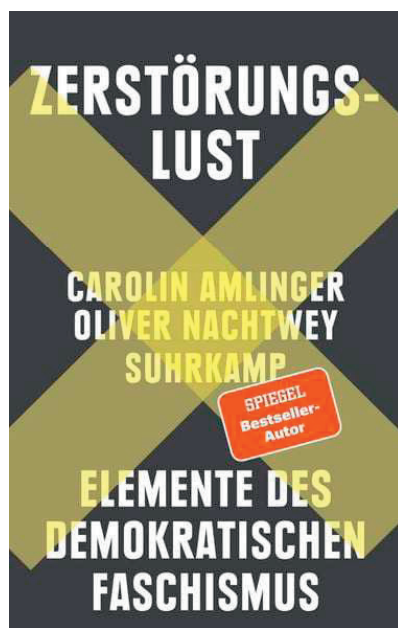
Nach der Darstellung dieser Widersprüche beschreibt der Autor allerdings auch die Überschneidungen zwischen Liberalismus und Republikanismus. Denn da Individualität geschützt werden muss, gehört diese Aufgabe zu dem am Gemeinwohl orientierten Republikanismus. Letztlich besteht dann kein Widerspruch zwischen Liberalismus und Republikanismus, wenn Liberalismus sich nicht zum Neoliberalismus und zu Narzissmus entwickelt. Zudem behandelt Heidenreich viele Beispiele für die Notwendigkeit der sozialen Bedingungen, die für die Entwicklung der Individualität notwendig sind.

Theoretisch wurde, das wird dem Leser deutlich, der „Republikanismus der Nachhaltigkeit“ im Sinne dieser Sichtweise der Verknüpfung der Individualität und Sozialität schon im Menschenbild von Aristoteles be-

gründet. Praktisch ergibt sich aus der Sichtweise einer Überwindung eines falsch verstandenen Individualismus durch „einen Republikanismus der Nachhaltigkeit“ die Notwendigkeit eines stärkeren Engagements der Bürger/innen für die Demokratie, besonders auf kommunaler Ebene. Nur so können sie zur Bewältigung der strukturellen Überforderungen der liberalen Demokratie, die Heidenreich auch skizziert (S. 128 ff: Migration, Umweltschutz, Probleme der Digitalisierung, Cyberattacken und Terroranschläge etc.) beitragen. Die Einsicht in die Notwendigkeit des Engagements als Bürger/in wird den Leser/innen des Bändchens umfassend mit Hilfe politiktheoretischer / ideengeschichtlicher Exkurse und praktisch durch Beispiele zur Unterstützung der Nachhaltigkeit in der Demokratie vorgeführt.

Carl Deichmann, Jena

Carolyn Amlinger / Oliver Nachtwey: *Zerstörungslust. Elemente des demokratischen Faschismus.* Berlin 2025: Suhrkamp Verlag. 453 S., € 30.-



Anzuzeigen ist im Folgenden eine Publikation, die aus guten Gründen in der Bestsellerliste des SPIEGEL auftaucht und die der Autorin und dem Autor zu Recht den Geschwi-

ster-Scholl-Preis der Stadt München beschert hat.

Ungewöhnlich innovativ – aber gerade deswegen erhellend – ist der biografiezentrierte Zugriff der Publikation auf eine der derzeit zentralen Thematiken politischer Diskussion über die Wahrnehmung der aktuellen politischen Situation. Für ihre Analyse, die in dem Begriff „*demokratischer Faschismus*“ gipfelt, ziehen die Autorin und der Autor Interviews von Personen heran, die sich ausdrücklich zur AfD bekennen und diese nach ihren eigenen Angaben gewählt haben oder wieder wählen würden. Dabei signalisieren die Erfahrungen vieler Bürgerinnen und Bürger eine Enttäuschung über die vermeintlichen Leistungsdefizite der liberalen Demokratie. Aus dieser populistisch gepuschten Wahrnehmung resultiert eine eigentümliche Wut und Zerstörungslust, die in den affektiven Befindlichkeiten großer Teile der Gesellschaft tief verwurzelt scheint und weit in die soziale Mitte hineinreicht. Diese Zerstörungslust zeigt gleichzeitig, dass die Gefährdung der liberalen Demokratie vor allem ein endogenes Problem darstellt.

Die Autoren belassen es zunächst bei einer Analyse der Aussagen und enthalten sich der Kritik an den registrierten politischen Urteilen. Die erforderlichen Problematisierungen und Differenzierungen überlassen sie offenbar den Leserinnen und Lesern, die manche Schief lagen in den Interviewaussagen selbst identifizieren sollen.

Amlinger / Nachtwey beschäftigen sich somit vorwiegend mit der Frage, wie diese Interviewaussagen zu deuten sind und welche politischen Konsequenzen daraus erwachsen. *Destruktivität* ist dabei ein zentraler Analysebegriff, der unter Berücksichtigung sozialpsychologischer Elemente und im Rückgriff auf wissenschaftshistorische Autoritäten wie Erich Fromm, Sigmund Freud und Theodor W. Adorno einen Wunsch nach Zerstörung als soziales Gefühl sichtbar machen will und sodann zu einer Klassifizierung führt, mit der drei Gruppen unterschieden werden. In einer ersten Gruppe, die als „*Erneuerer*“ bezeichnet wird, hat die Destruktion der liberal-demokra-

tischen Staatsstrukturen die Funktion einen Neuaufbau aus den Trümmern der Zerstörung zu ermöglichen. Der Obertitel der Publikation „*Zerstörungslust*“ verweist auf die zweite Gruppe der „*Zerstörer*“, deren psychologische Disposition keinerlei konstruktive Elemente erkennen lässt. Eine dritte Gruppe firmiert in der Publikation unter dem Label der „*libertär Autoritären*“. Diese eher in höheren Einkommensklassen angesiedelte Gruppe verlangt einen radikalen Neustart und sieht die gegenwärtige Demokratie als eine durch überbordende Bürokratie transformierte Diktatur. Alle drei Gruppen eint das Ziel, die liberale Demokratie abzuschaffen. Natürlich drücken sich in den Aussagen der interviewten Personen, die allen sozialen Schichten entstammen, berechnete Sorgen aus. Sie befördern politische Sichtweisen, für die das Wort Eugen Roths eine zutreffende Beschreibung darstellt: „*Ein Mensch erkennt – und das ist wichtig – nichts ist ganz falsch und nichts ganz richtig!*“ Unabhängig von der Frage, ob ein „*demokratischer Faschismus*“, mit dem Amlinger / Nachtwey diese destruktive Einigkeit der Gruppen beschreiben, die ursprüngliche Historizität des Begriffs Faschismus angemessen berücksichtigt, entspricht er doch der zutreffenden Kontingenz der politischen Situation bzw. deren bewusstmäßiger Rezeption. Dementsprechend wird dieser sogenannte „*demokratische Faschismus*“ als *bivalent* charakterisiert, weil er sich zwar *verbal* zur Demokratie bekennt, diese aber gleichzeitig unterminiert. Das umfangreiche Opus endet jedoch nicht in Hoffnungslosigkeit und Resignation. Die Diagnose einer durch Zerstörungslust gespaltenen Gesellschaft insinuiert, dass auf der einen Seite verschiedene Spielarten des Rechtspopulismus anzutreffen sind, während sich als Antwort auf der anderen Seite ein Widerstand zu entwickeln scheint, dem Amlinger / Nachtwey wohl eher eine Verteidigung der Demokratie zutrauen. Wenn „*Destruktivität (...) der sozioemotionale Kern des faschistischen Begehrens (ist)*“ (S. 311), dann hat ein „*neuer Antifaschismus*“, der nicht mit der politisch bekannten

Antifa zu verwechseln ist, vielleicht eine positive Perspektive.

Armin **Scherb**, Arberg

Werner J. Patzelt: Deutschlands blaues Wunder – Die AfD und der Populismus. München 2025: Langen Müller Verlag. 320 S., € 26.-



Was ist so besonders an der AfD, dass man – wie Patzelt – von einem „blauen Wunder“ sprechen kann? Schließlich wurde das (west-)deutsche Parteiensystem auch schon früher durch rechtsextreme Parteigründungen herausgefordert. Während aber die NPD, die Republikaner, die Schill-Partei oder die DVU nach anfänglichen Erfolgen sehr bald wieder von der Bildfläche verschwanden, verhält es sich bei der AfD erstaunlich anders. Seit ihrer Gründung 2013 nehmen ihre Wahlerfolge trotz interner Richtungskämpfe und Führungswechseln bei Landtags- und Bundestagswahlen mehr oder weniger stetig zu. Inzwischen liefert sie sich – gemäß aktuellen demoskopischen Umfragen – bundesweit ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit den Unionsparteien und bei den anstehenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern könnte sie sogar stärkste Partei werden. Das hat so niemand kommen sehen, nicht einmal die Anhänger der AfD, und insoweit kann man mit

Recht von einem „blauen Wunder“ sprechen, mit dem fertig zu werden unseren traditionellen Parteien bislang kaum mehr eingefallen ist, als die AfD durch „Brandmauern“ ins Abseits zu stellen. Lässt sich diese Strategie längerfristig durchhalten? Um der AfD beizukommen, muss man jedenfalls zuvörderst die Ursachen ihrer Erfolge ausfindig machen. Werner Patzelt geht dieser und daran anschließenden Fragen auf sehr gründliche Weise, nämlich auf 320 Seiten nach. Den Hauptgrund der Erfolge sieht Patzelt darin, dass die Union unter Merkels Kanzlerschaft seit 2005 durch eine schrittweise Linksverschiebung (Große Koalitionen!) eine „Repräsentationslücke“ verantwortet, in die seit 2015 (Massenzuwanderung) die AfD eindrang. Vor allem Teile der potenziellen Wählerschaft der Union, die deren „Sozialdemokratisierung“ nicht gut hießen, machten so Platz für eine Alternative nach rechts, für die AfD. Es passierte also gerade das, vor dem Franz Josef Strauss immer gewarnt hatte, es entstand Raum für eine Partei rechts von der Union (vgl. Patzelt, S. 44 ff.).

Mit der wollten aber die anderen Parteien nicht zusammenarbeiten, hielten sie jene doch für allzu rechtsextrem, was ja mehrere Verfassungsgerichtsurteile bestätigten. Zu einem Verbotsantrag wegen Verfassungswidrigkeit konnten sich aber die zuständigen Parteigremien bislang nicht entschließen und das aus nachvollziehbaren Gründen.

Was wäre also zu tun, um aus der von beiden Seiten verschuldeten Sackgasse herauszukommen? Bei den Mehrheitsparteien sieht Patzelt den Fehler, Vertreter der AfD, wo es nur geht, auszuklammern; er sieht darin sogar einen „Verrat“ an Prinzipien pluralistischer Demokratie (S. 238), eine Strategie, die überdies die „Wagenburgmentalität“ der AfD zusätzlich stärke. Besser wäre es, mit deren Vertretern öffentlich zu diskutieren und sie argumentativ zu bekämpfen. Der AfD wiederum wirft er vor, ihre ursprünglich realpolitischen Ansätze in mehreren Richtungskämpfen verworfen zu haben und sich stattdessen immer weiter zu radikalisieren, was ihr bisher – siehe die anhaltenden

Wahlerfolge – erstaunlicherweise keineswegs geschadet hat. Patzelt spricht diesbezüglich von einer „Pathologie“ im wechselseitigen Umgang (S. 279).

Wie wird es weitergehen? Patzelt hat zumindest keine Angst vor dem „blauen Wunder“. Gegenüber Weimar sei die Bundesrepublik institutionell und politisch besser aufgestellt und gesichert. Auch wenn die AfD Landesregierungen stellen sollte, ergäbe sich daraus keine ernsthafte Bedrohung, sind doch deren politische Gestaltungsmöglichkeiten arg begrenzt (S. 295 f.).

Summa summarum: Werner Patzelt – einige Jahre sächsischer Landesvorsitzender unserer Vereinigung – hat mit seinem Buch eine hoch aktuelle und argumentationsreiche Analyse des AfD-Wunders vorgelegt, ist somit zu einem AfD-Versteher geworden, ohne sich deshalb mit ihr gemein zu machen. Die Lektüre des Buches öffnet jedenfalls den Blick für Zusammenhänge, die in unserer Medienkultur oft unterbelichtet bleiben.

Peter **Hampe**, Schondorf

Martin Debes: Deutschland der Extreme. Wie Thüringen die Demokratie herausfordert. Berlin 2024: Ch. Links Verlag. 278 S., 20.- €



Martin Debes (*1971, Jena), Politologe, Journalist bei der Thüringer Allgemeinen, hat sich mit seinen Berichten aus und über Thüringen in der Wochenzeitung DIE ZEIT und im Magazin SPIEGEL einen Namen gemacht, bevor er 2024 zur Illustrierten STERN in eine Führungsposition wechselte. Seine Interviews zur Geschichte Thüringens und den aktuellen parteipolitischen Entwicklungen sind in sein Buch eingeflossen, das zum „Superwahljahr“ 2024 mit 13 Wahlen inkl. der Wahlen des Europaparlaments erschienen ist. Der Autor vermittelt damit auch Faktenmaterial für die bevorstehenden Wahlen des Jahres 2026 zu den Kommunal- und Landesparlamenten in den östlichen Bundesländern Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, das gleichzeitig auch wirkmächtig in die Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie prognostizierte Kommunalergebnisse in Bayern, Hessen und Niedersachsen ausstrahlen dürfte.

Die These des Autors, dass mit dieser Arbeit Belege geliefert werden, „wie Thüringen die Demokratie herausfordert“ und damit nicht nur ein regionaler „Härtetest“ in Thüringen verbunden ist, erfährt durch die Begleitumstände der Debatte um den Bestand einer „Brandmauer“ oder ein Parteiverbot der AfD seit den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg (2024), die in der Tagespresse und alternativen Medien dokumentiert werden, eine vielsagende Bestätigung. Nicht zuletzt sind es die Bemühungen der AfD bzgl. der Gründung einer enger angeordneten, neuen Jugendorganisation „Generation Deutschland“ (Gießen, 29.11.2025; Ilmenau in Thüringen, 17.01.2026), die als charakteristisch für die Kursbestimmung durch Björn Höcke bezeichnet werden dürfen (zit.: „Wir sind der wichtigste Landesverband der AfD in Deutschland! ... Ihr seid Teil einer Leistungsgemeinschaft, die sich immer weiter perfektioniert!“). Ist es die Parteilinie eines Björn Höcke, dessen Gewicht sich mit den Neugründungen für den AfD-Nachwuchs noch verstärken wird?

Martin Debes stimmt der These zu, dass die o. e. Ost-Wahlen von

2024 zum „*bislang größten Härtest der bundesrepublikanischen Demokratie werden könnten*“. Er lehnt die Bezeichnung „neue Länder“ ab, denn Sachsen, Thüringen und Brandenburg gehören zum Kernbestand der deutschen Territorien in der Geschichte. Zurecht greift der Autor in seiner Arbeit politisch auf hundert Jahre von 1924 - 2024 zurück: von der Kleinstaaterei vor der Weimarer Republik über den „Mustergau“ der NSDAP, die drei Bezirke zu DDR-Zeiten im „Kalten Krieg“ zum „Stolpern in die Demokratie“ mit einer neuen Parteienlandschaft nach der SED-Herrschaft und ihren Blockparteien in seiner Heimatregion, wo sich „*alle wichtigen Konfliktlinien nachvollziehen lassen: Thüringen als ein „Land der Extreme, nicht der Extremisten*“. Martin Debes zeichnet dabei die Charaktere der Hauptakteure nach, die für „*Machtwechsel und ein bisschen Sozialismus*“ stehen, geht auf den 5./7. Februar 2020 und den Koalitionspoker bzgl. einer „*bürgerlichen Alternative zu Bodo Ramelow*“ um den Preis eines Regierungschefs Thomas Kemmerich (FDP) „*von Höckes Gnaden*“ ein, was zusammen mit der Intervention der Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Merkdatum der jüngsten Thüringer Geschichte und mit der Landtagswahl 2024 ein „*neuartiges Modell der Regierungsform*“ werden sollte. Mit der Wahl Robert Sesselmanns (AfD) am 11.06.2023 zum Landrat von Sonnenberg gelingt der AfD als Höcke-Partei ein kommunal-politischer Achtungserfolg mit 46,7% gegenüber dem CDU-Bewerber (35,7%) – war die AfD noch aufzuhalten? Vor der Landtagswahl lag noch eine OB-Wahl in Nordhausen (2023), bei der es gelingen sollte, der AfD ihre Grenzen aufzuzeigen, als in einer Stichwahl der parteilose Amtsinhaber Kai Buchmann mit fast 55% den sich bereits als Sieger wählenden Kandidaten der AfD Jörg Prophet (45,1%) überholte. Die „*Ouvertüre für ganz Deutschland*“ (Matthias Hey, SPD-Thüringen) wurde damit zur Kakophonie für die AfD.

Den Auftritt Sahra Wagenknechts zur Buchlesung in der Stadthalle von Eisenberg vor 450 Zuhörern am 20.04.2023 zählt für Martin Debes

bereits zum Epilog seiner Arbeit. Ihre Anti-Haltung zu DDR-Zeiten motivierte zur „Daueropposition“ auch nach 1990/91: Sie machte in der umbenannten SED als PDS-Funktionärin Karriere und auch in der LINKEN innerparteiliche Opposition als „*Solitär in der deutschen Politik*“. Ihr Versuch, Protestwähler gegen das System der „Selbstgerechten“ nach links umzupolen, bleibt erfolglos: „*Ich will nicht, dass die Leute rechts wählen, das sind keine Rechten!*“ Nach ihrem Verzicht auf eine Kandidatur bei der LINKEN in NRW für den Deutschen Bundestag erfolgte die Gründung ihrer eigenen Partei, im Namen fokussiert als das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW, 23.10.2023) – eine echte Konkurrenz für die AfD wegen erkannter Schnittmengen, dessen Landesvorsitzender von Thüringen, Björn Höcke die Taktik „bekämpfen durch Umarmen“ anstrebte: „*Ich bitte Sie, kommen Sie zu uns!*“ (Dresden, zit. nach *Frankfurter Rundschau* vom 31. 07.2023). In Anlehnung an Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes“ scheint Björn Höcke langfristig eine neue Denkart des nationalen Sozialismus pflegen zu wollen unter möglicher Vermeidung nachweisbarer Zitate und Namen. Wo diese nicht gelingt, befassen sich Staatsanwälte und Gerichte damit (Bsp. Schlusappell in der Merseburger Rede, 29.05.2021).

Die Thüringen-Wahl 2024 ist inzwischen Geschichte. Die notwendig gewordene Koalitionsbildung wird heute als „stabil“ bezeichnet. Vier Parteien schlossen sich bei der Wahl des Ministerpräsidenten Mario Vogt (CDU) zusammen, nachdem folgendes Wahlergebnis für die konkurrierenden Parteien erreicht wurde: AfD erzielte 32,8 % (32 Sitze), CDU 23,6 % (23 Sitze), LINKE 13,1 % (12 Sitze), SPD 6,1 % (6 Sitze), BSW 15,8 % (15 Sitze). In dem Werk von Martin Debes ist dieses Ergebnis auch in der Neuauflage nicht berücksichtigt. Seine Analyse bleibt dennoch ein wertvoller Maßstab für Qualitätsjournalismus, weil er verlässlich beschreibt, wie es zu dieser Situation kommen konnte, den das Medium Magazin als „*Irrsinn, der sich in seiner Heimat abspielt*“ be-

urteilt. 2024 traten zudem zwei neue Parteien auf, die um die Stimmen der Wähler buhlten: das Bündnis Sahra Wagenknecht und die Werte-Union von Hans-Georg Maaßen. Der Autor beurteilt die Szenerie in einem Interview mit dem MDR Thüringen vom 16.03.2024 nüchtern als „*zwar nicht extremistisch, aber es könnte, wie schon nach der Landtagswahl von 2019, großes und ja: extremes Chaos herrschen*“. Thüringen bleibt also ein „*Beispiel für die Bedrohung der Demokratie in Deutschland*“.

Willi Eisele, Wolfratshausen

Carsten Gansel: Ausradiert?
Wie die Literatur der DDR verschwand. Stuttgart 2026: Reclam Verlag. 383 S., € 28.-



Ausradiert? Viel unsäglich: Vernichtet – tonnenweise realiter auf Müllkippen und in stillgelegten Tagebau-Gruben „entsorgt“ – um nicht mit „liquidiert“ in braunen Jargon zu verfallen. Jeder Bücherfreundin und jedem Bücherfreund muss sich nach den ersten 30 Seiten das „Lese-Haar“ aufstellen: Nicht nur das „GG“, die westdeutschen Parteien, die kapitalistische Wirtschaft mitsamt Immobilienmarkt und Alltagsinfrastruktur haben 1989 „gesiegt“ – auch die westdeutschen Verlage und ein Großteil der Literaturkritik; die einen ha-

ben marktorientiert „Konkurrenzware“ und deren „Produktionsstätten“ in Form von Verlagen und Druckereien beseitigt – und gerade die Elite, die geistige Wach- und Leuchtturm-Funktion innehat, also auf „Lohnendes“ hinweisen müsste, hat abgeurteilt und „weggeschwiegen“.

Carsten Gansel (*1955) ist mit der Literatur des „anderen Deutschland“ aufgewachsen und in die Wissenschaft davon und darüber hineingewachsen. Er kennt seinen Gegenstand bis in viele Details, hat geforscht, private Gespräche und Interviews geführt, hat vielfach dazu veröffentlicht. Seine bitteren, entlarvenden und anklagenden Urteile sind fundiert und keineswegs „einseitig“ oder gar „DDR-verklärend“, er belegt alles in Zitaten und Anmerkungen. Gansel legt eine umfassende Delegitimierung des intellektuellen Lebens in der DDR seitens der Bundesrepublik offen. Wer wie der Autor dieser Zeilen bei Theaterbesuchen im damaligen Ostberlin den Zwangsumtausch in den dort preiswerten Büchern „angelegt“ hat, kennt einige Autoren und Bücher – und staunte schon damals: was da an „Aufstörung“ (Niklas Luhmann), „Der Geist bei uns lebt illegal“ (Brigitte Reimann), „gestockten Widersprüchen“ (Franz Fühmann) oder „subjektiver Authentizität“ (Christa Wolf) auf den frühen Aufruf Otto Grotewohls „Schaffen Sie Licht!“ folgte, las sich spannender als vieles der westdeutschen Befindlichkeitsliteratur.

Gansel macht flüssig lesbar klar, dass zwischen dem DDR-Staat samt seinem Apparat und der Gesellschaft, also Beziehungen, Familie, Freundschaften, dem sozialen Nahbereich sogar in Betrieben zu differenzieren ist: letztere als „Gegenpol zu den staatlichen Instanzen“ – dazu führt er reihenweise lesenswerte Beispiele an. Neben Epik und Lyrik spielte auch die Pop-Musik, speziell die „unerwünscht“ gehörte westliche mit ihren Texten eine zunehmend breite Rolle – von der Stasi verfolgt und bestraft. Gansel macht etwa die Jahre 1953, 1956, 1965, 1968 als DDR-Wegemarken verstehbar – gipfelnd in 1976, wobei er die Ausbürgerung Wolf Biermanns als Einleitung des Endes der „drahtumgürteten

Republik“ einstuft. Er zeigt Personen und Wege in die Opposition – und entlarvt die pauschale westdeutsche Abqualifikation, mit der ein fast alle Bereiche erfassender gesellschaftspolitisch realer Eliten Austausch einherging. Für den heutigen Leser stellt sich erschreckend ein: nahezu alle Konzepte der „Aufnahmegesellschaft“ haben gleichsam gesiegt, haben Hegemonie und kulturelle Majorität und Macht erlangt; noch schlimmer erkennbar: was in der DDR als „Zerwicklung“ zwischen Staat und Gesellschaft begann, setzt sich derzeit zwischen westlichen und östlichen Bundesländern fort. Da wird Gansels bestechendes Buch zum Mahnmal – doch mit der differenzierten Anerkennung der anderen deutschen Kultur eine erste Brücke zu neuem Miteinander zu bauen.

Wolf-Dieter Peter, München

Andreas Brunold / Ulrich Kerscher (Hrsg.): Die Nachhaltigkeitspolitik der Europäischen Union. Zum didaktischen Potential am Beispiel der Plastikmüllproblematik. Wiesbaden 2026: Springer Verlag. 289 S., € 84,99



Der Band informiert über die Ergebnisse des Jean Monnet Projekts „Die Nachhaltigkeitspolitik der EU und ihr didaktisches Potential für die Vermittlung der EU an Schulen“. Er fasst die Ergebnisse der Forschungs-, Praxis- und Disseminationsveranstaltungen zusammen, die im Rah-

men dieses Projekts abgehalten wurden.

Die Ergebnisse werden in drei Abschnitten präsentiert: Teil 1 enthält fachwissenschaftliche Beiträge zur Kreislaufwirtschaft und zum European Green Deal, Teil 2 beschreibt fachdidaktische und pädagogische Ansätze sowie Perspektiven schulischen Handelns in diesem Themenfeld und Teil 3 erläutert an einzelnen Fallbeispielen, wie Kreislaufwirtschaft und die Vermeidung von Plastikmüll in kommunalen, regionalen und globalen Zusammenhängen organisiert werden können.

Der erste Teil beginnt mit einer kritischen Analyse der Kreislaufwirtschaft (Helmut Maurer). Der Begriff „Kreislaufwirtschaft“ wird definiert, Zusammenhänge zwischen Kreislaufwirtschaft und Klimawandel werden aufgezeigt. Der Autor erläutert, wie die EU dieses Thema bearbeitet. Er kritisiert, dass Recycling oft keine wirklichen Kreisläufe schafft, sondern letztlich Abfall produziert. Als Alternative wird empfohlen, Produkte länger zu nutzen und zu reparieren.

In diesem Abschnitt finden Leserinnen und Leser auch einen Überblick über die Klimapolitik der EU von den 90er Jahren bis heute (Marc Ringel), Überlegungen, wie Sportvereine dafür sorgen können, dass weniger Mikroplastik durch Kunstrasenplätze sowie Reitböden in die Umwelt gelangt (Achim Haid), und Vorschläge, wie der Erdaushub von Neubaugebieten vor Ort wieder verwendet werden kann (Harald Notter). Timothy Glaz ergänzt den ersten Beitrag von Helmut Maurer, indem er am Beispiel von 100% recycelten PET-Flaschen zeigt, wie sinnvolles Recycling aussehen kann. Er kritisiert in seinem Beitrag aber auch bestimmte Greenwashing-Praktiken: Bioplastik, Abfüllstationen, klimaneutrale Kompensationen.

Insgesamt erklären die Autoren in diesem Teil sehr anschaulich, wie Kreislaufwirtschaft funktioniert, wie die Thematik in der EU bearbeitet wird, wo Möglichkeiten, aber auch Grenzen liegen. Wie sich die Politik des „Green Deal“ der Europäischen Union im Zeichen von Wirtschaftskrise und Forderungen nach „Ent-

bürokratisierung“ weiterentwickelt, wird sich zeigen.

Im fachdidaktischen und pädagogischen Teil spielt das Plan- und Simulationsspiel eine wichtige Rolle. Johannes Wessel-Bothe stellt ein Workshop-Konzept vor, das den European Green Deal durch theaterpädagogische und spielerische Methoden vermittelt. Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten mit Hilfe eines interaktiven Rollen- und Brettspiels Strukturen und Funktionen des politischen Prozesses in der Europäischen Union. Mit diesem Ansatz können dann sicher auch neuere Entwicklungen wie die (teilweise) Rückabwicklung des Green Deals erfasst werden.

Gabriele Schrüfer und Kathi Bartmann erläutern die Ziele von Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globalem Lernen (BNE/GL). Sie analysieren eingehend die entsprechenden Schlüsselkompetenzen: Systemkompetenz (Erkennen), Bewertungskompetenz (Bewerten) und Gestaltungskompetenz (Handeln). Außerdem nennen sie Methoden, mit deren Hilfe diese Kompetenzen verbessert werden können.

Georg Weißeno will die Vorteile eines Unterrichts aufzeigen, der sich auf ein von ihm mitentwickeltes Kompetenzmodell (J. Detjen, P. Massing, D. Richter, G. Weißeno 2012): Politikkompetenz – ein Modell. Wiesbaden) stützt und sich in erster Linie auf Fachkonzepte konzentriert. Er argumentiert, dass der so konzipierte Unterricht erfolgreicher ist als Unterricht, der auf der Grundlage von bildungstheoretischen Überlegungen geplant wird. Wenn man (eigentlich im Widerspruch zum eigenen Kompetenzmodell) die Zielsetzung des Unterrichts in erster Linie auf die Kenntnis von Fachkonzepten beschränkt, mag dies stimmen. Immerhin wird deutlich, dass Fachkonzepte eine wichtige Grundlage des Unterrichts sein müssen.

Ulrich Kerscher beschreibt in einer Sachanalyse, wie die Europäische Union mit den Themen Plastikmüll und Kreislaufwirtschaft umgeht. In einem Planspiel wird simuliert, wie Lösungsansätze für die Plastikmüllproblematik gefunden werden können, indem unterschiedliche

Beteiligte (Stakeholder: v. a. EU-Kommission, Umweltverbände, Recyclingindustrie) in einen Verhandlungsprozess eintreten. Der Autor präsentiert alle Materialien, die für die Durchführung des Planspiels gebraucht werden. Andreas Brunold erprobt das von Ulrich Kerscher entwickelte Planspiel mit Schülerinnen und Schüler einer 10. Klasse an der Deutschen Schule in Barranquilla (Kolumbien). Er kann zeigen, wie durch dieses Planspiel ein Problembewusstsein bei den Lernenden geschaffen werden kann.

Schließlich befasst sich Ulrich Kerscher mit der Erstellung von Erklärvideos zu den Themen Plastikmüll und Kreislaufwirtschaft. Fachwissen, Institutionenvertrauen, Europäische Identität sowie Problem- und Nachhaltigkeitsbewusstsein werden bei der Gruppe von Studierenden, die Erklärvideos erstellten, besser gefördert als bei einer Kontrollgruppe, die die Thematik im Selbststudium mit Hilfe eines Readers zu den Inhalten der Erklärvideos bearbeiteten. Die Erklärvideos können über einen QR-Code abgerufen werden.

In diesem Teil finden sich interessante Anregungen für Praktiker der politischen Bildung, die die Themen Kreislaufwirtschaft und/oder Plastikmüll im Unterricht oder in außerschulischen Lehrveranstaltungen behandeln wollen.

Im dritten Teil informieren die Autorinnen und Autoren über das „Forum Plastikfrei“ in Augsburg (Sylvia Schwab), beschreiben die Entstehung und Umsetzung der Tübinger Verpackungssteuer (Bernd Schott), analysieren die Herausforderungen und Chancen einer regionalen Kreislaufwirtschaft für Kunststoffe am Beispiel der Region Augsburg (Maic Verbücheln/ Stephanie Manis) und zeigen aus der Sicht des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), dass die Produktion von Plastik eine zentrale Ursache für die Verschwendung von Ressourcen und die Klimakrise ist. Hier werden auch Potentiale sowie Grenzen der Kreislaufwirtschaft diskutiert, Scheinlösungen kritisiert und (aus der Sicht des BUND) echte Lösungen vorgeschlagen (Janine Korduan). Viktor Klein, André Rückert und

Stefan Riegg beschäftigen sich mit dem Problem, wie Tonerkartuschen aus Laserdruckern und Kopierern in Ländern mit mittlerem und niedrigem Einkommen nachhaltig recycelt werden können (Beispiel Ghana). Insgesamt ist der Band allen zu empfehlen, die sich für die Themen Kreislaufwirtschaft und Plastikmüll interessieren, zu dieser Thematik Lehrveranstaltungen konzipieren oder in ihrer Region zur Etablierung von Kreislaufsystemen und zur Lösung der Plastikmüllproblematik beitragen wollen. Die Zusammenhänge werden anschaulich erklärt. Die zahlreichen Abbildungen und Übersichten fördern das Verständnis und gestalten die Lektüre abwechslungsreich.

Peter **Herdegen**, Regensburg

Arnd Henze: Mit Gott gegen die Demokratie – Warum der christliche Nationalismus alle angeht.
Gütersloh 2026: Gütersloher Verlagshaus. 224 S., € 20.-



Der Autor, berufenes Mitglied der 13. Synode der EKD, räumt ein, dass das Verhältnis von Politik, Macht und Religion ihn seit langem beschäftigt. Seine kritische Frage an den Protestantismus in Deutschland „Kann Kirche Demokratie?“ schlug 2019 den Bogen zwischen den Verstrickungen seiner Kirche mit dem

Unrechtsregime des Nationalsozialismus und aktuellen Gefährdungen unseres Rechtsstaates. Mit dem vorliegenden Band holt der ARD-Journalist mit Donald Trump und dem „christlichen Nationalismus“ in den USA einen „thematischen Elefanten“ in „temporärer Obsession ins eigene Haus“.

Henzes Werk erfasst die Entwicklung in den USA bis zur symbolischen deadline am 30. Januar 2026 und will „dem Rad in die Speichen fallen“, um mit den Worten von Dietrich Bonhoeffer ein worst case scenario, die Ablösung der Demokratie durch einen fundamentalistischen Gottesstaat zu verhindern, die von „all the President's Men“ betrieben werde: Pete Hegseth, dem Chef des Pentagon als „Posterboy des M[ake] A[merica] G[reat] A[gain]-Christentums“, der vom Ideal des Christian Warriors öffentlich schwärmt, unterstützt von seinem Gemeindepfarrer Jared Longshore und dessen Methode „Worship is Warfare“. Hegseth's Personalpolitik gipfelt in der Ankündigung der Entlassung von Kommandeuren im Generals- oder Admiralsrang, die „in irgendeiner Weise in den woken D[iversity]-, E[quality] oder I[nclusion]-Scheiß involviert“ sind, d. h. die US-Army und US-Navy werden „gesäubert“ von Frauen, Farbigen, Schwulen, Lesben und Transgender-Anhängern, Gedenktage an Martin Luther King oder der Black History Month werden abgeschafft, während das Heldengedenken an Südstaaten-Generäle wiederbelebt wird oder ein christlicher Gottesdienst am 21.05.2025 im Auditorium des Pentagon von „Kriegsminister“ Hegseth persönlich eröffnet wird, bevor Brooks Potteiger von der theokratisch-apokalyptischen Gemeinschaft der „Pilgrim Hill Reformed Fellowship“ (Douglas Wilson) die Festpredigt hält, die offiziell im „Prayer Service“ (Pentagon Video) mit dem Lied „Ein feste Burg ist unser Gott“, dem Vater Unser-Gebet und Bildern der US-Flagge mit Portraits von Donald Trump und Pete Hegseth abgerundet wird. Pete Hegseth ist Aktivist dieser Religionsgemeinschaft, die u. a. auch die Abschaffung des Wahlrechts für Frauen als Ziel angibt und mit der

speziell christliche Bildung nach David Goodman's Modellschulen (Association of Classical Christian Schools) wirbt: „Vom Kindergarten bis zur High School – der Klassenraum ist unser Schlachtfeld. Die Herzen und Köpfe unserer Kinder sind der Preis!“ Weil eine liberal verfasste Pfadfinderschaft durch ihre Öffnung für Mädchen und Schwule zum nationalen Sicherheitsrisiko wird, erweitert sich das Feindbild dieser „heroischen Christian Warriors“, deren Gemeinde in Sichtweite des Kapitols unter Jared Longshore wachsenden Zulauf und mediales Interesse findet.

Exemplarisch stellt Arnd Henze als Protagonisten des christlichen Nationalismus in den USA auch den „Tough Sell“ (Budget-Diektor) Russel Vought knapp vor, der vom US-Fernsehmoderator Hayes Brown (Michigan State University, MSNBC Daily, NY) als der „gefährlichste MAGA-Hardliner“ bezeichnet wird, der weitgehend unbekannt geblieben ist. Stark emotional betont ist die Erwähnung des ermordeten Charlie Kirk, eine „popkulturelle Verkitschung im digitalen Raum“ für Adressaten aus der Generation Z, der aber auch in Nachrufen der Printmedien auf eine Verehrungsstufe mit Abraham Lincoln, Martin Luther King und Dietrich Bonhoeffer gestellt wird, um von religiös-fundamentalistischer Seite mit den Aposteln Petrus und Paulus verglichen zu werden.

Es ist ein schmaler Grat, den der Autor begeht, wenn er Vergleiche mit historischen Personen in Kirche und Politik (Bsp. „Allianz von Thron und Altar“ in Preußen, marginale „Deutsche Christen“ in der NS-Diktatur) sowohl als gefährlich („verharmlosend, pervers“), aber auch als unvermeidlich einstuft. Er fordert dabei eine differenzierende Sicht ein: Er sieht nicht die Gefahr einer Gleichschaltung der religiösen Strömungen in den USA im Sinne einer staatlich kontrollierten Reichskirche wie im NS-System, während er eine Symbiose zwischen der religiösen Rechten [ohne organisatorische Einheit] und dem „diffusen MAGA-Kult des amtierenden Präsidenten“ diagnostiziert. Es drohe allerdings ein „religiös-totalitärer Herrschafts-

anspruch über den säkularen Staat“ zur Überwindung des Pluralismus der US-Gesellschaft. Wollte man die Trauerfeier für Charlie Kirk im Fußballstadion von Glendale (Arizona) mit Ereignissen aus der NS-Zeit vergleichen, dürfte der Blick eher auf die Choreografie der Reichsparteitage von Nürnberg fallen als auf irgendeinen Auftritt von Reichsbischof Ludwig Müller (1883 - 1945) vor seinen Deutschen Christen.

Bereits für die erste Amtsperiode von Donald Trump wurde von Timothy Snyder, beurlaubter Historiker der Yale University (*1969), bekannt für die Schöpfung des Begriffs „Sadopopulismus“, im Erringen der Präsidentschaft Parallelen zum Aufstieg Adolf Hitlers in Richtung einer Autokratie gesehen, die von Musk und Trump angestrebt werde (sog. MUMP), die „konsumentenorientiert“ die bestehenden Regeln der internationalen Politik untergrabe, um innenpolitisch militärisch Dominanz zu zeigen. Dagegen sollten „bestehende Chancen zur Rettung der Demokratie“ ergriffen werden (Timothy Snyder, *Über Freiheit*, dt. Übers., C. H. Beck, München 2025, 410 S.). Arnd Henze rät zur „Entgiftung“ der Lage, das Bild Dietrich Bonhoeffers von „dem Rad in die Speichen fallen“ (1933) ernst zu nehmen: „Wenn die erlernten Traditionen aus Ritualen, Liturgie und dogmatischen Glaubenssätzen nicht mehr tragen, bleibt [für die vorletzten Dinge] nur noch ein Dreiklang aus Beten, Tun des Gerechten und Hoffen auf Gottes Zeit“. Für Deutschland sieht Arnd Henze im Brandbrief der EKD und der Dt. Bischofskonferenz (Jan. 2025) ein Signal, das die Legislative an die rechtlichen und ethischen Schutzpflichten gegenüber Migranten und Asylbewerber mit riesigem Echo in den Medien erinnerte. Dagegen ist in den USA jede Politik auf Einschüchterung der Kirchen gepolt. Grundsatz: „Don't poke the bully!“ - Reiz die Bestie nicht. Dem fatalen „worst case“ stellt der Autor ein „best case-scenario“ für 2028 mit Dietrich Bonhoeffer „nach Arbeit für eine bessere Zukunft entgegen“.

Willi Eisele, Wolftratshausen

Aldous Huxley: Zeit der Oligarchen. Über Wissenschaft, Freiheit und Frieden. München 2025: Hanser Verlag. 89 S., € 14.-



Huxley? Ja, eben viel mehr als „Schöne neue Welt“ von 1978! Schon 1946 (!), also unmittelbar nach den Entsetzlichkeiten des 2. Weltkriegs, aber mit den eben durch den Krieg beförderten Entwicklungen vor Augen schrieb der hochbegabte Oxford-Absolvent am neuen Wohnsitz in Kalifornien den Essay „Science, Liberty and Peace“. Befremdlicherweise erscheint er erst jetzt, fast 80 Jahre später auf Deutsch – dafür vom Hanser-Lektorat treffend mit dem neuen Vor-Titel „Zeit der Oligarchen“ versehen.

Das Büchlein ist eigentlich ein niederstreckender Faustschlag – doch treffender angesichts des tief humanistisch geprägten Huxley: eine entlarvende Enthüllung des und eine Abrechnung mit dem seither dominierenden technisch-industriellen Kapitalismus. Zu lesen ist, wie ein klarsichtiger Kopf schon damals sieht, dass wirtschaftliche Groß-Produktion, Öl-fixierte Energie-Strukturen und finanzielle Konzentration zusammenfinden zu politischer Macht. Wenn dann noch nationalistische und geopolitische Interessen sich dieser Macht bedienen, verlieren Demokratie und Solidarität an Ausstrahlung

und Gültigkeit. Diese bisherige Basis der Nachkriegsjahrzehnte erodiert – und Huxley sieht schon damals unsere Phase: intellektuell hemdsärmelige, teils vorbestrafte Rabauken in den Regierungen, das überhandnehmende Recht des Stärkeren, eine nicht gewählte Tech-Oligarchie an Schaltstellen der Welt-Entwicklung ... all das ist eingetreten. Ein Polit-Profi wie Robert Habeck sieht das Büchlein als „Lichtschwert gegen Dunkelheit und Dumpfheit“ und letztlich jeder denkende Zeitgenosse muss sich ins Mark getroffen fühlen: Wir wissen es alles besser – und handeln unbelehrt weiter so. Das Bändchen müsste Schullektüre werden, so dass wenigstens die künftig übernehmende Generation fundamentale Änderungen angeht. Denn bis jetzt bleibt Huxleys Vorspruch, ein Zitat des Philosophen N. A. Berdjajew (+ 1948) – „...vielleicht eröffnet sich für die Intelligenz und die Kulturschicht ein neues Jahrhundert des Sinnens und Träumens darüber, ... wie man zum nichtutopischen, unvollkommeneren und freieren Staat zurückkehren könne“ – leider noch Utopie! Also muss Huxley Pflichtlektüre werden: für jeden demokratisch denkend Wählenden!

Wolf-Dieter Peter, München

Rashid Khalidi: Der Hundertjährige Krieg um Palästina. Eine Geschichte von Siedlerkolonialismus und Widerstand. Zürich 2025: Unionsverlag. 379 S., € 16.- (Print) / € 12,99 (E-Book)



„Audiatur et alter pars“ – dass der römische Rechtsgrundsatz nicht nur ein historisches Relikt darstellt (Bsp. im Friedenssaal des Rathauses von Münster in Westfalen

in Erinnerung an den Westfälischen Frieden 1648), gehört zum Wertekonsens der Kultur Europas und steht symbolisch für eine Lösung rechtlicher, politischer und historischer Problemlagen. Dass Rashid Khalidi (* 1948) sein aktuell in 2. Auflage und

deutscher Übersetzung durch Lucien Leitess (* 1950), dem Eigentümer des Unionsverlags und „Verleger des Jahres 2015“, veröffentlichtes Werk diesem Prinzip unterordnet, vermittelt seine Sicht auf die eigene Familiengeschichte in Ost-Jerusalem und die politische Geschichte des Nahen Ostens für die Zeit von 1899 bis zur jüngsten Geschichte vor dem Überfall der Palästinenser-Milizen am 07.10.2023.

Der in New York geborene Schriftsteller, Historiker palästinensischer Herkunft, Inhaber eines Lehrstuhls an der Columbia University und Mitherausgeber des „Journal of Palestine Studies“ führt mit dem Briefwechsel zwischen seinem Ur-Ur-Großonkel Yusuf Diya al-Din Pascha al-Khalidi als Beamter unter den Osmanen und Bürgermeister von Jerusalem mit Theodor Herzl, Wiener Journalist, jüdischer Patriot und Autor des Programmatischen Werks „Der Judenstaat“ (1896) vom März 1899 in das Thema ein: Herzls Forderung nach einer „jüdischen Heimstatt in Palästina“ beantwortete der gut informierte regionale Mandatsträger mit der Feststellung nach den Basler Kongressen des Zionismus (1897/1898), dass die nicht jüdische einheimische Bevölkerung eine Vertreibung niemals akzeptieren werde: „In Gottes Namen, lasst Palästina in Frieden“. Er befürchtete bei allem Verständnis für die „nationalen Pläne“ der Israeliten, die unter dem „virulenten Antisemitismus des christlichen Europas“ litten, „Zwietracht unter Christen, Muslimen und Juden“. Der Begriff Umsiedlung fiel erst in der „Charta der Jüdisch-Osmanischen Landgesellschaft“ (1901). Der Schlüsselbegriff „Siedlerkolonialismus“ geht damit auf diese Korrespondenz zurück: Eine „kolonialnationale Bewegung“ warf sich – so Rashid Khalidi – in der weiteren Abfolge einen „Biblischen Mantel“ um, was eine Rückkehr zu den Ursprüngen suggerierte und die Blindheit fantastischer Akteure für die Realitäten (ein „melting pot“ der Ethnien: „Palästina – ein Land ohne Volk, die Juden, ein Volk ohne Land“; Israel Zangwill, 1901; Diana Muir, 2008) fördern sollte.

In einer eigenen Logik boten sich

während des 1. Weltkriegs Handlungsfelder für den Nahen Osten an: Erinnert sei an die Kartenskizzen des Mittelalters, in denen Jerusalem als Zielobjekt in den Fokus geriet, gefolgt von Vorstellungen, die politische Landkarte nach 1918/19 neu zu schneiden (Bsp. „shaping the Middle East“ als Titelbild von James Barr’s, *A Line in the Sand* [1916], publiz. 2012), die den Handlungsrahmen für die Staatsgründung Israels 1948 darstellen. Rashid Khalidi gliedert seine Geschichte des Nahostkonflikts von 1917 - 2014/2023 in „sechs Kriegserklärungen“ gegen die Palästinenser und deren Kampf um einen Palästinenserstaat. Der Autor zeigt dabei nicht nur mit dem Zeigefinger auf die Akteure von außen als unehrliche, arglistige Makler („brokers of deceit“) vom „Reagan-Plan“ (1982) über Ansätze von Abkommen, eine Zweistaatenlösung zu erreichen (Madrid, Oslo), bis zum Verzicht der USA unter Barack Obama, die Siedlungstätigkeit der Israelis im Westjordanland zu kontrollieren bzw. zu stoppen.

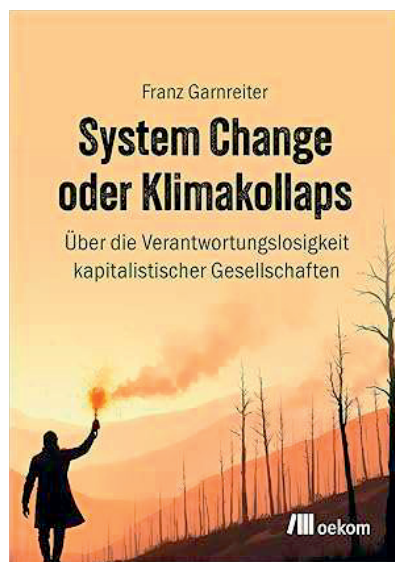
Rashid Khalidi hat den Titel für sein Werk (2019) bewusst gewählt: Der Begriff „Hundertjähriger Krieg“ wurde von europäischen Historikern für die unversöhnliche Rivalität zwischen Adelshäusern der Plantagenets (England) und den Valois (Frankreich) von 1357 - 1453 gewählt, ein Konflikt, der immer wieder aufflammte. Konkret wurde diese Politik 1917 ff. mit der „Balfour-Erklärung“, in der die Ideen des Zionismus als weltpolitisch gewichtiger durch die Briten eingestuft wurden als das Interesse der damals 700 000 Araber und ihren Wunsch nach Gestaltung des Lebens als Identität in ihrer angestammten Region. Bis heute hat sich – so der Autor – 100 Jahre später durch die Akzeptanz von ganz Jerusalem als Israels Hauptstadt durch die USA mit Umsetzung ihrer Botschaft dorthin unter Donald Trump (Rede in Davos, 25.01.2018) nichts geändert. Khalidi sieht damit das „Zentrum der Geschichte, der Identität, der Kultur“ und ihrer Denkmale „entsorgt“. Er kann als Palästinenser nicht glauben, dass sein Volk nach Basel (1897/1898) und fast 50 Jahre nach der Gründung des Staates Israel

„als Nation nicht mehr präsent sein sollte“. Er sieht in den bisherigen Erklärungen der US-Regierungen seit Jimmy Carter („palästinensisches Heimatland“), Barack Obama und Joe Biden nur „Lippenbekenntnisse“, wogegen die USA die zionistische Bewegung (auch im eigenen Land) und im Staat Israel stets „voll unterstützt“ haben. Deshalb fordert der Autor mit Nachdruck, dass die „Vorherrschaft des [zionistischen] Kolonialismus abgebaut wird“ und verweist auf Entwicklungen zu Gunsten der indigenen Bevölkerung in Südafrika oder Irland, beginnend mit dem Verzicht auf die positiv besetzten Begriffe „Siedler“ und „Pioniere“ sowie Vorhaben der „Enteignung“ im Bild des Kampfes „David [Israel] gegen Goliath [arabische Staaten]“. Zudem sollte nach Rashid Khalidi die ungleiche Behandlung von Palästinensern in Israel abgebaut werden, wo 20% der Einwohner bzw. 5 Mio. Palästinenser in besetzten Gebieten unter Militärrecht leben, während Israelis als „Siedlerkolonisten“ alle Bürgerrechte genießen. Im „Rückblick und Ausblick“ seines Werks stellt der Autor die Frage, inwieweit die Gründungsdokumente für den Staat Israel noch gelten: Was bedeutet die Festlegung im Gesetz von 2018, Israel sei der „Nationalstaat des jüdischen Volkes“? Ajelet Shaked, ein ehemaliges Kabinettsmitglied beantwortete die Frage, dass der „Charakter des Staates verlange, dass Israel nicht ein Staat all seiner Nationen“ sei. Das gehe im Einzelfall auch auf Kosten der Menschenrechte (lt. Haaretz, 13.02.2018). Also: „Gleiche Rechte“, aber „nicht gleiche nationale Rechte“ – eine „systemische Ungleichheit“. Gegen solche politischen und rechtlichen Benachteiligungen stellen sich die in sich zerstrittenen Organisationen der Palästinenser: Fatah und Hisbollah bezeichnen dies unter Berufung auf die Charta der UN als „fatale Fehler“, die auch von arabischen Staaten mitgetragen werden. Daraus resultiert eine zusätzliche Desorientierung in Richtung einer Zwei-Staaten-Lösung seit 2018. Bedarf es in Folge der Eskalation seit dem 07.10.2023 nicht eines klaren Erklärungsansatzes angesichts der „grau-

samsten Phase des Konflikts mit den höchsten Opferzahlen der Zivilisten auf allen Seiten seit 1948?

Willi Eisele, Wolftratshausen

Franz Garnreiter: *System Change oder Klimakollaps. Über die Verantwortungslosigkeit kapitalistischer Gesellschaften.* München 2026: oekom Verlag. 267 S., € 25.-



Vieles ist inzwischen weithin unstrittig: dass sich das Klima seit mindestens fünfzig Jahren dramatisch ändert, dass die Hauptleidtragenden am wenigsten zu dieser Veränderung beitragen und dass die globale Lage erdgeschichtlich einzigartig und für das Überleben der Zivilisation oder gar der Spezies wirklich ernst ist. Strittig ist allerdings, was daraus praktisch folgt. Klimaschutz müsse sich rentieren, heißt es bei jenen, die in der Marktideologie gefangen sind. Das gehe nur, wenn das Wachstum der Wirtschaft „grün“ umgelenkt werde. Ohne Wachstum könne es keinen Klimaschutz geben.

Das hält Franz Garnreiter, Volkswirtschaftswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Energiewirtschaft und langjähriger Mitarbeiter des Münchner Instituts für sozialökologische Wirtschaftsforschung, für eine Sackgasse mit verheerenden Konsequenzen. Aus ihr will er die Leserin und den Leser herausführen. Das erfordert eine gründliche Analyse der

Sachlage. In einem ersten Abschnitt belegt das soeben erschienene Buch „System Change oder Klimakollaps“, dass der drohende Klimakollaps nicht einfach, wie oft behauptet, die Folge des technischen Fortschritts oder der menschlichen Gier ist, sondern letztlich des kapitalistischen Raubbaus. Ohne ihn würde es einerseits die herrschende Form der Verschwendung fossiler Energieträger, andererseits die sich global ausbreitende menschliche Rücksichtslosigkeit sowohl gegenüber den natürlichen Lebensgrundlagen wie gegenüber den Grundbedürfnissen von Mitmenschen nicht geben. Der zweite Abschnitt des Buches begründet, warum das beschriebene Problem nicht durch dieselben Instrumente gelöst werden können, die es verursacht hätten. Der vor dem Hintergrund der Marktlogik naheliegende Versuch, den Treibhausgasen einen Preis zu geben und den Markt entscheiden zu lassen, wieviel Klimaschutz sich rentiere, verschärfe nicht nur die ökologische, sondern auch die soziale Krise. Im dritten Abschnitt spitzt Garnreiter die Alternative zu, die sich für die heute lebenden Generationen – vielleicht ein letztes Mal in der Geschichte der Menschheit – stelle: „Das Ende einer lebenswerten Welt oder das Ende der Ausbeutung von Mensch und Natur“.

In diesem dritten Abschnitt wägt der Autor die Zukunftschancen ab. Einerseits zeigt er, dass eine andere Welt nötig und möglich sei. Möglich allerdings nur dann, wenn wir uns aus dem Gefängnis der Marktideologie befreien und die längst bekannten demokratischen Instrumente endlich einsetzen: die Begrenzung des energieintensiven Luxuskonsums durch radikale Umverteilung, den Umbau der Wirtschaft durch Reduktion der konsum- und wachstums-treibenden Sektoren (angefangen mit Werbung, geplanter Obsoleszenz, völlig überdimensionierter Finanzwirtschaft und überbordendem Außenhandel mit klimaschädlichem Transport). Ein weiteres Instrument sei die Kommunalisierung und Demokratisierung all jener Wirtschaftsbereiche, die für die Daseinsvorsorge fundamental sind, allen voran die Energiewirtschaft. Gerade dieses

Instrument legt nahe, Artikel 15 des Grundgesetzes (Vergesellschaftung) mutig anzuwenden. Andererseits verweist der Autor mit großer Sorge auf die zunehmende globale Blockbildung und die Militarisierung, die den Klimaschutz immer mehr blockierten.

Das Buch ragt aus der Vielzahl der Veröffentlichungen zum Klimathema dreifach heraus: Erstens gibt es einen detaillierten Überblick über relevante klima- und wirtschaftswissenschaftliche Studien und präsentiert die Datenlage in meist selbsterklärenden Grafiken. Das Buch rekonstruiert zweitens die Irrwege der Marktideologie. Denn „wer in einer Welt begrenzter Ressourcen“, so der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Kenneth Boulding, „an exponentielles Wachstum glaubt, ist entweder verrückt oder Wirtschaftswissenschaftler.“ Und drittens lockert der Autor den Text auf durch eingestreute kurze Zitate aus der Debatte über Klima und Wirtschaft, die teils eine entlarvende Ehrlichkeit, teils einen erschreckenden Zynismus offenbaren. Pflichtlektüre für jeden Klimadiskurs, der auf der Höhe der Zeit sein will.

Fritz Reheis, Rödental

Michael May / Marc Partetzke (Hg.): *Einführung in die Politikdidaktik, Bd. 2 (Lehramt politische Bildung studieren).* Frankfurt / M. 2025: Wochenschau Verlag. 240 S., € 24,90 (Print) / € 23,99 (E-Book)

In Band 2 der „Einführung in die Politikdidaktik“ der beiden Professoren Michael May (Friedrich-Schiller-Universität Jena) und Marc Partetzke (Universität Hildesheim) können sich die Interessenten am Studium der Politikdidaktik und die Studierenden mit den Fragen beschäftigen, warum es sinnvoll ist, dieses Fach zu studieren (Kap. 2). Sodann erläutern die Autoren, mit welchen Inhalten sie sich beim Studium zu Fragen der politischen Bildung beschäftigen werden (Kap. 3) und an welchen Orten des Studiums sie dies tun können (Kap. 4). Hinzu kommen die Darf



die sich dem Studium anschließen, das Referendariat und die Lehrerfort- und -weiterbildung (Kap. 7). Damit enthält also der zweite Band

der Einführung in die Politikdidaktik wichtige Hinweise auf die Alltagspraxis des Studiums, der daran anschließenden Lehrerausbildung und der Lehrerfortbildung, nachdem die beiden Autoren im ersten Band den theoretischen Begründungsrahmen für die politikdidaktische Forschung dargestellt und die Bedeutung der Forschung für die Praxis der politischen Bildung verdeutlicht haben. Man wird wohl davon ausgehen können, dass die Entscheidungen für das Studium der Politikdidaktik und den Beruf als Politiklehrer/in vielfältige individuelle Ursachen haben. Die Leser/innen des Bandes werden aber zusätzlich motiviert, die Studien- und Berufswahl umfassender zu reflektieren, indem sie die Funktion des Lehramtes mit den eigenen Motivationen in Bezug setzen. So trägt die Diskussion der Ziele politischer Bildung – die politische Mündigkeit und die Emanzipation der Bürger/innen –, welche in einem demokratietheoretischen und verfassungsrechtlichen Kontext geführt wird, sowie die Beschreibung der zukünftigen Bedingungen des pädagogischen Handelns in einem öffentlichen Amt, wesentlich dazu bei, die inhaltlichen Perspektiven des Studiums mit deren ordnungspolitischen Grundlagen sowie mit den zukünftigen beruflichen Herausforderungen zu verknüpfen. Wenn sich die Studierenden, so ist wohl die Überlegung der Herausgeber des Bandes, mit den Fragen beschäftigen, welche Vorstellungen sie von ihrer eigenen Bürgerrolle haben, die sie ja auch letztlich den Schüler/innen vermitteln werden (Demokratie bewahren oder verbessern, Benachteiligte empowern etc.) sollten sie sich die KMK Richtlinien zur Demokratiebildung an der Schule vergegenwärtigen: die Wissensvermittlung, aber auch die Vermittlung

der Werthaltungen, welche die Fähigkeiten zur demokratischen Teilhabe sowie die Verantwortung und das Engagement fördern (vgl. S. 15 f.). Gerade in einer Zeit der Zunahme populistischer oder sogar extremistischer Tendenzen bei Jugendlichen bekommt eine eigentlich selbstverständliche Orientierung zukünftiger Politiklehrer/innen an diesen demokratischen Prinzipien für deren Alltagspraxis wieder ein neues Gewicht. Nicht nur unter der Perspektive dieser Zielbestimmung der politischen Bildung, sondern auch unter derjenigen der inhaltlichen und formalen Organisation des Studiums sind sodann die Darstellungen der Fachbezüge des Studiums bedeutsam. Dies sind die Politikwissenschaft, Soziologie, Wirtschaftswissenschaften, die Geisteswissenschaften (Geschichtswissenschaften, Rechtswissenschaften), die Bildungswissenschaften und nicht zuletzt die Politikdidaktik. Dabei sind die Hinweise besonders erfreulich und hilfreich, in welcher Weise die jeweiligen Fachbezüge den Studierenden helfen, die Politikanalyse durchzuführen und im zukünftigen Politikunterricht den Schüler/innen zu vermitteln. Allerdings wäre es – gerade wegen der genannten aktuellen Herausforderungen – wünschenswert, wenn die Bedeutung der historischen Orientierung im Rahmen der beschriebenen Aufgabe der politischen Bildung stärker gewichtet worden wäre (s. hierzu die Ausführungen auf S. 46). Denn in der Auseinandersetzung mit populistischen/extremistischen Deutungsmustern zeigt sich doch immer deutlicher, dass die Analyse der aktuellen politischen Diskussion die Vergegenwärtigung historischer Entwicklungen verlangt, welche so nicht im Geschichtsunterricht geleistet werden können, weil in der politischen Bildung der aktuelle Bezug im Fokus steht.

Neben der Motivation zur Reflektion der inhaltlichen Ausrichtung des Studiums, welche mit dem Ziel der politischen Bildung verknüpft ist, erhalten die Studierenden vielfältige Informationen über die Orte des Studiums und die jeweiligen Möglichkeiten des Lehramtsstudiums. Dabei handelt es sich um konkrete Hinweise, an denen man, basierend

auf den Alltagserfahrungen der beiden Autoren, das Bemühen erkennen kann, den Studierenden die Rahmenbedingungen ihres Studiums zu erklären und sie auf mögliche Probleme aufmerksam zu machen. Dies sind nicht nur die Studiengänge, die ja an Universitäten oft unterschiedliche Fächerkombinationen und Schwerpunkte besitzen, sondern auch die Ziele und Struktur von Lehr- und Prüfungsformen. Die Studierenden können sich ebenso über die Anfertigung von wissenschaftlichen Arbeiten informieren, über die Probleme der Plagiate, Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes der KI und vieles mehr, was Ihnen hilft, ihr Studium besser zu organisieren. Die Einführung unterstützt sie nicht nur bei ihrem wissenschaftlichen Studium, sondern auch beim Übergang in die Praxis ihres Berufslebens. Dies etwa durch die hilfreichen Hinweise auf die Gestaltung des Praxissemesters, für dessen Durchführung selbst Unterrichtsentwürfe dargestellt und analysiert werden.

Die Lektüre des Bandes ist wegen der angestrebten Verbindung von Wissenschaft und Praxis eine erfreuliche Hilfe für die Studierenden, ihr Studium, aber auch das Referendariat unter der von den Autoren genannten Zielbestimmung der politischen Bildung zu gestalten: die Schüler/innen auf ihrem Weg zu mündigen Bürger/innen unserer Gesellschaft zu begleiten, sie zu unterstützen, eigenständig, informierte und reflektierte politische Urteile zu fällen sowie sich handelnd in die Gesellschaft einzubringen. (S. 59)

Carl Deichmann, Jena



Werden Sie Mitglied im DVPB LV Bayern!

Ziel des Verbands ist die Förderung der politischen Bildung an Schulen, Hochschulen und in der Erwachsenenbildung, insbesondere die Stärkung der Fächer der politischen Bildung (Politik und Gesellschaft, Geschichte – Politik – Geographie, Heimat- und Sachunterricht) und Zeitgeschichte.

Leistungen des Verbandes für seine Mitglieder:

- Kostenlose Zusendung der Landeszeitschrift „FORUM POLITIKUNTERRICHT“: mit Schwerpunktthema, Vorstellung neuer Fachliteratur, Hilfen für den Schulunterricht, Materialien und Informationen;
- jährlich 4 Hefte der Bundeszeitschrift „POLIS“: aktuelles Schwerpunktthema, das aus fachwissenschaftlicher, fachdidaktischer und unterrichtspraktischer Perspektive behandelt wird;
- Einladung zu Veranstaltungen des Landesverbandes und des Bundesverbandes;
- Einladung zum Bundeskongress, der alle drei Jahre stattfindet und ein Kommunikationsforum für Fachwissenschaft, Fachdidaktik und Praxis bietet.

Kosten der Mitgliedschaft: Regelbeitrag 70.- € / Jahr, für Studierende 35.- € / Jahr

Kontakt: Stefan Rappenglück, Email: stefan.rappenglueck@dvpb-bayern.de

BEITRITTSERKLÄRUNG

(Bitte senden an OStR Armin Seemann, Rabenweg 8, 85356 Freising
oder per E-Mail an armin.seemann@web.de)

☐ Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

Ort: _____

E-Mail-Adresse: _____

Ich erkläre mich hiermit auch einverstanden, dass der Jahresbeitrag von meinem

Konto (IBAN) _____

bei _____

abgebucht wird.

Datum: _____

Unterschrift: _____